Enough is enough!

Zeitung für antirassistische
und antifaschistische Politik
und Globalisierungskritik
in Schleswig-Holstein
und Hamburg
Nr. 27 · Frühjahr 07 · 3€

Neonazis 2007: völkische Globalisierungskritik

G8-Gipfel in Heiligendamm blockieren.

Abonniert die Enough is enough!

Die Enough im Vertrieb von rat · reihe antifaschistischer texte

Kaufen:

RechtsRock
Bestandsaufnahme und Gegenstrategien

Dieser Band zu rechter Musik und rechtem Lifestyle hat unabhängig jeglicher politischer und medialer Konjunktur ein Anliegen:

Denjenigen den Rücken zu stärken, die nach Möglichkeiten suchen, Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus entgegenzutreten.

Umfangreiche Verzeichnisse zu rechter Symbolik, einschlägigen Bands, Publikationen und Labels des RechtsRock bieten schnelle und präzise Orientierung für die Praxis.

Das Standardwerk

544 Seiten, viele Abbildungen

ISBN 3-89771-808-1 · 24 €

AStA der Universität Hamburg (Hg)

Falsch Verbunden

Reader zum Verbindungs(un)wesen in Hamburg

Die extreme Rechte ist im Aufwind. Im sächsischen Landtag sprach der NPD-Abgeordnete und Burschenschafter Jürgen Gansel von einem »Bomben-Holocaust« durch die Allierten im Zweiten Weltkrieg. Immer wieder sind Burschenschafter mit von der Partie wenn es um neonazistische Peropaganda geht. Extrem rechte Verbindungen sind auch in Hamburg aktiv. Im Verbindungshaus der Burschenschaft Germania wohnte der Vertreiber der »Projekt-Schulhof«-CDs der »Freien Kameradschaften«. Die neonazistische Burschenschaft Germania ist jedoch nur die Spitze des Eisberges. In den Räumen einiger Verbindungen, wie beispielsweise der Germania Königsberg und der Mecklenburgia, finden immer wieder Veranstaltungen mit Rednern aus der extremen Rechten statt.
Um einen Überblick über das rechte Studentenwesen zu bekommen, wurde dieser Reader erstellt.

1 Ex 2€ Schutzgebühr plus 1€ Versand.
10 Ex 12€ inkl. Versand
Nur gegen Vorkasse

asp (Hg.)

Versteckspiel

Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen

Das Wissen um Symbole, Codes und Kleidungsstil ist wichtige Voraussetzung für die Beschäftigung mit rechten Jugendkulturen. Diese Broschüre trägt diejenigen Elemente zusammen, die im Alltag der Jugendlichen tatsächlich eine Rolle spielen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Region Berlin/ Brandenburg und zeigt, soweit möglich, Beispiele aus dieser Region.

3. aktualisierte Auflage 2005
40 Seiten A4 farbig
Versandbedingungen
1 Ex. 3 € plus 1 € Versand
10 Ex. 25 € incl. Versand

Andreas Speit (Hg.)

Ästhetische Mobilmachung

Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien

»Ästhetische Mobilmachung ist mehr als nur eine Aufsatzsammlung. Die Beiträge sind gut aufeinander abgestimmt, sauber recherchiert und bieten treffende Analysen. Wer bereit ist, über die Wechselwirkung zwischen Pop und Politik nachzudenken, findet hier reichlich Material und Anregung. Darüber hinaus leistet das Buch einen wichtigen Beitrag zum Thema ›Re-Politisierung der Popmusik‹ ...«
Intro/Juli 2002

»Alles in allem also jede Menge Fakten und Analysen, wobei das Buch vor allem durch seine Komplexität besticht ... Kaufpflicht«
Lotta – antifaschistische Zeitung aus NRW/Sommer 2002

1. Auflage 2002
282 Seiten
ISBN 3-89771-804-9
16€

Der Mythos stirbt zuletzt

Seit 15 Jahren organisieren Neonazis alljährlich im August zum Todestag des Hitlerstellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß Aufmärsche und Propagandaaktionen.

Die Mythenbildung um Heß, die revisionistische Projektion auf den Suizid und die ›Vorbildfunktion‹ eines reuelosen NS-Täters für ›junge Kameraden‹ kulminieren im Gedenken an Rudolf Heß.
In den Beiträgen wird der ›Mythos Heß‹ entzaubert, seine Biogafie zeigt den gradlinigen Weg zu einem der führenden NS-Funktionäre und Wegbereiter des Holocaust.

Mit der Betrachtung antifaschistischer Gegenaktivitäten werden abschließend Möglichkeiten und Grenzen autonomer Konzepte diskutiert.

1. Auflage 2002
56 Seiten · 3€
Versandbedingungen:
1 Ex 3€ plus 1€ Versand
10 Ex 25€ incl. Versand

So gehts:

Ich abonniere die ENOUGH IS ENOUGH für 4 Ausgaben und lege diesem Coupon 13 € bei. Wenn ich 8 Ausgaben für 25 € abonniere, erhalte ich eine Broschüre meiner Wahl gratis dazu.

Meine Adresse
Name
Straße
PLZ
Wohnort

( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 4 Ausgaben 13 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr. ( )
( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 8 Ausgaben 25 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr. ( )
( ) Gratis-Broschüre meiner Wahl ( ) Der Mythos ( ) Versteckspiel ( ) Burschis
( ) neben dem Abo bestelle ich folgende Bücher und Broschüren ebenfalls gegen Vorkasse
( ) Ästhetische Mobilmachung ( ) RechtsRock
( ) zusätzliche Broschüren ( ) Der Mythos ( ) Versteckspiel ( ) Burschis

Ich habe der Sendung ( ) € in Scheinen und/oder Briefmarken beigelegt

reihe antifaschistischer texte · c/o Schwarzmarkt · Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg

Enough is enough Nr. 27

Inhalt

Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Herausgeber

Enough is enough
Redaktionskollektiv Kiel,
Redaktionskollektiv Lübeck
Redaktionskollektiv Hamburg

Redaktion

c/o Initiativenzentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb

RAT

reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:

4 mal pro Jahr

Abo

13 Euro für 4 Ausgaben
Lieferung nur gegen
Vorkasse möglich

Bankverbindung

A. Hoffmann
Kto.: 408352 201
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort Enough

Vorwort

Liebe Leserinnen liebe Leser,

Wenn Marinerichter, SA und NSDAP-Mitglied Hans Filbinger ein Gegner des Nationalsozialismus gewesen ist, wie vom Baden-Würtembergischen Ministerpräsidenten Oettinger behauptet, dann wäre Adolf Hitler ein Antifaschist. Man muss sich schon sehr wundern, welche abstrusen Behauptungen jemand aufstellt, über einen Richter des NS-Regimes, der in mindestens drei Fällen Desertöre zum Tode verurteilte. "Was damals Recht war kann heute nicht Unrecht sein" versuchte sich Filbinger zu verteidigen. In dieser Diktion sieht es auch Oettinger: "Hans Filbinger war kein Nationalsozialist. Im Gegenteil: Er war ein Gegner des NS-Regimes. Allerdings konnte er sich den Zwängen des Regimes ebenso wenig entziehen wie Millionen anderer".

Wieviele Parteimitgliedschaften und Tote muss also jemand auf dem Gewissen haben um nach Herrn Oettinger endlich als Nazi anerkannt zu werden – wir wollen es lieber nicht wissen!

Auch seine drittklassige Entschuldigung, erst nach Androhung innerparteilicher Konsequenzen durch die oberste CDU Instanz Merkel, wirkt dann nur wie ein Cordon-Sanitaire der Berliner Republik

Auch das ist Berliner Republik: In den letzten Wochen sind wieder mehrere Angriffe auf Jüdinnen und Juden in Deutschland bekannt geworden: in der mittelfränkischen Stadt Diespeck wurde der jüdische Friedhof zerstört, in Berlin wurde nicht nur ein jüdisches Mahnmal beschmiert, sondern auch ein Anschlag auf eine jüdische Kindertagesstätte verübt und an verschiedenen Schulen werden Kinder und Jugendliche jüdischen Glaubens schikaniert, belästigt und geschlagen. Diese antisemitische Gewalt ist lediglich die Spitze des in der Bevölkerung weiterhin vorhandenen Antisemitismus. Einer jüngst verbreiteten Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge stimmen zwölf Prozent der Aussage zu, dass Juden mitschuldig seien, wenn sie gehasst und verfolgt werden. Und 33 Prozent glauben, dass Juden in der Welt zu viel Einfluss haben. Antisemitische Denkmuster fanden sich jüngst auch bei der Delegation der Bischöfe, die Anfang März Israel besucht haben. Zwar gibt es gute Gründe, Maßnahmen der israelischen Regierung und Auftreten der Armee gegenüber der palästinensischen Zivilbevölkerung zu kritisieren – der Vergleich der schlechten Situation der Menschen in Ramallah mit dem Warschauer Ghetto ist jedoch unangebracht. Gegenüber solchen historischen Verdrehungen wie auch den Verfolgungen und Gewalttaten der Antisemiten muss die antifaschistische Solidarität insbesondere den hier lebenden Juden und Jüdinnen gelten.

Zahlreiche neonazistische Aktivitäten gibt es auch wieder aus Schleswig-Holstein zu vermelden. In Kiel tritt die dortige NPD mit einer eigenen ‚Bürgerzeitung' an die Öffentlichkeit, in Dithmarschen versucht die NPD die Proteste gegen die Kreisreform zu beeinflus-

sen, landesweit ist die Zahl der rechten Straftaten im letzten Jahr gegenüber 2005 von 337 auf 510 (davon 65 Gewalttaten) angestiegen. Und in Rieseby sorgen Neonazis an der Grund- und Hauptschule für Besorgnis – stoßen jedoch auf engagierte Gegenwehr. Auch vor dem Hintergrund solcher Entwicklungen hat vor wenigen Wochen die VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) eine neue Kampagne mit dem Ziel der Verbot der NPD ins Leben gerufen. Hierfür hat sie zahlreiche prominente UnterstützerInnen gewonnen, so z.B. den Tatort-Kommissar Peter Sodann, den Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten oder die Schauspielerin Hannelore Elsner. In dem Aufruf wird deutlich, dass ein Verbot der NPD das Treiben der Neonazis deutlich erschweren würde, das Problem als Ganzes damit aber nicht beseitigt ist. Inzwischen haben bereits erste Veranstaltungen stattgefunden, um der Forderung Nachdruck zu verleihen. Kritisch angemerkt werden muss freilich, dass die Kampagne vermutlich mehr Kraft entfalten würde, wenn die VVN/BdA in dieser Sache im Vorfeld stärker das Gespräch und den Austausch mit anderen antifaschistischen Strömungen und Gruppen gesucht hätte. Denn die Verbotsforderung ist auch unter aktiven AntifaschistInnen nicht unumstritten, und auch der Zeitpunkt und die strategische Anlage und die taktische Ausgestaltung einer solchen Kampagne bedürfen erheblicher Überlegungen. Erfreulich ist in jedem Fall, dass die Zahl der UnterstützerInnen täglich wächst (http://www.npd-verbot-jetzt.de/) und bereits über 30.000 gesammelt wurden. Dass es bei der Sammlung von Unterschriften für ein NPD-Verbot auch auf Planung im Detail ankommt, zeigt ein Beispiel aus der oberpfälzischen Gemeine Eslarn. Dort kam eine in der Kirche ausliegende Unterschriftenliste abhanden – vermutlich gestohlen von Neonazis, da Zeugen drei kahl geschorene Männer die drei Seiten Unterschriften mitnehmen sahen und am selben Tag im Ort eine NPD-Versammlung stattfand.

Sorgfalt und Umsicht ebenso wie Entschlossenheit sind angesichts des an vielen Orten dreister werdenden Auftretens von Neonazis angebracht. Die am 16. November im Bürgerhaus Wandsbek (Hamburg) von Neonazis gestörte Veranstaltung der DGB-Jugend und des Hamburger Bündnis gegen Rechts (wir berichteten) wurde zwar Ende Februar mit großer öffentlicher Wirkung nachgeholt, zahlreiche Beispiele aus allen Bundesländern zeigen jedoch, dass es notwendig ist, den Neonazis deutlich die rote Karte zu zeigen: Anfang Dezember störten Neonazis, darunter die brandenburgische DVU-Landtagsabgeordnete Birgit Fechner, eine Veranstaltung in Potsdam über Strategien gegen Neonazis an Schulen – in München wurde die Eröffnung einer Ausstellung der SPD-Landtagsfraktion zur extremen Rechten in Bayern von Neonazis gestört. Nur zwei Beispiele zahlreicher Aktivitäten von Neonazis, die entweder auf eine Störung und Verhinderung von antifaschistischen Veranstaltungen und die Verunsicherung der Teilnehmenden zielen oder – in Gestalt der ‚Taktik der Wortergreifung' – dazu führen sollen, dass Neonazis dort als gleichberechtigte Diskussionsteilnehmer zu Wort kommen. Beides muss entschiedene Gegenwehr hervorrufen: Neonazis haben auf antifaschistischen Versammlungen nichts zu suchen, mit ihnen zu diskutieren ist nutzlos. In diesem Sinne steht eine Diskussion in und zwischen den verschiedenen antifaschistischen Strömungen an, welche Mittel sich bewährt haben, um die genannten Taktiken der Neonazis zu durchkreuzen. Möglich ist dies allemal – gefordert sind jedoch Problembewusstsein, sorgfältige Vorbereitung und entschlossene Umsetzung.

Eure Redaktion

Braune Schatten über Heiligendamm?

Neonazis gegen G 8

Rechts=Links? Die Parolen der Neonazis sind Mimikri

Den Anfang Juni in Heiligendamm stattfindenden Gipfel der G8-Regierungschefs versuchen auch Neonazis für ihre politischen Zwecke zu nutzen. So verkündete vor kurzem der Generalsekretär der NPD, Peter Marx, dass die Partei das laufende Jahr und den G8-Gipfel dazu nutzen wolle, ihr ‚Nein zu einer völkerfeindlichen Wirtschaftspolitik' vielen Menschen nahe zu bringen. Durch den Einzug der NPD in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns im Herbst 2006 haben sich die Möglichkeiten der Neonazis zur Verbreitung ihrer Hetze drastisch verbessert. In ersten Stellungnahmen und Flugblättern haben Neonazis bereits gegen den G8-Gipfel Stellung bezogen; populistisch verweist die NPD darin auf die mit dem G8-Gipfel verbundenen hohen Kosten und beteiligt sich – im Einklang mit Polizei und Verfassungsschutz – daran, die in Vorbereitung befindlichen Proteste der globalisierungskritischen Anti-G8-Bündnisse als kriminell darzustellen. Gleichzeitig behauptet die NPD, dass sie die ‚eigentlichen', die ‚wahren' Globalisierungsgegner sind und rufen zu einem Aufmarsch am 2. Juni nach Schwerin auf, zu dem nach Polizeiangaben mit bis zu 1.500 Neonazis zu rechnen ist.

Globalisierungskritik von Nazis

Die Neonazis bezeichnen sich als konsequente Globalisierungsgegner. In ihrer Propaganda verwenden die Neonazis gerne radikal klingende Begriffe, reden von der ‚Abschaffung des Kapitalismus' und vom ‚Kampf gegen den Imperialismus'. Oder sie tragen auf ihren Aufmärschen Transparente mit sich herum, auf denen sie die ‚Globalisierung' verurteilen und für ‚Sozialismus' eintreten.

Mit einer Beseitigung der ökonomischen und sozialen Ungerechtigkeiten und Ausbeutungsverhältnisse, die die Situation auf dieser Erde prägen, hat all dies nichts zu tun. Die Neonazis wollen die Menschen nicht aus den wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeitsverhältnissen befreien und allen Menschen die Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Leben geben. Die Gesellschaft, die ihnen vorschwebt, ist von Rassismus, Gewalt und Ausgrenzung bestimmt.

Wenn die NPD sich zur ‚Globalisierung' äußert, dann sind es bevorzugt US-amerikanische Unternehmen, denen vorgeworfen wird, sie würden rücksichtslos nach Profit streben. Konzerne, die ihren Hauptsitz in Deutschland haben und rund um den Globus Menschen ausbeuten, bleiben unerwähnt. Wenn die NPD vom ‚Kapitalismus' redet, dann meint sie immer nur die internationalen Finanzmärkte. Dass der Kapitalismus auf der Ausbeutung der Arbeitskraft von Menschen basiert, deren Arbeitsergebnisse von einer Minderheit angeeignet werden, kritisieren die Neonazis nicht. Das Eigentum an Produktionsmitteln, d.h. die materielle Grundlage kapitalistischen Wirtschaftens und Profitstrebens, wollen die Neonazis nicht antasten. Statt dessen reden sie – wie die Nazis vor 1945 – vom ‚Unterschied zwischen raffendem und schaffendem Kapital'. In dieser Darstellung wiederholt sich auch die antisemitische Idee des ‚geldgierigen Juden'. Auf der anderen Seite findet eine geistige Aufwertung von ‚Arbeit' statt. Diese ist nicht mehr das Mittel, um seinen Lebensunterhalt zu sichern, sondern wird

idealisiert als ‚Dienst an Volk und Nation'. Nicht zufällig treten die Neonazis für Zwangsarbeitsdienste ein.

Wenn die NPD sich ablehnend zur ‚Globalisierung' äußert, so wendet sie sich damit auch gegen die Einwanderung nach Deutschland. Wer die Einwanderung stoppen oder gar rückgängig machen will, setzt auf gesellschaftliche Diskriminierung, Entrechtung und massive Gewalt gegenüber Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben. Darüber hinaus ist angesichts der langen Geschichte der Wanderung von Bevölkerungsgruppen kreuz und quer durch Europa ist die Vorstellung von ‚homogenen Völkern', wie sie die Nazis behaupten, sowieso lächerlich.

Als Alternative zur ‚Globalisierung' schlägt die NPD ständestaatliche Wirtschaftsmodelle des frühen 19. Jahrhunderts vor, in denen ein abgeschotteter Nationalstaat propagiert wurde. Der autoritäre Charakter dieses Modells kommt zum Beispiel darin zum Ausdruck, dass das Recht auf freie Berufswahl aufgehoben war. Dies passt zu den aktuellen ständestaatlichen Gesellschaftsentwürfen der Neonazis, in denen auch ‚jeder an seinem Platz' zu bleiben hat – es sei denn, er wird auserkoren, Teil der ‚Elite' zu werden.

Den Nazis die rote Karte zeigen !

Innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung gibt es verschiedene Vorstellungen darüber, welche Bedeutung der G8-Gipfel hat, was unter Kapitalismus verstanden wird und ob seine Überwindung eine notwendige Voraussetzung für ein besseres Leben für alle ist. Die unterschiedlichen Sichtweisen sind Gegenstand zahlreicher Diskussionen innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung.

Mit der NPD und anderen Neonazis gibt es eine solche Debatte nicht, da sich die Ziele grundsätzlich unterscheiden. Die Nazis streben eine Weltordnung und gesellschaftliche Verhältnisse an, in denen völkisch-rassistische Apartheidmodelle die Grundlage bilden und das Recht des Stärkeren gelten soll. Dabei stellt Deutschland eine Großmacht mit Atomwaffen dar, die die politischen Verhältnisse in angrenzenden Staaten steuert, gegebenenfalls unter Einsatz militärischer Gewalt. Die Neonazi-Kritik an der ‚Globalisierung' ist Teil des Ziels, Deutschland wieder zur Vormacht in Europa und zum Gegenspieler der USA zu machen. Mit dieser Politik der Ausbeutung, des Rassismus, der Gewalt und des Krieges gibt es nichts Gemeinsames.

In Mecklenburg-Vorpommern haben die Nazis mit ihrer Propaganda zum G-8-Gipfel bereits begonnen. Auf Flugblättern und in Pressemitteilungen konzentriert sich die Kritik bisher auf folgende Aspekte: die zweistelligen Millionenbeträge, die der G-8 Gipfel kostet; der Abriss alter Villen in Heiligendamm, die Teilnahme von Personen wie Grönemeyer an den Gegenaktivitäten, die zwar das Elend in der sogenannten 3. Welt beklagen würden, aber sich zur Armut in Deutschland nicht äußern; das angebliche Gewaltpotential der linken G-8-GegnerInnen und die einseitige finanzielle Unterstützung der Fundus-Gruppe mit öffentlichen Geldmitteln. Inzwischen hat die NPD für ihren Aufmarsch am 2. Juni in Schwerin eine eigene Internetseite in Betrieb genommen.

Bürgernah nationalsozialistisch

Die NPD im Schweriner Landtag

Die ersten Monate der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sind von einem schnellen Einstieg in das politische Geschäft gekennzeichnet Wenige Tage waren vergangen, nachdem Udo Pastörs den Holocaust-Gedenktag als "einseitigen Schuldkult" abgetan hatte, da war es Zeit für einen neuen Rundumschlag. "Verbiegen wir Männer und Frauen - Sie nennen es Emanzipation -, töten wir aber in den Frauen ein Stück ihrer Weiblichkeit und blockieren bei den Männern die Entfaltung ihrer Männlichkeit", rief der Fraktionsvorsitzende der NPD im Schweriner Landtag dem Ministerpräsidenten entgegen. "Das heißt für uns, um nicht zu verflachen, müssen wir lernen, ein gesundes Frauentum und Mannestum zu leben." Bei anderen nimmt man es mit dem gesunden Leben jedoch nicht so genau: "Sie sprechen von der Unterstützung benachteiligter Menschen - schön und gut. Aber eines fehlt in ihrem Gedankenkonstrukt: Unser erstes Augenmerk hat dem Gesunden und Starken zu gelten. Dieses ist zuallererst zu fördern und zu unterstützen. Das ist keine Selektion, sondern einfache Logik (...)."

Lauter Widerspruch aus den Reihen der anderen Fraktionen begleitete die Rede, Pastörs musste mehrmals unterbrechen. Seit am 17. September des vergangenen Jahres die NPD mit 7,3 Prozent der Wählerstimmen in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eingezogen ist, hat sich der politische Alltag im Schweriner Schloss verändert. In der Fraktion bündelt sich eine Vielzahl der rechten Aktivitäten im Land.

Pastörs Auslassungen gegen Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit an jenem 31. Januar überraschten, weil die NPD sich vor allem populistisch und bürgernah zu geben versucht. Rassismus und Revisionismus sind zwar regelmäßig Thema ihrer Aktivitäten inner- und außerhalb des Parlaments; so implizierte der Rostocker Neonazi und Abgeordnete Birger Lüssow, das Tagebuch der Anne Frank sei eine Fälschung oder erhob Tino Müller, Kameradschaftschef aus Ueckermünde, Ansprüche auf ehemalige deutsche Ostgebiete. In den meisten ihrer Anträge und Reden jedoch geißeln die sechs NPDler lieber in dezent völkischen Tönen Diätenerhöhungen, Strompreiserhöhungen oder die Kosten für den G8-Gipfel und beklagen die soziale Lage im Land. In Anfragen an die Landesregierung interessieren sie sich auch für die Finanzierung interkultureller Projekte, Informationen über linke Gruppen im Land oder polizeiliche Aktionen gegen ihre Neonazi-Kameraden. In der Mehrzahl befassen sich ihre Papiere allerdings mit Themen im Land: Braunkohleabbau oder Bombodrom, Ladenöffnungszeiten oder Landesblindengeld.

Millionen werden in die Neonazi-Szene investiert

Zuweilen sind die Anfragen genauso dilettantisch verfasst, wie sich die Abgeordneten im Landtag verhalten. Bis auf Pastörs, den Landesvorsitzenden Stefan Köster und Michael Andrejewksi, Kommunalparlamentarier aus Ostvorpommern, hält sich der Rest der Fraktion auffällig zurück. Dass sich die NPD zugleich jedoch schnell in die Regeln und Möglichkeiten des Landtages einarbeiten kann, dürfte an den Mitarbeitern der Fraktion liegen. So hat etwa Peter Marx, Generalsekretär der Partei, den Posten eines Fraktionsgeschäftsführers übernommen, langjährige Neonazis aus Mecklenburg-Vorpommern wie Enrico Harmisch, David Petereit oder Alexander Wendt und NPD-Kader wie Dirk Arendt werden als Mitarbeiter der Abgeordneten gehandelt. Als Angestellte der Fraktion läßt sich die NPD dagegen Kader aus allen Teilen der Republik herankommen. So soll es Stefan Rochow, Ex-Greifswalder und Vorsitzender der Jungen Nationaldemokraten, genauso nach Schwerin verschlagen wie Frank Franz, Landesvorsitzender der Partei im Saarland, oder Jörg Hähnel und Karola Nachtigall aus Berlin. Da der Landtag jedoch eilig entschieden hat, dass Mitarbeiter der Fraktionen keine Vorstrafen aufweisen dürfen, kann sich das Personalkarusell noch weiterdrehen. Wie wenig zimperlich man in der NPD bei der Auswahl seiner Mitarbeiter ist, illustriert der aus dem rheinland-pfälzischen Kameradschaftsspektrum kommende Reinhard Magnus Hufnagel. Als Beobachter des Prozesses gegen Ernst Zündel verteidigte er in seinen Berichten den Holocaust-Leugner. In einem internen Forum der Neonazi-Szene wird in einer Nachricht eines Reinhard Hufnagel, Kameradschaftsführer und Historiker aus Worms, schonmal zum Mord am politischen Gegner aufgerufen: "Es ist durchaus möglich, dass dieses System demokratisch abgewählt wird. Ebenso möglich ist jedoch, dass wir uns die Macht auf anderem Wege aneignen müssen. Dann werden außerordentliche Maßnahmen getroffen und eine zweistellige Millionenanzahl an Fremdrassigen und Volksverrätern sonderbehandelt werden müssen."

Weniger erfolgreich als bei der Sammlung ihrer Mitarbeiter ist die NPD trotz vollmundiger Ankündigungen mit der Eröffnung der ihr zustehenden sechs Wahlkreisbüros. Tino Müller etwa erhielt kurz vor der Unterzeichnung eines Mietvertrages in Ueckermünde eine Absage und wittert deshalb umtriebige Aktivitäten ehemaliger Stasi-Mitarbeiter. Bisher wurde lediglich ein Büro in Lübtheen im Landkreis Ludwigslust eingerichtet, wo Udo Pastörs vorher ein Juweliergeschäft betrieb. Da das Haus, schreibt der Spiegel, der Frau des Fraktionsvorsitzenden gehört, bleibt die Miete zumindest in der Familie. Insgesamt erhält die NPD, so rechnet das Projekt "Endstation Rechts" vor, jährlich fast 1,3 Millionen Euro für ihre Tätigkeit im Landtag. Hinzu kommen Mittel für die reguläre Parteienfinanzierung, die sich am Wahlergebnis der Partei orientieren.

Genug Geld, mit dem die Neonazi-Kameradschaften des Landes ihre Arbeit der nächsten Jahre finanzieren können. Dass es zu Differenzen zwischen ihnen und den Partei-Aktivisten kommen wird, ist unwahrscheinlich: Nachdem die "Freien" im Vorfeld der Landtagswahl massiv in die NPD eingetreten sind und damit den Einzug in

Thomas Wulff vor dem Schweriner Schloss, dem Sitz des Landtages in Mecklenburg-Vorpommern

das Schweriner Schloss erst ermöglicht haben, verfügen sie jetzt über ihre Abgeordneten und Fraktionsanstellten ausreichend Einfluss auf die Partei. "Unser Bündnis ist die NPD", bekräftigte Tino Müller als einer der führenden Neonazi-Aktivisten des Landes jüngst im Internet. Kritiker dieser Linie wie die Anhänger des Stralsunder Störteker-Netzes sind für die rechte Szene in Mecklenburg-Vorpommern fast ohne Bedeutung.

Außerhalb der Schlossmauern herrscht Alltag im Umgang mit Rechts

"Wie in der Volkskammer", tönte es bereits in der ersten Sitzung des Parlaments angesichts deutlicher Einigkeit gegen die NPD aus deren Reihen. Nachdem den demokratischen Parteien klar wurde, dass sie sich ihre Abgeordnetenstühle zukünftig mit Neonazis teilen würden, setzte eine rege Tätigkeit ein, um diesen die Arbeit im Parlament zu erschweren. Mehrere Gesetzesänderungen sorgen dafür, dass die NPD weniger Geld als vorgesehen bekommt, keinem Ausschussvorsitz innehat und nicht an der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes teilnimmt. Die Möglichkeit geheiner Abstimmungen, bei denen die NPD in Sachsen mehrmals Stimmen anderer Fraktionen für sich gewinnen konnte, wurden eingeschränkt. Dass Abgeordnete der CDU, der SPD, der Linkspartei oder der FDP jedoch für einen Gesetzesentwurf oder Kandidaten der NPD votieren würden, wie es zuweilen auch in Kommunalparlamen-

ten des Landes passiert, ist nicht nur wegen der Absprachen dieser Parteien gegen den Neuzugang unwahrscheinlich. Mit ihren häufigen Verzögerungen, Störungen und Beleidigungen der anderen Abgeordneten als Verbrecher, Lügner oder Schwätzer werden die NPD'ler nicht viele Freunde unter ihren Kollegen gewinnen.

Außerhalb des Landtages allerdings ist der kurze Aufschrei nach der Wahl längst verhallt. Als etwa jüngst der Bürgermeister des kleinen Badow der NPD zum Einzug in das Parlament gratulierte und sich von ihr Hilfe bei der Lösung finanzieller Probleme des Ortes erhoffte, stellten sich die Gemeindevertreter und Einwohner geschlossen hinter ihn. Und auch der Leiter des Anklamer Ordnungsamtes musste sich für die Teilnahme an einer Veranstaltung von Holocaust-Leugnern nicht verantworten. Dass er keine Anzeige erstattet hat - oder überhaupt solche Vorträge besucht - stellt vor Ort augenscheinlich kein Problem dar.

Ausblick

Diese Teilnahmslosigkeit gegenüber rechten Aktivitäten jedoch zeichnet das öffentliche Leben Mecklenburg-Vorpommerns seit Jahren aus. Sie hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass NPD und Kameradschaften ungestört Strukturen etablieren und ausreichend Unterstützer für ihren Einzug in den Landtag gewinnen konnten. Zwar wird gegenwärtig diskutiert, wie politische Bildung gegen Rechts jene Menschen gerade in den ländlichen Regionen erreichen kann, die die Demokratie bereits abgeschrieben haben. Doch angesichts der Geschäftigkeit der NPD-Fraktion ist zu erwarten, dass vor allem sie in den nächsten Jahren im Fokus des öffentliches Interesses am Rechtsradikalismus stehen wird. Und das gar nicht mal zu Unrecht: Durch die enge personelle und strukturelle Bindung an die lokalen Kameradschaftsbündnisse spiegeln sich deren Themen und Aktivitäten in Schwerin wider. In diesem Sinne verheißt eine lebhaft tätige und professionelle NPD-Fraktion wenig Gutes. "Ich verspreche Ihnen", beendete Udo Pastörs seine Rede an den Ministerpräsidenten, "ich werde alles in meiner Macht Stehende tun, dass wir diesem Lande als Korrektiv auch in Zukunft erhalten bleiben." In der Tat wird in den nächsten Jahren noch einiges von Pastörs und Konsorten zu hören sein.

Thorben Boede

Anmerkungen

links-lang.de
Antifa-Seite aus Mecklenburg-Vorpommern mit täglicher Presseschau

endstation-rechts.de
Informationsreiche Internetseite der Jusos zur NPD im Schweriner Landtag

Neonazi-Stress in der "Mitte des Nordens"

Rechte Organisierung in und um Rendsburg

Den letzten organisierten Versuch in Rendsburg Fuß zu fassen unternahmen Neonazis bei der Landtagswahl und der Bundestagswahl 2005. Trotz massiver Propaganda-Aktionen und ingesamt 3 (erfolgreich blockierten) Infoständen der NPD sind sie mit ihren Versuchen kläglich gescheitert. Danach war es lange relativ ruhig.

Zwar gab es Übergriffe von Nazis, bei denen es teils auch erhebliche Verletzungen bei den betroffenen Personen gab, aber organisierte Neonazis hielten sich zurück. Die Übergriffe gingen von einem Personenkreis aus, der sich aus NPD-Sympathisanten und Anhängern der so genannten "Freien Nationalisten" zusammensetzt.

In der Innenstadt von Rendsburg gibt es zwei Kneipen, in denen sich vermehrt rechte Klientel trifft und von denen aus immer wieder Rechte losziehen, um Gegner anzugreifen oder ihnen bekannte Wohnungen aufzusuchen und die Bewohner zu belästigen. Zu diesem Personenkreis zählt auch Norbert W., der versucht hat sich in den örtlichen alternativen Treffpunkt einzuschleusen, indem er sich das Vertrauen junger, unerfahrener Punks erschlich. Dieser Versuch konnte erfolgreich abgewehrt werden und alle Beteuerungen seines Ausstiegs waren hinfällig, als er kurz darauf wieder in einschlägiger Kleidung und mit stadtbekannten Nazis gesehen wurde.

Ein weiterer Anlaufpunkt etabliert sich zur Zeit in Büdelsdorf in einer etwas abseits gelegenen Kneipe und der näheren Wohnumgebung.

Die Neonazi-Szene in Rendsburg ist momentan schlecht organisiert. Es gibt zwar recht viele einzelne Rechte, aber es fehlt ein richtiger Zusammenschluss. Auch die Szene im Umland ist wenig organisiert. Es gibt ein paar Neonazis, die überregionale Kontakte haben und diese auch nutzen um z. B. in Osterrönfeld einen Kinderschänder zu outen, wie im Oktober 2005 geschehen. Im Großen und Ganzen beschränken sich die meisten aber auf Treffen bei Zeltfesten und in Kneipen, Konzertbesuche (z. B. in der immer beliebter werdenden "Börse" in Neufeld) und Demoteilnahmen.

Auch scheinen Drogen eine zunehmende Rolle zu spielen. In den letzten Monaten sind bereits 2 Nazis an Drogen, bzw. durch das dazugehörige Umfeld gestorben.

Mit dem Zuzug von Susanne G. aus dem Umfeld der "Kameradschaft Nordfriesland" von Husum nach Rendsburg haben die Aktivitäten eine eher propagandistische Form angenommen. Mit anfänglicher (materieller) Unterstützung von Björn B. hat sie mit Torsten U. ca. Ende Januar 2007 damit begonnen verstärkt Aufkleber der NPD und der so genannten "Freien Kameradschaften" zu verkleben. Mit einem kleinen Kreis von Helfern (wobei sie und U. den Löwenanteil der Arbeit machen) arbeiten sie systematisch daran den alternativen Treffpunkt und seine Besucher zu zermürben. Der größte Teil der gelaufenen Aktionen wird diesen beiden Nazis und ihrem Dunstkreis zugerechnet.

So wurde bei einem Treffen einer antirassistischen Gruppe Reizgas in den Vorraum des Treffpunkts gesprüht und ein Auto mit mehreren Aufklebern u. a. des "Wikinger Versand" beklebt. In der Innenstadt wurde einem Imbiss, der bei den verschiedenen Mahnwachen in Rendsburg die Menschen durch Lebensmittel unterstützt hat, die Scheibe eingeworfen. Täter: U. und G.

Anfang Februar wurden am Rathaus Fahnen abgeflaggt und durch mindestens eine Reichskriegsfahne mit Hakenkreuz ersetzt. In der selben Nacht wurde die "T-Stube" rundherum mit Hakenkreuzen, Sig-Runen und verschiedenen Parolen vollgesprüht. Außerdem wurden im Innenstadtbereich und im Park verschiedene Aufkleber der NPD geklebt.

Danach folgten täglich Flyer-Verteilungen und CD-Verteilungen aus dem NPD-Bestand in der Innenstadt. Allerdings gab es nicht viele Leute, die diese Sachen haben wollten, daher zogen es die Neonazis vor ihre CDs und Flyer an verschiedenen Schulen zu verteilen. Dies stieß leider auf wenig Gegenwehr, so dass damit zu rechnen ist, dass sie zumindest ihre CDs los wurden. Die nächtlichen Streifzüge gingen weiter und die "T-Stube" war wieder mehrfach das Ziel von Schmierereien. Auch das Türschloss wurde mehrfach mit Klebstoff verklebt und musste von einem Schlüsseldienst geöffnet werden.

Parallel hierzu wird das Gästebuch der "T-Stube" zugespamt und immer wieder die Besucher bedroht. Teils auch namentlich und mit eindeutigen Morddrohungen. Mehrere Wohnungen, die ins Visier der Nazis geraten sind, werden regelmäßig terrorisiert. Autoreifen wurden zerstochen, es wurde versucht sich per Schlüsseldienst Zutritt zu einer Wohnung zu verschaffen. Durch eine aufmerksame Nachbarin konnte dies verhindert werden. Was die Nazis in der Wohnung wollten bleibt Spekulation. Ein Privatauto wurde per Schlüsseldienst geöffnet und die Rechnung bekam der Besitzer. Auch was die Nazis in dem Auto wollten, ist unklar. Diverse Handwerker wurden zu den Wohnungen bestellt und im Gästebuch wurde immer wieder auf diese Dinge hingewiesen und weiteres angekündigt. Außerdem wurden an die Adresse bisher zwei Pakete geschickt. Eins davon enthielt einen Feuerlöscher, der per Rechnung bezahlt werden sollte. Dies ist wohl auch ein Hinweis auf die

Drohungen gegen die T-Stube. Wiederholt wurde dem Verein nahe gelegt sich Feuerlöscher zu besorgen, da der Laden und die Besucher brennen sollen. Vor der Tür des Gebäudes wurden zwei leere Feuerlöscher abgestellt. Es wird versucht ein Angstgefühl zu erzeugen, das die Betroffenen lähmen sollte. Mit mäßigem Erfolg.

Bei einem Treffen in der T-Stube wurde vor dem Eingang eine Sylvesterbatterie gezündet und das Gebäude so mit Feuerwerk beschossen. Kurz danach fand ein Konzert statt, bei dem von einem Fahrrad aus im Vorbeifahren vor der Tür stehende Personen ebenfalls aus einer Sylvesterbatterie beschossen wurden. So weit wir wissen, gab es keine Verletzten, obwohl die Geschosse nur knapp ihre Ziele verfehlten. Die Person auf dem Fahrrad konnte zwar runtergerissen werden, aber dennoch flüchten. Auf der Flucht blieb ein voller Rucksack mit Steinen zurück.

Realistisch betrachtet ist es ein äußerst kleiner Personenkreis rund um U. und G., der versucht die rechte Szene in Rendsburg wieder zu stärken, bzw. neu aufzubauen. Besonders U. und G. zeichnen sich durch eine extreme Hartnäckigkeit aus. Auch ständiger Polizeigewahrsam, Hausbesuche durch die Polizei, Anzeigen usw. bewirken kein Nachdenken oder Kürzertreten. Kurz danach machen sie genau da weiter, wo sie aufgehört hatten. Mit den 3 Eckpfeilern Einschüchterung, Propaganda und Aktion versuchen sie es so aussehen zu lassen, als wären sie viele und äußerst aktiv. Dies ist gefährlich, da es für Außenstehende tatsächlich so wirkt und der momentan eher passiven Rechten einen Auftrieb geben kann.

Um Öffentlichkeit zu erreichen, feiern die Nazis jede ihrer Aktionen im Gästebuch der T-Stube. Zwar nutzten sie unterschiedliche Namen, aber es waren nachweislich die selben Personen, die geschrieben haben.

Da die Neonazis das Internet, bzw. das Gästebuch der T-Stube als Plattform für ihre Drohungen, Einschüchterungsversuche und Ankündigungen nutzen, sah sich der anerkannte Verein genötigt mit einer Presseerklärung zu reagieren (nachzulesen ist sie unter www.t-stube-rd.de).

In Rendsburg gibt es mehr als offensichtlich ein Neonazi-Problem. Dies gab es auch bereits vor diesen Aktivitäten. Die lokale Zeitung weigerte sich dennoch bis zuletzt darüber zu berichten. Erst nachdem je ein Bericht in den *Kieler Nachrichten* und im N3 *Schleswig-Holstein Magazin* erschien, kam die *Landeszeitung* nicht mehr um einen eigenen Bericht herum. Leider wurde in den Berichten von *KN* und NDR behauptet, die Mitglieder und Besucher der T-Stube hätten Angst. Sicherlich gibt es Menschen, auf die dies zutrifft, aber auf die Masse der NutzerInnen ist dies nicht übertragbar. Die Wenigsten lassen sich von Nazis einschüchtern. Offenbar können Medien nur emotional arbeiten und da werden dann auch mal Tatsachen verdreht und zurecht geschnitten, um eine Geschichte zu erzählen.

Einem Artikel der *Landeszeitung* war zu entnehmen, dass sich der angerichtete Schaden am denkmalgeschützten Gebäude auf inzwischen über 6000 ? beläuft. Die vermehrte Berichterstattung erhöhte vermutlich auch den Druck auf die Polizei, die sich bisher auf das Sammeln von Anzeigen und das Beobachten der T-Stube (und damit ihrer Nutzer) beschränkte, endlich aktiv zu werden. Daher konnten U. und G. Ende März auf frischer Tat beim Sprühen an der T-Stube gestellt werden. Was nun passiert, bleibt abzuwarten. Das Ende des Neonazi-Problems in und um Rendsburg ist dies sicher nicht. Als "Mitte des Nordens" bleibt Rendsburg weiter interessant für Faschisten und es gibt genug zu tun.

Antifaschistische Aktion Rendsburg [AARD]

Braune Tischdecken

Der Schleswig-Holsteiner Landesverband der NPD und seine Tätigkeiten

Hier ein Propagandatisch und da mal eine Anmeldung zu einer Demonstration, wer kontinuierlich die Aktivitäten des Landesverbandes der NPD in Schleswig Holstein verfolgt, kommt schnell zu dem Schluss, dass die Aktivitäten der neonazistischen NPD im Lande stark zugenommen haben. Doch ist es wirklich so? Wie sind diese Aktivitäten der NPD und dessen Struktur von antifaschistischer Seite einzuschätzen?

Ein Rückblick!

Im Jahre 2003 wurde auf einem NPD-Landesparteitag in Schleesen der damalige Landesvorsitzende Peter Borchert von der Basis abgewählt. In den Jahren zuvor nutzte Peter Borchert seine Stellung dazu, die Zusammenarbeit zwischen NPD-Kräften und Mitgliedern freier Kameradschaften in Schleswig Holstein zu intensivieren. Seine Planung zielte darauf ab, durch diese Zusammenarbeit zwischen NPD und die sich offen zum Nationalsozialismus bekennenden Kameradschaften, eine noch stärkere Radikalisierung innerhalb der NPD herbeizuführen. Das Resultat dieser Radikalisierung äußerte sich in einer Mitgliederzahl von unter 100 NPD-Mitgliedern und leeren Kassen. Der neu gewählte Vorstand trug mit Uwe Schäfer als Landesvorsitzenden ein altes Gesicht. Schäfer war schon bis zur seiner Abwahl im Jahre 1998 Landesvorsitzender der NPD. Von der ehemaligen Führungsriege Borcherts konnten sich nur der junge Selenter Neonazi Jens Lütke und der Kieler Peter von der Born im Vorstand behaupten.

Durch eine sofort einsetzende Reorganisation des Landesverbandes und seiner Kreisverbände stiegen in den Jahren 2003/04 die Aktivitäten der NPD in Schleswig Holstein. Eine wahre Flut von internen Veranstaltungen in den einzelnen Kreisverbänden sorgte für einen stetigen Zuwachs an neuen Mitgliedern. Mit der *Schleswig Holstein Stimme* wurde (mit Jens Lütke als Redakteur) ein NPD eigener Rundbrief ins Leben gerufen. Und auch die Internetpräsenz der NPD wurde nach und nach für Schleswig Holstein ausgebaut. Selbst an einen in Kampfsport ausgebildeten Ordnerdienst unter der Leitung von Peter der Born wurde gedacht. Während dieser Neustrukturierung und Konsolidierungsphase war ein Auftreten der NPD in Schleswig Holstein im öffentlichen Raum kaum wahrzunehmen, dies änderte sich erst im zweiten Halbjahr 2004 als die NPD ihren Wahlkampf für die Landtagswahlen in Schleswig Holstein eröffnete. Der Schulterschluss zwischen der NPD und der DVU, der unter den Namen „Volksfront von rechts" für eine übergreifende Zusammenarbeit zwischen den Parteien sorgen sollte, wurde von der NPD erweitert. Nicht nur die DVU oder die Republikaner sollten ins Boot gezogen werden, sondern auch die „Freien Nationalisten" und ihre Kameradschaften. In Schleswig Holstein konnte während des Wahlkampfes beobachtet werden, wie die Zusammenarbeit zwischen „Freien Nationalisten" und der NPD immer enger wurde und letztendlich dazu führte das große Teile des Kameradschaftsspektrums sich auflösten und mittlerweile die Basis für die meisten der Kreisverbände der NPD in Schleswig Holstein stellen. Nach der Niederlage im Landtagswahlkampf schaffte es der Landesverband die Katerstimmung in den eigenen Reihen klein zu halten und die Zahl ihrer Mitglieder stetig zu steigern. Im Jahre 2005 zeich-

neten sich auch wieder Propagandaaktionen der NPD mit einem regionalen Schwerpunkt im Raum Rendsburg/Eckernförde ab. Es zeigte sich aber, dass die NPD durch den starken antifaschistischen Widerstand vor Ort sehr schnell diese Propagandaaktionen ihrerseits einstellte.

Am 29.1.2006 wählte die NPD auf einem Landesparteitag in der Wilstermarsch einen neuen Landesvorstand. Wiederum wurde der alte Landesvorsitzende Uwe Schäfer in seinem Posten bestätigt. Auch der 27- jährige Jens Lütke wurde als stellvertretender Vorsitzender wiedergewählt. Neu in den Vorstand wurden der bisher als Wahlkampfleiter fungierende Ingo Stawitz und der Lübecker Kreisvorsitzende Jörn Lemke als stellvertretender Vorsitzender gewählt. Interessant daran ist, dass mit den stellvertretenden Vorsitzenden Lütke und Lemke zwei Neonazis im Landesverband der NPD sitzen, die beste Kontakte zur bundesweiten Neonazi-Strukturen besitzen und auch in Schleswig Holstein als Schnittstellen zwischen militanten Neonazis und der NPD fungieren. Auf einer Landesvorstandssitzung in Neumünster wurde entschieden, das die wahlkampffreie Zeit in Schleswig Holstein mit dem weiteren Aufbau der Parteistrukturen und öffentlichkeitsschaffenden Aktionen ausgefüllt werden soll. Diese Aktionen sollen in Form von Flugblättern und öffentlichen Veranstaltungen bestehen. Für den Landtagswahlkampf im September 06 im Mecklenburg Vorpommern wurde vereinbart, dass sich die Schleswig Holsteiner NPD aktiv mit Personal am Wahlkampfgeschehen beteiligen wird.

Mit einer Kampagne des Kreisverbandes Lübeck zu dem Jahrestag der Bombardierung Lübecks mit einer Kundgebung am 18. März 2006 in der Lübecker Innenstadt und einer abschließenden Demonstration mit 150 Neonazis am 1. April, die von Antifaschisten erfolgreich blockiert werden konnte, nahmen die Aktivitäten der NPD in der Öffentlichkeit wieder zu. Auch auf bundesweiten Neonazi-Demonstrationen wurden vermehrt Kader der Schleswig Holsteinischen NPD gesichtet, die auch zum Teil als Gastredner auftraten.

Erst Anfang Juni stellte sich zufälligerweise raus, dass der Vorsitzende des Kreisverbandes Kiel/Plön Hermann Gutsche eine Demonstration gegen das Kieler linksalternative Kulturprojekt „Alte Meierei" angemeldet hatte. Dank schneller Reaktion und entschlossenen Handelns seitens der Kieler AntifaschistInnen konnte diese Demonstration verhindert werden. Eine wiederum von Hermann Gutsche angemeldete Demonstration gegen die Meierei in der Kieler Innenstadt konnte zwar verhindert werden, aber das Kieler Ordnungsamt und die Polizeibehörde erlaubte den Neonazis eine Kundgebung vor dem Kieler Hauptbahnhof. Diese Kundgebung fiel für die NPD völlig ins Wasser, da sich nur zwanzig Neonazis daran beteiligten und diese sich nur von der Polizei getrennt von 250 AntifaschistInnen umzingelt in einer Ecke des Kieler Bahnhofsvorplatz wiederfanden. Dieselbe Kundgebung, die vor dem Neumünsteraner Hauptbahnhof stattfinden sollte, wurde von den Nazis aufgrund der bleibenden Eindrücke, die sie in Kiel gesammelt hatten, abgesagt.

Ein Versuch der Einschätzung.

Es ist schon auffällig, dass an den so genannten öffentlichkeitsschaffenden Aktionen der NPD Schleswig Holstein immer der gleiche Personenkreis teilnimmt. Außer den Parteimitgliedern Jens Lütke, Jörn Lemke und Hermann Gutsche stehen zumeist Nazis aus der militanten Kameradschafts-Szene auf der Straße. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass ein Großteil, der nach eigenen Parteiangaben 250 NPD Mitgliedern in Schleswig-Holstein, eher einen passiven Status in ihrer Partei wahrnehmen, der wohl über das monatliche Überweisen der Mitgliedsbeiträge und das Lesen der Parteipostille nicht hinausgeht. Es ist trotzdem damit zu rechnen, dass der gerne von der NPD proklamierte „Kampf um die Straße" auch in Schleswig Holstein durch militante Neonazis umgesetzt wird. Auch ein momentan schwelender Streit in der Führungsspitze des Landesverbandes wird nicht unbedingt zu einer „Aktionsfähigkeit" innerhalb der NPD-SH beitragen. Der frühere Kreisvorsitzende des Kreisverbandes Lauenburg/Stormarn, Heino Förster musste nach einem Landesschiedsgerichtsverfahrens aus der Partei ausgeschlossen werden. Heino Förster hat nach Auffassung des NPD-Vorstandes Parteigelder unterschlagen und Mitglieder der Partei als verstorben gemeldet. Dieser Rauswurf eines ihrer ältesten NPD Mitglieder wird von Teilen des Landesverbandes SH als ungerechtfertigt betrachtet und als gezielte Aktion gegen unangenehme Parteimitglieder gewertet. In einem Internetforum, das für die Öffentlichkeit einsehbar ist, wird in diesem Streit um Heino Förster schon mal die wahre Denkensweise des einen oder anderen Parteimitgliedes ersichtlich. Unter anderen wird auch schon mal damit gedroht, das eine oder andere Parteimitglied, das noch zu Heino Förster steht nach der „Machtübernahme" an die „Wand zu stellen und abknallen zu lassen". Nach solchen Sätzen und dem momentanen Stand von antifaschistischen Beobachtungen ist von einer Radikalisierung und Einflussnahme durch die in der NPD assimilierten militanten Neonazis nicht nur in der NPD-SH auszugehen. Oder wie der im letzten Jahr aus der NPD ausgetretenen Lübecker Neonazi Reinhard Jancke in einem offenen Brief an den NPD-Vorstand schrieb: „Dann braucht ihr ja nur noch den Freigänger Peter Borchert wieder in die Partei aufnehmen". Bei einen Parteiinternen Gerichtsverfahren am 31.März 07 in Berlin wurde Entschieden, dass der 80-jährige Nazi

SCHLESWIG-HOLSTEIN-STIMME

Nachrichtenblatt der Nationaldemokraten

Ausgabe 19 Nov.–Dez. 2006

Stadt Ueckermünde: 18,2 % NPD
Gemeinde Postlow: 38,2 % NPD
Stadt Lassan: 21,1 % NPD
Gemeinde Blesewitz: 32,2 % NPD
Stadt Pasewalk: 10,1 % NPD
Gemeinde Wilhelmsburg: 27,9 % NPD
Stadt Lübtheen: 16,0 % NPD
Wahlkreis Uecker-Randow I: 15,0 % NPD
Wahlkreis Uecker-Randow II: 13,1 % NPD
Gemeinde Neuenkirchen: 30,1 % NPD

up ewig ungedeelt

Udo Pastörs, MdL · Tino Müller, MdL · Michael Andrejewski, MdL
Stefan Köster, MdL · Birger Lüssow, MdL · Raimund Borrmann, MdL

seine Ehrenmitgliedschaft innerhalb der NPD behält und das er für zwei Jahre keine Parteiämter oder wichtige Funktionen innerhalb der NPD wahrnehmen darf. An einem anderen Beispiel soll aufgezeigt werden, wie sehr der Schleswig Holsteinische Landesverband darauf bedacht ist nicht aus dem braunen Sumpf mit Affären, wie in anderen Bundesländern herauszuragen. Am 6.12.06 konnte mensch auf den Internetseiten des Aktionsbüros Norddeutschland unter der Überschrift „Rendsburg-Falsche Feldpostnummer, Herr Multikulti Görtzen!" lesen, dass der NPD-Direktkandidat für die Bundestagswahl 05 im Kreis Rendsburg Eckernförde Dr. Jens Görtzen eine mit einem Foto dokumentierte Beziehung mit einer schwarzafrikanischen Frau unterhält. In dem hetzerischen Artikel wird darauf hingewiesen, dass Görtzen kein NPD-Mitglied sei und das Multikulti nur bei Ewiggestrigen angesagt sei und das die nationale Szene, wenn er sich nochmal zu dieser verirren sollte, ihn das deutlich sagen solle. Interessant an diesem Outing ist, dass die Beziehung zwischen Görtzen und einer Schwarzafrikanerin der Schleswig Holsteiner NPD-Führung seit längerem bekannt war. Weiter war Jens Görtzen laut seiner eigenen Aussage noch am 22. November 2006 bei der Jahreshauptversammlung des NPD-Kreisverbandes Kiel/Plön anwesend. Für die Vorstandswahlen sogar stimmenberechtigt versteht sich. Eine Erklärung seitens des NPD Landesverbandes zu der Veröffentlichung des Aktionsbüros Nord gab es bisher nicht. Wir wünschen an dieser Stelle Herrn Görtzen alles Gute und das seine bisherige politische Gesinnung ihn nicht in seiner Beziehung auf die Füße fällt.

Und 2007?

In den ersten drei Monaten diesen Jahres zeichnet sich sehr wenig von den geplanten Aktivitäten der Schleswig Holsteiner NPD ab. Die auf einem Landesparteitag anfangs 2007 nochmals wiederholte Strategieplanung der NPD-Landesebene in diesen Jahr die wahlkampffreie Zeit für den „Kampf auf der Straße" zu nutzen, ist in Schleswig Holstein nur vereinzelnd zu beobachten. Vermehrt ist ein permanenter Ausbau der Internetpräsenz der einzelnen Kreisverbände zu beobachten. Mit der Internetseite für den Kreisverband Nordfriesland ist der Schleswig Holsteinische Landesverband der NPD mit jedem Kreisverband im Internet vertreten. Die Masse der Internetseiten sagt längst nichts über deren Qualität aus, ganz im Gegenteil, die meisten der Homepages haben den Charme einer Klotapete der frühen siebziger Jahre. Inhaltlich, wenn Mensch überhaupt von Inhalt sprechen kann, wird sich zum größten Teil an der Antifa abgearbeitet und versucht dem Bürger klar zu machen, dass die NPD die einzige Alternative zum „System" darstellt. Auch der geplante Aufbau von regionalen „Bürgerzeitungen" mit aktuellen Inhalten innerhalb der Kreisverbände kommt nur schleppend voran. Eine angeblich in Kiel durchgeführte Verteilaktion hat sich nach unseren Erkenntnistand eher als Papiertiger entpuppt. Wir suchen noch heute nach den sieben betroffenen Kieler Haushalten, die ein solches Pamphlet im Briefkasten liegen hatten. Lediglich drei Aktivisten der NPD haben am 13.1.07 für zehn Minuten in dem Kieler Stadtteil Wik diese Zeitung verteilt. Einen höheren Wirkungskreis hat dagegen die *Schleswig Holstein Stimme*. Ein zweimonatliches Mitteilungsblatt der Schleswig Holsteinischen NPD, das seinen Redaktionssitz in Kiel hat. Das an NPD Mitglieder verschickte, eher an ein billiges Fanzine erinnernde Heftchen, bietet inhaltlich eine Zusammenfassung, der auf den einzelnen Internetseiten der Kreisverbände erschienenen Artikel und mutet eher einem Rechenschaftsbericht an. Nachdem es am 13.8.06 beim stellvertretenden Landesvorsitzenden und Schriftleiter der

Schleswig Holstein Stimme Jens Lütke eine Hausdurchsuchung gab, wurde die Verantwortung für das Blatt an den Kieler Kreisverbandsvorsitzenden des Kreisverbandes Kiel/Plön, Hermann Gutsche übergeben. Das ehemalige CDU-Mitglied Hermann Gutsche ist neben dem Kieler Roland Siegfried Fischer, der als Schatzmeister und verantwortlicher für Neuzugänge innerhalb des Kieler NPD Kreisverbandes fungiert, einer der aktivsten Neonazi-Kader in Kiel und Umgebung. Die Hausdurchsuchung bei Lütke stand mit der Abbildung von Hakenkreuzen in einer Ausgabe der *Schleswig Holstein Stimme* in Verbindung. Aber nicht nur über ein Parteiinternes Mitteilungsblatt wie die *SH-Stimme* versucht die NPD nicht ganz den Kontakt zu ihren Mitgliedern zu verlieren. Mit den Angebot von so genannten „Stammtischen" in den einzelnen Kreisverbänden wird versucht nicht nur die wenigen eigenen AktivistInnen einzubinden, sondern grade unter den jungen AktivistInnen der "Freien Kameradschaften" und noch parteiungebundenen Rechte für die „Parteiarbeit" zu werben. Diese „Stammtische", die sich nur von ihren Namen her von „Kameradschaftsabenden" unterscheiden, werden meistens im wöchentlichen oder zweiwöchentlichen Abstand abgehalten. Neben dem Austausch von aktuellen Informationen werden diese Abende auch zur Vorbereitung von gemeinsamen regionalen Aktionen genutzt.

Dieser Artikel ist der erste Teil von vier Artikeln über die Schleswig Holsteiner NPD und ihrer Struktur die in den nächsten Ausgaben der Enoug is enough erscheinen werden.

Erik van Ostamgen

Die Landesliste aus Schleswig-Holstein zur kommenden Bundestagswahl, von links nach rechts: 1.Jens Lütke · 2.Wolfgang Schimmel · 3.Alfred Hennig · 4.Uwe Schäfer 5.Kay Oelke · 6.Ingo Stawitz.

Wiederwahl im Wohnzimmer

Am Samstag, den 17.2.07 hatte der stellvertretende Kreisverbands-Vorsitzende von Stormarn-Lauenburg, Kay Oelke aus Geesthacht, der auch zur Bundestagswahl ´05 für die NPD antrat und zuvor Schill-Parteichef gewesen war, zur Jahreshauptversammlung geladen.

Nachdem sich die Kameraden im benachbarten Dassendorf getroffen hatten, ging es gemeinsam nach Geesthacht zum Kameraden Peter Bugrel nach Hause. Aufgrund dieser, privater, „beschränkter Räumlichkeit" musste auch „auf die Teilnahme von Gästen verzichtet" werden. So blieb es bei einer überschaubaren Runde von ca. 10 Kameraden. Neben den Protagonisten der Auseinandersetzung um den ehemaligen KV-Vorsitzenden Förster, Alfred Henning (Stellau), Listenplatz 5 (Bundestagswahl ´05), den oben genanten Kay Oelke und den KV-Vorstizenden Glienke, waren nur wenig weitere NPD´ler aus dem Kreis Herzogtum-Lauenburg anwesend.

Förster, der selbst nicht anwesend war, hatte 2006 auf Grund von Partei- Internen Streitigkeiten zurücktreten müssen und war aus der Partei ausgeschlossen worden, da er Parteigelder veruntreut hatte. Zuvor hatte er jahrelang den Kreisverband de facto alleine geführt und wurde über die Kreisgrenzen hinaus als alter Kämpfer verehrt.

Obwohl die Wahl des gesamten KV-Vorstandes anstand, dauerte die Versammlung nur ca. 1,5 Stunden, was wohl aus der geringen Teilnahem resultierte. Uwe Glienke, als Kreisverbandsvorsitzender, und Kai Oelke, sein Stellvertreter, wurden in ihren Ämtern bestätigt. Und auch die „Wahlgänge für Beisitzer, Schatzmeister und Kassenprüfer verliefen in Kameradschaftlichen Bahnen", kein Wunder bei etwa gleich vielen zu vergebenden Posten wie Anwesenden.

Zudem darf sich der Kreisverband über ein neues Mitglied freuen, wir tun es nicht.

RechtsRock hinterm Deich

B&H-Offensive in Dithmarschen

Willkommen auf der Internetpräsenz der Nationalen Aktionsfront Dithmarschen

Neuigkeiten » Konzert in Neufeld

Konzert in Neufeld
20.01.2007 - 00:00 von

Kurze Info:
Hingegen jeder Mobilisierung ist die Veranstaltung am 20.1.07 in Neufeld eine geschlossene Veranstaltung für geladene Gäste mit entsprechender Einladung.

Druckbare Version

Neuigkeiten » Soli Party in Neufeld

Soli Party in Neufeld
06.01.2007 - 14:30 von Admin

Neufeld, 06.01.2007
Das neue Kampfjahr 2007 begann gleich mit einer Solidaritätsveranstaltung in Neufeld. Die Solidarität bezieht sich auf den Rechtskampf bzgl. der Verurteilung aufgrund des Heldengedenkens 2005 in Eggstedt. Ca. 60 Leute kamen der Einladung der Nationalen Aktionsfront nach und feierten friedlich und ausgelassen bis in die frühen Morgenstunden. Für das Rahmenprogramm sorgten ZOGSUX und Blue Eyed War. Alles in allem war es eine sehr gelungene Veranstaltung, welche hier in Neufeld mit Sicherheit nicht die letzte sein wird. Da sind wir mal gespannt, was wir wieder in der Zeitung lesen dürfen über die ach so schlimmen "Rechten".

keine Kommentare — Druckbare Version

Seit Oktober letzten Jahres kommt das bei Marne (Kreis Heide) gelegene Dorf Neufeld nicht mehr zur Ruhe. An mehreren Wochenenden machten überwiegend aus Norddeutschland stammende Neonazis mit ihrer Anwesenheit das beschauliche 656 Einwohnerinnen zählende Dörfchen unsicher.

Das Ziel dieser Neonazis ist eine ehemalige Gaststätte Namens „Zur Börse". Die Kneipe, die dem Automatenaufsteller Walther Ruesch aus Süderheistedt gehört, wurde seit einiger Zeit nicht mehr betrieben und seit September 2006 an eine kleinere Gruppe Heider Neonazis vermietet. Anfangs wurde die Kneipe, die auch über einen Saal verfügt, als Treffpunkt für Neonazis aus der Region Heide und der Westküste benutzt. Später wurde das Objekt auch als „Proberaum" für eine regionale Neonazi-Band namens „Hate to Exist" verwendet. Als Leadsänger verantwortlich für die Band ist der bekannte Neonazi Aktivist Jan Ole Knudsen. Der aus Heide stammende Jan Ole Knudsen, der sich selber gerne als „Autonomer Nationalist" bezeichnet, wirkt als einer der aktivsten Neonazis im Raum Dithmarschen, ihm werden beste Kontakte zur rechten Musikszene und ihren Bands zugesagt. Die Vermutung, dass Jan Ole Knudsen als Bindeglied zwischen den Besitzer und der Gruppe von Neonazis die dieses Objekt nutzt, fungiert, ist nicht von der Hand zu weisen. Fast zeitgleich mit den Aktivitäten in Neufeld wurde im Internet eine Homepage der „Freien Nationalisten Dithmarschen" freigeschaltet. Auf der Homepage wurde auch erstmals erwähnt, dass man einen neuen Treffpunkt habe. Im Gästebuch war dann auch zu erlesen, das es auf der Eröffnungsparty des neuen Treffpunktes am 21.10.06 sehr turbulent zugegangen sei. Scheinbar wurde ein Besucher aufgrund seiner Haarpracht von mehreren Nazis auf brutalste Weise zusammengeschlagen. Auf diese „Eröffnungsparty" folgten dann in unregelmäßigen Abständen drei Konzerte, die mit bis zu 180 Neonazis stark besucht waren.

Auch die Landesbehörden reagierten mit regelmäßigen Vorkontrollen und einer starken Präsenz von Polizeikräften vor Ort. BeobachterInnen erweckt dieses „Polizeiaufgebot" eher den Eindruck, dass nicht unbedingt den anreisenden Neonazis das Feiern erschwert werden soll, sondern das Menschen, die ihren Unmut gegen diese Zustände in Neufeld kundtun könnten, abgeschreckt werden sollen. Zudem die Polizeiführung sehr schnell erklärte, das sie gegen die Konzerte nichts ausrichten könne, da es sich bei den Konzerten um private Veranstaltungen handeln würde. Auch die Neonazi-Szene vor Ort ist sehr darauf bedacht, diese Konzerte nicht als „Veranstaltung" erscheinen zu lassen. Die „persönlichen Einladungen" für ein Konzert mit den Bands V-Punk, Sachsonia und „Das letzte Aufgebot" am 20.01.07 wurden auf einem Parkplatz der als Vorabtreffpunkt fungierte verteilt. Gegen Bezahlung natürlich!

Die Informationen, die der Antifa-Recherche vorliegen, lassen darauf schließen, dass sich die Kneipe „zur Börse" zu einem Gravitationszentrum für Nazi-Konzerte im norddeutschen Raum entwickeln könnte. Es liegt jetzt an der Bevölkerung dieser Region und engagierten AntifaschistInnen diese Entwicklung aufzuhalten, bevor sich die Räumlichkeiten in Neufeld als Treffpunkt und Ort für Konzerte festigen. Verstärkte öffentliche Arbeit und eine gemeinsame Kampagne sollten dazu beitragen, dass sich eine Szenerie wie in Neumünster, wo sich seit zehn Jahren der überregional bekannte im Stadtteil Gadeland gelegene Neonazi-Treffpunkt „Club 88" eingenistet hat, nicht wiederholen kann. Grade am Beispiel Club 88 ließ sich über die Jahre bestens beobachten mit welcher Strategie und Taktik die Neumünsteraner Neonazi-Szene den Club 88 nicht nur zu einem festen Treffpunkt der Schleswig Holsteinischen Neonazis ausgebaut haben, sondern wie sehr solch ein „Stützpunkt" für die Heranbildung und Festigung von neuen Neonazi-Strukturen vor Ort genutzt wird. Grade im Vergleich zwischen den „Club 88" und der Örtlichkeit in Neufeld gibt es eine beunruhigende Komponente, die in Neumünster nicht gegeben ist, die Räumlichkeiten in Neufeld reichen aus, um Konzerte mit hunderten von Besuchern stattfinden zu lassen, wogegen der Club 88 nicht das Fassungsvermögen für größere Konzerte und Veranstaltungen hat. Und grade Nazi-Konzerte und Veranstaltungen sind die wichtigsten Mittel der Neonazi-Szene um unter Jugendlichen ihre braune Propaganda zu verbreiten und neue Mitglieder zu gewinnen. In diesen Sommer wird sich zeigen, ob sich nur Nazi-Konzerte oder auch der Widerstand gegen selbige hinterm Deich lohnen wird.

Denn Nazis gehören mit ihren Konzerten ins Watt vor dem Deich. Und dem Widerstand gegen die Nazis wünscht der Autor dieses Artikels die Kraft von Windstärke 12.

Nachtrag: Ein am 31.März stattfindendes Nazikonzert mit dem Motto „No Surrender Day", das von der in Deutschland verbotenen terroristischen Organisation „Blood and Honour" veranstaltet wurde, fand in Neufeld statt. Das mit 200 Nazis besuchte Konzert sollte ursprünglich im Großraum Bremen stattfinden. Laut einem Einladungsflyer für das Konzert sollten neben zwei Britische Bands namens „Razors Edge" und „Chingford Attack" auch vier deutsche Nazi –Bands mit den Namen „Oidoxie", „Skalinger", „Non Plus Ultra" und der Schleswig Holsteiner Nazi-Combo „Words of Anger" auftreten. Grade mit dem Auftritt der beiden in der Nazi-Szene als Kultbands abgefeierten Bands aus England, die der „Blood and Honour" Szene zugerechnet werden, nimmt die Wichtigkeit dieses „Veranstaltungsortes" für die Norddeutsche Neonazi-Szene neue Dimensionen an. Ein größeres Polizeiaufgebot wurde grade am 31.März in Neufeld nicht gesichtet.

Pressedokumentation Dithmarschener Landeszeitung vom 23.4.07

Neufeld - Mit einem Großaufgebot an Kräften hat die Polizei am Sonnabend das mittlerweile sechste Neonazi-Konzert in Neufeld begleitet. Mehr als 200 Beamte waren bis nach 2 Uhr im Einsatz. Die Lage rund um den Veranstaltungsort - die ehemalige Gaststätte "Zur Börse" - blieb zwar ruhig, die Polizei stellte jedoch bei ihrer intensiven Prüfung aller Fahrzeuge, die zum Veranstaltungsort rollten, diverse auffällige Gegenstände sicher.

Darunter beispielsweise drei Baseballschläger, Butterfly-Messer, Pfeffersprays, Bekleidungsstücke mit verbotenen Schriftzügen, Bücher sowie CD-Koffer mit indizierter Musik. "Dinge, die jetzt von der Abteilung Staatsschutz untersucht werden", sagt Michael Baudzus, Sprecher der Polizeidirektion Itzehoe. Sämtliche Konzertbesucher mussten sich an diesem Abend und in der Nacht einer intensiven Kontrolle und Überprüfung seitens der Polizei unterziehen, die an allen Zufahrtswegen Straßensperren errichtet hatte. "Wir haben bis zum frühen Morgen vier Platzverweise ausgesprochen wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz", sagt Baudzus.

Dass im Unterschied zu den früheren Neufelder Rechts-Konzerten nicht nur die Führerscheine und Personalausweise, sondern auch die Fahrzeuge der Teilnehmer gründlich durchsucht werden konnten, lag an einer veränderten Ausgangslage. "Wir haben das gesamte Umfeld zum gefährlichen und gleichzeitig gefährdeten Ort erklärt", sagt der Leiter der Polizeidirektion Itzehoe, Wolf-Rüdiger Beitsch. Denn es müsse aufgrund von entsprechenden Internet-Einträgen jederzeit damit gerecht werden, dass Angehörige der linken Szene oder anderer antifaschistischer Gruppen zu den offenkundig nunmehr regelmäßigen Konzerten erscheinen. "Wir als Polizei müssen daher die öffentliche Sicherheit und nicht zuletzt auch den Veranstaltungsort selbst sichern", so Beitsch.

Die verschärften und ausnahmslosen Kontrollen überraschten die anreisenden Teilnehmer sichtlich und sorgten zweifellos auch dafür, dass die in der "Börse" auftretenden Rockbands "Das letzte Aufgebot", "Aristokraken", "Breakdown", "Störmanöver" und "Territorium" recht lange auf das Eintreffen ihres Publikums warten mussten. "Die Zahl der Konzertbesucher hat mit 95 diesmal weit unter der zurückliegender Veranstaltungen gelegen, die zum Teil von mehr als 250 Menschen aufgesucht worden waren", weiß MichaelBaudzus.

Die sichergestellten Funde sollen nun ermöglichen, dem Ordnungsamt Marne-Land und dem Kreis eine Gefahrenprognose an die Hand zu geben, mit deren Hilfe künftige Veranstaltungen dieser Art in Neufeld im Vorwege verboten werden können. "Das war bisher leider nicht möglich", sagt Polizeichef Beitsch. Und: "Wir wollen diese Leute nicht hier im Ort haben. Wir müssen das aber sauber umsetzen, schließlich leben wir in einem Rechtsstaat", so Beitsch. Auf der Grundlage der sichergestellten Gegenstände werde man nun alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen.

Nach dem Sonderfall vom 31. März, als das Konzert vermutlich von der in Deutschland verbotenen "Blood & Honour"-Bewegung organisiert wurde, handelte es sich diesmal wieder um örtliche Veranstalter. Die Besucher kamen erneut aus ganz Norddeutschland, zu sehen waren aber auch Autokennzeichen aus Ludwigslust, Bremen, Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen. Sogar aus dem Hunsrück waren Konzertbesucher nach Neufeld angereist. Auch in diesem Fall gab es laut Polizei keine Auseinandersetzungen oder Rechtsverstöße. Pressevertreter wurden jedoch beim Vorbeigehen an der Gaststätte zum Verschwinden aufgefordert - unterstützt von beleidigenden Handzeichen. Das Auflaufen von Linken blieb aus.

Brave Jungs mit Bürgermeister

Tagebuch der Anne Frank verbrannt – Haftstrafen wegen Volksverhetzung

Pretziener Geselligkeit

Mit großem öffentlichen Interesse ist Anfang März vor dem Amtsgericht Schönebeck in Sachsen-Anhalt der Prozess gegen sieben Männer zu Ende gegangen, denen vorgeworfen worden war, sich mit der Verbrennung eines Exemplars des Tagebuches von Anne Frank der Volksverhetzung schuldig gemacht zu haben. Während es zwei Freisprüche gibt, werden fünf der Angeklagten zu je neun Monaten Haft auf Bewährung und Geldstrafen zwischen 1.300 und 2.200 Euro verurteilt. Was war geschehen?

Am 24. Juni 2006 fand in Pretzien in der Nähe Magdeburgs eine sog. ‚Sonnenwendfeier' statt. An der vom neonazistischen Verein Heimatbund Ostelbien organisierten Veranstaltung nahmen etwa 70 Personen teil. Dabei trugen drei Männer Fackeln, drei weitere beschworen mit martialischen Sprüchen die ‚deutsche Jugend' und ‚deutsches Blut'. Im Feuer sollte schließlich ‚Artfremdes' verbrannt werden. Zunächst wurde von Marc P. eine US-Flagge hineingeworfen, dann wirft Lars K. das Tagebuch der Anne Frank in die Flammen. Rechtsanwalt Thomas Jauch, der in der Vergangenheit NPD-Mitglieder in der Sächsischen Schweiz in Rechtsfragen geschult hatte, argumentierte, die Bücherverbrennung sei als Akt der innerlichen Selbstreinigung seines Mandanten zu verstehen. Was als Entschuldigung gedacht war – er wollte sich damit von diesem „bösen Kapitel der deutschen Geschichte" reinigen –, wirkte auf das Gericht jedoch wenig überzeugend; nicht zuletzt, da die bei der Verbrennung gesprochenen Worte genau denen entsprechen, die Joseph Goebbels 1933 benutzt hatte.

Pretziens Bürgermeister Friedrich Harwig, der nach eigenen Angaben versucht hatte, die Neonazis durch die Mitgliedschaft im Heimatbund Ostelbien zu integrieren, indem sie Dorffeste organisieren und die Dorfchronik überarbeiteten durften, und der die Buchverbrennung in Nazi-Manier geschehen ließ und nicht einschritt, zeigte sich wenig einsichtig. Auf die Frage des Richters, ob er nicht inzwischen meine, dass er aus bester Absicht das Falsche getan habe, entgegnete Harwig, dass er wieder ganz genauso handeln würde. Im 900-Köpfe-Dorf sind es nur wenige, die sich aktiv dem Treiben der Neonazis entgegenstellen wollen. Viele fanden die Bücherverbrennung im Nazi-Stil weniger schlimm als das Medieninteresse und die Verurteilungen danach.

Das Tagebuch der Anne Frank ist ein wichtiges Dokument zur NS-Vernichtungspolitik und wird insbesondere in Schulen häufig als Ansatzpunkt zur Auseinandersetzung mit den Nazi-Verbrechen verwandt. Daher ist es den Nazis ein besonderer Dorn im Auge. Wiederholt haben sie versucht, die Echtheit des Tagebuches anzuzweifeln. Anlässlich der Eröffnung der Anne-Frank-Ausstellung im Kulturhaus in Grimmen (Nordvorpommern) hatten Neonazis in der Stadt CDs mit Neonazi-Musik verteilt und vorbereitende Aktivitäten gestört. Auch in Wolgast und Peenemünde waren Plakate, die auf die Ausstellung aufmerksam machten, nachts verschwunden oder mit Nazi-Aufklebern beschädigt worden. Nachdem der NPD-Abgeordnete im Schweriner Landtag Birger Lüssow das Tagebuch der Anne Frank als Fälschung bezeichnet hatte, hat der Direktor des Anne Frank Zentrums gegen ihn Strafanzeige erstattet. Die Verurteilten von Pretzien haben inzwischen gegen ihre Verurteilung Rechtsmittel eingelegt.

Tommi D.

http://www.annefrankguide.net

NPD Hamburg radikalisiert sich

Jürgen Rieger neuer Vorsitzender – Umbau zur neonazistischen Kampfpartei vorerst abgeschlossen

Der berüchtigte Nazianwalt Jürgen Rieger wurde am 25. Februar 2007 mit 18 Stimmen bei einem geheimen Landesparteitag der NPD Hamburg zum neuen Vorsitzenden gewählt. Die vorherige Landesvorsitzende Anja Zysk konnte nur 3 Stimmen für sich verbuchen. Dem Landesvorstand gehören laut dem neonazistischen Aktionsbüro Nord nun weder der „gemäßigte" langjährige Altvorsitzende Ulrich Harder, noch der Ex-Republikaner und Zysk-Gefolgsmann Matthias Faust an. Laut NPD-Homepage wurden aber viele andere der vorherigen Vorstandsmitglieder, welche den Freien Kameradschaften nahe stehen, in ihrem Amt wiedergewählt. Damit ist der Alt-Herren-Flügel um Harder, der immer um Seriosität und moderates Auftreten bemüht war, erheblich geschwächt worden. Anja Zysk, erste NPD-Frau in der Position einer Landesvorsitzenden trat nun Ende März 2007 frustriert aus der Partei aus. Damit haben sich die radikalen, neonazistischen Kräfte in der Hamburger NPD endgültig durchgesetzt. So frohlockt das AB Nord auch: "Mit der Wahl von Kamerad Jürgen Rieger zum Landsvorsitzenden dürfte zweifellos eine erheblich konstruktivere Zusammenarbeit zwischen der Hamburger NPD-Führung und den freien Nationalisten in der Hansestadt gewährleistet sein..." Der 60-jährige mehrfach verurteilte neue Landesvorsitzende will „Überfremdung" und Globalisierungskritik von rechts zum Thema machen und propagiert „verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederwerbung in Hamburg."

Lange Streitigkeiten...

Nach einer turbulenten Landesvorstandssitzung war am 4. Januar 2007 der gesamte Landesvorstand der Hamburger NPD zurückgetreten, darunter auch Zysk, um Neuwahlen zu ermöglichen. Vordergründig ging es um eine Kundgebung gegen einen Moscheebau in Hamburg-Bergedorf, welche Anja Zysk, der unabhängige Naziführer Christian Worch, die Bremer sowie Teile der niedersächsischen NPD unter dem rassistischen Motto „Kein Multi-Kulti in Bergedorf" dann auch im Februar durchführten. Veranstalter waren jedoch „Freie Nationalisten" (Worch) und nicht die NPD, weil erhebliche Teile, auch aus dem Landesvorstand gegen die Kundgebung waren. Die Argumentation der Zysk-Kritiker lautete, man wolle es sich nicht mit dem politischen Islam verscherzen im gemeinsamen Kampf gegen Israel und die USA. Es deutete sich allerdings an, dass es sich vielmehr um einen banalen Machtkampf um die Vorherrschaft in der Hamburger NPD handelte, welche unter der Führung von Zysk im letzten Jahr deutlichen Zuwachs vor allem aus dem Spektrum der „Freien Nationalisten" erhalten hatte. (Laut dem gut informierten Worch hat der Landesverband inzwischen 185 Mitglieder, das wäre ein Zuwachs von 32% innerhalb 2006) Schon länger planten ehemalige Kader aus der verbotenen Kameradschaft „Hamburger Sturm" (HS) bzw. dem Aktionsbüro Norddeutschland (AB Nord) in Zusammenarbeit mit dem schon 2004 in die NPD eingetretenen Thomas Wulff die Absetzung von Zysk und deren Ersetzung durch Jürgen Rieger. Zysk schrieb, dass schon Anfang 2006, als Rieger noch parteilos war, Anhänger von Wulff ihr dieses mitgeteilt hätten. Dass Rieger schon vor seinem Parteieintritt eine große Rolle spielte, zeigt seine Kandidatur für die Hamburger NPD auf Platz 1 zur Bundestagswahl 2005.

Ende 2006, so Zysk, hätten mehrere Landesvorstandsmitglieder, darunter Thorsten de Vries (AB Nord und Ex-HS) mit „massiven Drohungen und einer beispiellosen Mobbingkampagne" sie an ihren „öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten" zu hindern versucht.

Der vorbestrafte de Vries war der Wortführer gegen Anja Zysk und ihre Fraktion. Schon Ende 2006 war er mitverantwortlich für massive Beschuldigungen gegen den Zysk-Gefolgsmann Martin Dembowsky, ehemaliger Kreisvorsitzender in Harburg und ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Hamburger NPD. Über das AB Nord wurde Dembowsky beschuldigt der Freimaurersekte „Thelema Society" anzugehören, satanische und kabbalistische Riten zu praktizieren und unter Androhung von Gewalt aufgefordert die NPD zu verlassen. Dembowsky bestreitet die Vorwürfe und hat „gegen alle involvierten Personen Strafantrag gestellt."

Am 8. Januar 2007 erstattete Frau Zysk ebenfalls Strafanzeige gegen de Vries wegen Bedrohung, Beleidigung, übler Nachrede, Verleumdung sowie auch wegen Verwendung nationalsozialistischer Grußformeln und beantragte den Parteiausschluss. De Vries hatte die Landesvorsitzende in e-mails und Rundmails als „Mosaische Levantiner Hexe" und „anscheinend psychisch Kranke" bezeichnet, sowie gedroht er „würde die Alte sofort an die Wand stellen." Unterstützung suchte er für seine Angriffe bei Torben Klebe und Tobias Thiessen, beide AB-Nord und Ex-HS, die wohl auch 2006 in die Hamburger NPD eingetreten sind.

Die Bundesführung der NPD hielt sich, obwohl seit Wochen über die Vorgänge informiert, auffallend zurück, und obwohl der Bundesvize Peter Marx an der Landesvorstandsitzung am 4. Januar 2007 teilnahm. Jürgen Rieger scheint nämlich auch nicht der Wunschkandidat der Bundesführung zu sein, weder sein Eintritt in die NPD 2006, noch die Wahl zum Landesvorsitzenden wurde, wie sonst üblich, mit einem Beitrag auf der Homepage gewürdigt. Der Hamburger Verfassungsschutz schreibt dazu: „Rieger, der in seinen Reden nicht selten offen nationalsozialistische Thesen vertritt, ist für einige Parteifunktionäre eine schwer zu schluckende... Kröte... die wegen der klammen Finanzlage jedoch verdaut werden muss." (Rieger ist für im Bundesvorstand Außenpolitik und Finanzbeschaffung zuständig.)

Die Zwistigkeiten innerhalb der Hamburger NPD führten auch zu heftigen

Wortwechseln zwischen Kameradschaftern der NPD und dem unabhängigen Naziführer Christian Worch, welche sogar in Androhung von Gewalt gipfelten.

... und ein Ende?

Nachdem Anja Zysk ausgetreten ist und gegen ihren Gefolgsmann Matthias Faust, den noch Kreisvorsitzenden aus HH-Nord-Eimsbüttel, ein Ausschlussverfahren wegen parteischädigenden Verhaltens anhängig ist, werden die internen Kritiker der Partei wohl verstummt sein. Ullrich Harder ist schon Mitte 70 ist und wird trotz seiner jahrzehntelangen Tätigkeit für die Partei kaum noch Einfluss haben. Für das Verhältnis zum externen Kritiker Worch, welcher in Hamburg nur noch wenig Einfluss hat, gilt die Volksweisheit „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich." Bei dem Nazi-Aufmarsch in Lübeck am 31. März 2007 durfte er jedenfalls neben seinem ärgsten Kritiker Thorsten de Vries und weiteren NPD-Mitgliedern reden.

Der neue Landesvorsitzende Rieger schrieb nun auch Ende März in einem Brief zu seinem Amtsantritt: „Das, was ich mit meiner Kandidatur bezweckt hatte, nämlich eine allseits akzeptierte Führungsspitze und Geschlossenheit in Hamburg wiederzubekommen, wurde mithin erreicht." Zysk wertet dieses in ihrer Austrittserklärung jedoch als „Intrigantentum, Verbonzung und Korruption ... von bezahlten Berufsnationalisten" und bemängelt fehlende innerparteiliche Demokratie und Solidarität. Die NPD sei ein „Sammelbecken von intellektuell und moralisch Minderwertigen" mit „Samenbank-Rieger und seinem dem angelsächsischen Lumpenproletariat nacheifernden Szenepöbel" wolle sie nicht länger ihre Zeit verschwenden.

Hamburger Nationaldemokraten 2007...

Dem neuen Landesvorsitzende aus Blankenese steht Dr. Karl Göbel aus Wandsbek als Stellvertreter zur Seite. Der Mitte-Fünfzigjährige Orientalist und Kaufmann nahm im November 2006 an der gewalttätigen Störung einer Veranstaltung der DGB-Jugend in Wandsbek teil und hat gute Kontakte in die militante Naziszene. Weiterhin gehören dem neuen Landesvorstand Anhänger der beiden neonazistisch geprägten Hamburger Kameradschaften an, aber auch bisher unbekannte Personen wie die Kassenwartin Andrea Schwarz.

Weniger Aufmärsche und Kundgebungen, mehr Propaganda und Infostände, auf diese Formel bringt es Rieger in seiner Antrittserklärung.

Momentan haben sich Hamburger Nazis, darunter Kritiker der Anti-Moschee-Kundgebung, dazu den Stadtteil Bergedorf auserkoren, wo eine Tarnorganisation Namens „Bürgerinitiative für ein sicheres Bergedorf" eine Kampagne „Keine Überfremdung Bergedorfs" mittels Infotischen, Flugblattverteilungen und einer internen Veranstaltung durchführt. Das Vorgehen ist angelehnt an die „BI Unsere Zukunft", welche seit Jahren in Bramfeld aus dem Umfeld der dortigen Kameradschaft betrieben wird. Betreiber der Bergedorfer Homepage ist Worch-Zögling und NPD-Mitglied Alexander Hohensee, Redner bei Veranstaltungen waren Jürgen Rieger und Karl Göbel. Außer in Bergedorf treten die NPD und ihr Umfeld noch regelmäßig im Bezirk Wandsbek mit Propaganda-Aktionen auf, in anderen Bezirken ist es dagegen seit längerem ruhig. Inaktivität in einigen Gliederungen lässt auch Rieger durchblicken, wenn er schreibt: „Da bislang nur einige Kreisverbände eine regelmäßige Vortragstätigkeit in ihren Kreisen durchführen, werde ich durchschnittlich vierteljährlich für alle Mitglieder des Landesverbandes Vorträge organisieren." Auch bei Aufmärschen konnte die NPD bisher nicht die Teilnehmerzahlen erreichen, wie sie in anderen Städten leider üblich sind. Es ist allerdings zu befürchten, dass sich dieses mit einem gefestigten und vergrößertem Landesverband unter Jürgen Rieger und mit zunehmender Bedeutungslosgkeit neofaschistischer Konkurrenz ändern könnte.

...und bei der Bürgerschaftswahl?

aut „Deutschlandpakt" zwischen NPD und DVU soll zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 28.Februar 2008 die DVU antreten. Deren Vorsitzender Gerhard Frey lehnt eine Kandidatur von NPD-Mitgliedern auf seiner Liste bisher ab, in Bremen hat die DVU laut der Nazi-Homepage „Altermedia" gerade alle NPD-Bewerber für eine Kandidatur abgelehnt.

Es ist auch schwer vorstellbar, dass ein ehrgeiziger Choleriker wie Jürgen Rieger, erst einmal erfolgreich gewählt, von Frey erlassene Direktiven umsetzt. Der DVU-Vorsitzende hält in seiner Phantompartei die Zügel streng in der Hand und erteilt gelegentlich sogar vorformulierte Anträge für Sitzungen per Fax aus der Münchner Partei-Zentrale. Den „Deutschlandpakt" für eine eigenständige Kandidatur in Hamburg aufzukündigen, wäre für die Bundes-NPD ein zu großes Opfer. Bisher haben beide neofaschistischen Parteien eindeutig davon profitiert, nicht von einer solidarischen Zusammenarbeit, aber von der fehlenden Konkurrenz bei Wahlkämpfen. So werden die Hamburger NPD und ihr Anhang wohl allenfalls ein bisschen Schutz und Propaganda für die momentan in Hamburg inaktive und personell schlecht aufgestellte DVU-Truppe in Hamburg machen dürfen.

Dies sollte jedoch keinesfalls Grund zur Entwarnung sein: Erstens bleiben die Aktivitäten der NPD und der Kameradschaften weiterhin gefährlich. Und zweitens hat Multimillionär Frey durch seine massive Wahlwerbung mittels Plakaten und Postwurfsendungen eventuell sogar bessere Chancen als die finanzschwache NPD, welche der DVU mit ihren öffentlichkeitswirksamen Aktionen den Boden bereitet.

Einladung zur Diskussion

Was tun Hamburgs AntifaschistInnen gegen die Kandidatur von Neonazis zur Bürgerschaftswahl 2008

In den letzten Monaten hat es einige erfolgreiche Mobilisierungen gegen neonazistische Aktivitäten in der Hansestadt gegeben. So wurde gegen die Neonazi-Demonstration am 14. Oktober 2006 von antifaschistischen Kräften eine Vielzahl von Aktionen organisiert: öffentliche Bekundungen in der Hamburger City, neonazistische Aktivitäten in dieser Stadt nicht zulassen zu wollen (Protest), und Versuche der direkten Be-/Verhinderung der Neonazi im Stadtteil (Widerstand). Insgesamt beteiligten sich wohl 3.000 Menschen an diesen Aktivitäten, die im Großen und Ganzen nicht nur ein wohlwollendes öffentliches Echo fanden, sondern auch zu einigen Behinderungen der Neonazis führten. Bemerkenswert ist zudem, dass auch der DGB mit einem eigenen Aufruf zur Teilnahme am Antifaschistischen Aktionstag mobilisiert hatte, den das Hamburger Bündnis gegen Rechts initiiert hatte. Insofern war die bei den beteiligten antifaschistischen Strukturen anzutreffende allgemein positive Bewertung nachvollziehbar.

Durch zahlreiche Aktivitäten – darunter Outing-Aktionen, Sachbeschädigungen und Druck auf den Vermieter – ist es gelungen, dem Laden von Volker Fuchs in der Talstraße ein rasches Ende zu machen. Im Rahmen dieser Kampagne, die vor allem von unabhängigen Antifa-Gruppen und zahlreichen UnterstützerInnen getragen worden ist, ist es auch gelungen, die Behauptung, der Laden bzw. Besitzer sei eigentlich unpolitisch, als Märchen zu entlarven. Erfolgreich konnte auch der Vermieter der neuen Räumlichkeiten von Fuchs über dessen Aktivitäten aufgeklärt werden. Daher wird sieht sich Fuchs einer neuerlichen Kündigung ausgesetzt, wobei deren rechtliche Wirkung unklar ist. Wie sich die Lage also weiterentwickelt, bleibt abzuwarten. Erwünscht ist Fuchs jedenfalls nicht.

Schließlich gab es mit Blick auf die Nazi-Kundgebung in Bergedorf im Februar 2007 ein breites Bündnis vor Ort, das von AntifaschistInnen aus Hamburg unterstützt wurde. Weit über 1.000 AntifaschistInnen beteiligten sich an der Demonstration des Bündnisses; noch einmal einige Hundert BürgerInnen besuchten die Angebote des DGB und der Rathausparteien. Trotz zahlreicher Polizeiprovokationen konnte ein wirkungsvolles antifaschistisches Auftreten organisiert werden; für die Neonazis war dies ein Spießrutenlaufen. Einmal mehr mussten sie von der Polizei mit einem kurzfristig bereitgestellten Bus aus dem Gefahrenbereich gebracht werden. An solchen Aktionen nehmen auf Dauer immer weniger Rechte teil.

Diese knappen Anmerkungen sollen nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Zusammenarbeit der antifaschistischen Gruppen Schwierigkeiten und Rückschläge nicht zu leugnen sind. Grund zur Zufriedenheit besteht nicht, sind doch weite Teile der mobilisierbaren HamburgerInnen noch immer weitgehend passive ZuschauerInnen dieser politischen Auseinandersetzungen.

Dies gilt insbesondere mit Blick auf die im Frühjahr 2008 stattfindenden Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft. Nach derzeitigem Stand gibt es eine Absprache zwischen DVU und NPD, nach der in Hamburg die DVU zur Wahl antritt. Diese hofft mit dem etwaigen Erfolg ihrer Wahlbeteiligung

im Stadtstaat Bremen im Frühjahr 2007 auch gute Chancen auf einen Einzug in die Hamburger Bürgerschaft zu haben; vor einigen Jahren ist sie bei einem solchen Versuch nur knapp an der 5%-Hürde gescheitert. Ob es bei der DVU-Kandidatur bleibt und in welchem Umfang und mit welchem Personal die NPD auf der Liste der KandidatInnen vertreten sein wird, bleibt abzuwarten. Sicher ist jedoch, dass die Rechten versuchen werden, ihr Auftreten in Hamburg bis zum und im Wahlkampf erheblich zu verbessern.

Als ein zentraler Akteur im antifaschistischen Spektrum Hamburgs hat das Hamburger Bündnis gegen Rechts als ehrgeizige Ziel in die Diskussion eingebracht, dass bis zur Wahl der nächsten Bürgerschaft in der Hansestadt eine politische Stimmung und Situation geschaffen werden soll, in der es die dann zur Wahl antretenden Rechten schwer haben werden, öffentlich sichtbar zu werden. Diese Aufgabe ist anspruchsvoll und die Zahl der aktiven Gruppen, die an den Wegen zu ihrer Realisierung arbeiten, noch (zu) klein. Die letzten antifaschistischen Aktionen waren – an dieser Zielmarke gemessen – ein Schritt nach vorne, mehr aber auch nicht. Dringend notwendig ist eine Verstärkung der Diskussion und des Austausches der verschiedenen antifaschistischen Strömungen, welches die nächsten Aufgaben und Projekte sind, wie diese abgestimmt und vernetzt werden können und welche politischen und örtlichen Schwerpunkte zu setzen sind.

Aus Sicht des Hamburger Bündnisses gegen Rechts ist insbesondere die Intensivierung der Kontakte zu den Gewerkschaften einerseits und den unabhängigen Antifa-Gruppen andererseits bedeutsam. Darüber hinaus ist neben weiterer Öffentlichkeitsarbeit und der Skandalisierung und Einschränkung öffentlicher Auftritte der extremen Rechten insbesondere eine aktivierende Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Diese zielt auf die in der Stadt durchaus vorhandenen antifaschistischen Einstellungspotenzial und soll – mit Blick auf die Bürgerschaftswahl – möglichst viele politische Initiativen, Ladenbesitzer, Kuriere, Projekte und Menschen aus dem Kulturbetrieb von der Notwendigkeit des Handelns überzeugen und unter einer politischen Willenserklärung versammeln. Als zentrales Instrument einer aktivierenden Öffentlichkeitsarbeit kann das Instrument einer politischen Plattform dienen, in der ein Grundverständnis antifaschistischer Orientierung und Aktion skizziert ist. Dieses kann in Stadtteilversammlungen vorgestellt und beworben werden, soll von Initiativen, Betriebsräten, Vertrauensleutekörpern, Unternehmen, ... unterschrieben und als Selbstverpflichtung verstanden werden, sich im Rahmen der Möglichkeiten, an der Erreichung des o.g. Ziel zu beteiligen, z.B. durch das Aushängen von Plakaten, das Auslegen von Flugblättern, das Aufstellen einer Sammelbüchse, die Beteiligung an Protest- und Widerstandsaktionen gegen Neonazi-Aufmärsche, usw.

Selbstverständlich kann und soll eine solche Initiative nicht exklusiv sein; andere Aktionen und Projekte sind denkbar und wünschenswert. Dringend ist es jedoch die politische Debatte über die nächsten Schritte zu führen.

Neonazis legen nach

Worch scheitert in Bergedorf

Am 10.Februar versuchten Neonazis um Christian Worch und Anja Zysk (NPD-Hamburg) in Hamburg-Bergedorf gegen einen geplanten Moscheebau zu hetzen. Bei eisig kaltem Wind froren 50 Neonazis um die Wette, während Redner wie Adolf Dammann (NPD-Niedersachsen) und Hans-Gerd Wiechmann aus Lüneburg zum Mikro griffen. Gegen den rechten Spuk gingen insgesamt über 1000 Menschen auf die Straße, darunter Anwohner aus dem Stadtteil und angereiste Antifaschisten. Ein riesiges Polizeiaufgebot sicherte den Nazihaufen und setzte dabei gerne auch mal den Knüppel gegen Antifaproteste ein. Trotz Temperaturen um den Gefrierpunkt wurden mehrfach Wasserwerfer gegen Demonstranten eingesetzt.

Der Neonazi-Kundgebung war ein Streit des rechten Lagers in der Hansestadt vorausgegangen. Während Christian Worch und Anmelder Matthias Faust (Mitglied der NPD-Hamburg) für die Aktion gegen den Moscheebau eintraten, sträubten sich Neonazis wie Thorsten de Vries (ebenfalls NPD-Hamburg) vehement. Dabei sei es wohl zwar auch um konkrete politische Fragen in Bezug auf den Moscheebau gegangen, in erster Linie ist aber eine Auseinandersetzung um die grundsätzliche Parteiausrichtung der NPD-Hamburg und damit auch Parteipersonalien zu vermuten. Näheres zu diesem Richtungsstreit innerhalb der NPD-Hamburg in dem gesonderten Artikel *NPD Hamburg radikalisiert sich* auf Seite 19.

NPD-Mitglied Matthias Faust (rechts am Mikro) meldete die Kundgebung in Bergedorf an. Er gilt als Vertrauter von Anja Zysk (links)

Nach knappen zwei Stunden zog der traurige Haufen Neonazis ab - der HVV half mal wieder mit einem Sonderbus. Im Nachhinein versuchten der anwesende Klaus Bärthel (NPDler aus Ludwigslust) als auch Christian Worch, mal wieder alles schön zu reden. Dass zu ihrer Kundgebung nur peinliche Grüppchen zumeist unbedeutender Nazis gekommen war, wurde in gewohnter Weise uminterpretiert. Antifaschisten sprachen grinsend vom wohl „letzten Aufgebot", das sogar extra aus Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen angekarrt werden musste, damit die rechte Beteiligung nicht am Ende noch einstellig ausfallen musste.

Mittlerweile ist nun von Nazis aus dem NPD-Umfeld eine "Initiative sicheres Bergedorf" gegründet worden, die versucht mit rassistischer Hetze auf Stimmenfang gegen den Moscheebau zu gehen. Nun sind auch Kreise der NPD aktiv, die sich noch zuvor gegen eine "Anti-Moschee-Kampagne" ausgesprochen hatten. Die dazugehörige Internetseite ist auf Alexander Hohensee angemeldet und mit Statistiken zu Ausländerkriminalität sowie Horrormärchen zu Migranten im allgemeinen gespickt. Bis jetzt hat die Initiative mit Flugblattverteilungen und einer Saalveranstaltung auf sich aufmerksam gemacht. Mit von der Partie ist auch das "Aktionsbüro Nord" um Inge Nottelmann und Tobias Thiessen aus Norderstedt. Zwar sind die Texte der "Bürgerinitiative" plump und offensichtlich rassistisch, trotzdem besteht natürlich die Gefahr, dass sich manche Bergedorfer von der geschürten Angst anstecken lassen. Der Stadtteil Bergedorf mit dem geplanten Moscheebau wird daher wahrscheinlich in der nächsten Zeit verstärk als Tummelplatz für Hamburger Neonazis dienen.

Mit Scheitel und Größenwahn

Ein Teilnehmer der Demonstration in Bergedorf fiel den Beobachtern besonders ins Auge und provozierte durch sein Auftreten geradezu die diversen Verhöhnungen der Gegendemonstranten: Mit seinem Seitenscheitel und dem Oberlippenflaum erinnert Silvio Reinhold Kruk an einen kleinen Pseudo-Hitler. Aber nicht nur Antifaschisten und Journalisten machen sich über ihn lustig, auch in großen Teilen der Neonazi-Szene wird er nicht ernst genommen und als »Spinner« bezeichnet. Zu dieser Einstellung hat auch beigetragen, dass der aus dem sächsischen Mittweida stammende erst seit einem knappen halben Jahr in der Neonazi-Szene aktiv ist und sich seitdem energisch darum bemüht bekannt zu werden, es allerdings eher im Zusammenhang mit Pleiten schafft. So meldete er seit November diverse Aufmärsche in Stuttgart und Umgebung an, von denen er allerdings keinen einzigen durchgeführt hat. Mittlerweile ist Kruk in Frankfurt am Main gemeldet und kündigt mit seiner Partei »Nationale Bewegung Deutschlands«, einer Bewegung, die wohl nur aus ihm besteht, auch dieses Jahr wieder vier Aufmärsche an. In Waiblingen am 26. Mai und in Lüneburg am 9. Juni soll als Versammlungsleiter der ehemalige Republikaner und Anmelder der Demonstration in Bergedorf, Matthias Faust, auftreten. Die sonstige Beteiligung an den Veranstaltungen des 25-jährigen wird aber, falls überhaupt je eine stattfindet, sehr überschaubar bleiben, solange weder etablierte Kader noch eine Basis in ernst nimmt.

Rechtsaußen bei der Wahl in Bremen

Am 13. Mai 2007 finden in Bremen und Bremerhaven die nächsten Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft statt. Im Rahmen des sog. ‚Deutschland-Paktes' zwischen NPD und DVU wird dort die DVU antreten. DVU-Abgeordnete sitzen seit 1987 in der Bürgerschaft Bremens, da eine Sonderregelung auch jenen Parteien die Entsendung von Vertretern ermöglicht, die nur im Stadtteil Bremerhaven, nicht aber im gesamten Gebiet des Landes Bremen die 5%-Hürde überspringen.

Die DVU-Führungen vor Ort und in München rechnen sich gute Chancen aus, erneut in das Landesparlament einzuziehen, denn die soziale Lage in Bremerhaven ist noch immer in vielen Bereichen trostlos, die demagogische Propaganda der DVU wird kontinuierlich bei Sportveranstaltungen und in sozialen Brennpunkten betrieben und aufgrund der vergleichsweise geringen Größe des Bundeslandes hoffen die Faschisten auf die Wirkung einer massiven Werbung mit Plakaten und Postwurfsendungen.

Gleich mehrere andere Gruppierungen fischen jedoch in denselben Gewässern. Der Polizeibeamte Jan Timke, ehemaliger Chef der Statt-Partei und der Schill-Partei in Bremen, will mit der Wählervereinigung Bürger in Wut (BiW) den Sprung über die 5%-Hürde schaffen. 2003 hatte er mit der Schill-Partei bereits 4,2% erreicht. Wie damals soll auch 2007 einer der Propaganda-Schwerpunkte auf dem Thema „Innere Sicherheit" liegen. Außerdem geht es gegen die Einwanderung und den Beitritt der Türkei zur EU. Ob in Bremen die Forderung der BiW nach Reduzierung der Bundesländer auf maximal neun, was das Ende Bremens als Bundesland bedeuten würde, gut ankommt, darf allerdings bezweifelt werden. Ohnehin hat der Bremer Landeswahlleiter die Mini-Partei nur für eine Beiratswahl zugelassen.

Zur Bürgerschaftswahl und in elf Beiratsgebieten zugelassen wurde die Wählervereinigung Bremen muß leben (Bml). Diese hat sich am 6. Oktober 2006 im Bremer Hilton-Hotel gegründet und konkurriert nun vor allem mit der DVU um die WählerInnengunst. Mit der Gruppierung Bremen muß leben will der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Joachim Siegerist den Einzug ins Landesparlament schaffen

– mit gleich 25% wie er in bekannter Selbstüberschätzung verlauten lässt. Bml ist ein Ableger der Deutschen Konservativen (DK), zu deren Führungspersonal Siegerist seit zwanzig Jahren gehört. Andere bekannte Akteure sind der frühere Berliner Innensenator Heinrich Lummer, Casimir Prinz Wittgenstein (Schatzmeister der CDU Hessen während der Spendenaffäre) oder auch Fürst Ferdinand von Bismarck, der zahlreiche Kontakte in die rechte Szene hat. Auch in Bremen verbreiten Siegerist & Co. die bereits von anderen Gelegenheiten bekannten Hetzparolen: So seien Haushaltsmittel für am gesellschaftlichen Rand lebende Menschen und minderjährige Mütter „Millionen für ‚Sozial'-Schwachsinn"; Bremen soll die „sauberste Stadt Deutschlands" werden, frei von Geldverschwendung, „Faulen" und „kriminellen Ausländern".

Zur Gründungsversammlung im Oktober waren – nach einer 13.000 Euro teuren Anzeige im *Weser Report* – etwa 350 Leute erschienen. Auf dem Podium saßen Ivan Denes, der in der DK-Postille vom früheren Außenminister Fischer ein Bild als ‚Handlanger der Juden' zeichnete, die *Junge Freiheit*-Autoren Ronald Gläser und Bernd-Thomas Ramb, der frühere Mitarbeiter des Wahlkampfstabes von Franz-Josef Strauß und ehemalige Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung Peter Helmes, der Ex-Chef der extrem rechten Deutschen Partei Heiner Kappel, Bernd Rabehl, wiederholter Redner bei NPD-Versammlungen, und der Chef der FPÖ-Fraktion in Kärnten Andreas Skorianz. Siegerist selbst führt in Hamburg den WPR Wirtschafts- und Politikverlag, in dem er Bücher und Flugschriften verlegt, die gegen eine angebliche Einheitsfront von SPD-DGB-PDS wettern und von einer Bedrohung des christlichen Abendlandes durch Einwanderung fabulieren. Der Wahlkampf der Bml hat bereits begonnen: Anfang März kam flächendeckend eine Postwurfsendung zur Verteilung; bereits Anfang Januar hatte Siegerist den WählerInnen in einem Flugblatt die Parole der Partei Sicher, Sauber, Schuldenfrei erörtert.

Die Siegerist-Gründung ist denn auch der mit der DVU verbündeten NPD ein Dorn im Auge. In der Partei-Zeitung *Deutsche Stimme* konnte ein Helfried Engelbrecht in zahlreichen Andeutungen nicht nur über die zahlreichen Spendenkampagnen des Hamburgers herziehen, sondern auch über eine homosexuelle Orientierung Siegerists spekulieren, die bei den von diesem vor allem umworbenen „altkonservativen Spießern" vermutlich nicht gut ankommen dürfte.

Die DVU hat inzwischen begonnen, die Berichterstattung über Ereignisse in Bremen und Bremerhaven in der National-Zeitung zu verstärken. Erste Plakatwände sind bereits mit Werbung für die Partei und ihren Spitzenkandidaten Tittmann versehen worden. Und Mitte März wurde – als Auftakt zu einer Jungwähleroffensive – mit der Verteilung von CDs begonnen. Um eine Wahlveranstaltung in der Bremerhavener Stadthalle, die die DVU durchführen möchte, gibt es politischen und juristischen Streit.

DVU-Wahlvorschläge für die Wahl der Beiräte im Gebiet der Stadt Bremen 2003

Karl-Heinrich Wickmann
Holger-Otto Wendland
Ute Ulricke Hacker
Rolf Urbanek
Hans-Jürgen Scheffler
Steffen Krause
Irina Tadday
Elfriede Budina
Rudi Rieger
Karlo Willi Ronstadt
Markus Otten
Hans-Otto Weidenbach

Nachrichten aus der Region

Schon gehört

Polizei darf vorerst nicht online spionieren

Anfang Februar hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden, dass so genannte „Online-Durchsuchungen" nicht zulässig sind. Bei diesem Verfahren spionieren Polizisten über die Internetverbindung alle gespeicherten Daten auf einem Computer aus, ohne dass der Betroffene etwas davon merkt. Und genau aus diesem Grund verbietet der BGH dieses Vorgehen, da der Betroffene nichts davon mitbekommt. Die prozessualen Möglichkeiten der Polizei, zum Beispiel eine Wohnungsdurchsuchung zu machen, erlaubt nur ein offenes Vorgehen und keine heimliche Beweissicherung. Der Verdächtige soll somit die Möglichkeit bekommen, die Durchsuchung durch einen Anwalt prüfen zu lassen, was voraussetzt, dass er davon überhaupt etwas mitbekommt. Da der BGH nach jetziger Rechtslage die „Online-Durchsuchung" für rechtswidrig erklärt hat, wurde von Überwachungsfanatiker und Innenminister Wolfgang Schäuble auch gleich eine Gesetzesänderung angekündigt.

Versammlungsfreiheit auch für Neonazis

Ende Februar sprach der Bundesverfassungsrichter Professor Hoffmann-Riem in **Hamburg** zum Thema „Versammlungsfreiheit für Rechtsextremisten". Wie vom Verfassungsgericht und seinen meisten Richtern gewohnt, bekräftigte Hoffmann-Riem die Ansicht, dass auch für alle Neonazis stets Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit gelte. Erst wenn Strafgesetze wie Volksverhetzung gebrochen werden, könne mit Verboten und anderen Sanktionen reagiert werden. Kommt es zu keinen Gesetzesverstößen, müsse rechtsradikale Propaganda in der Öffentlichkeit geduldet werden, auch wenn ihm das persönlich nicht passen würde. Nichts neues also...

Gnadenlos: Abschiebung nach 14 Jahren

Der Afrikaner Danny Jozez soll nach 14 Jahren Aufenthalt in Deutschland abgeschoben werden. Jozez hat jahrelang in **Bad Oldesloe** gelebt und sich dort ehrenamtlich in einem Verein für Integration und Bleiberecht engagiert. Dafür wurde er sogar von der damaligen Ministerpräsidentin Heide Simonis ausgezeichnet. Der Flüchtlingsbeauftragte des Landes nannte Jozez ein perfektes Beispiel für gelungene Intergration. Nach seiner dreimonatigen Inhaftierung im Abschiebeknast Rendsburg war er sogar schon nach Liberia abgeschoben worden. Da er aber nach eigenen Angaben nicht aus dem Land stamme, sondern aus Togo, wurde er wieder zurückgeflogen. In Deutschland angekommen, kam er sofort erneut in Polizeigewahrsam, damit ein neuer Abschiebeversuch gemacht werden kann. Anja Kühl, Leiterin der Ausländerbehörde in Bad Oldesloe, machte klar, dass Jozez trotz der vorläufigen Rückkehr keine Chance habe, sein Bleiberechtsverfahren noch einmal vor der sog. Härtefall-Kommission vorzutragen. Kühl, die ihrem Namen alle Ehre machte, wurde in einer Tageszeitung mit den Worten „Sobald die Identität von Herrn Jozez geklärt und Platz in einer Linienmaschine frei ist, geht es wieder los!", zitiert. Innenminister Ralf Stegner (SPD) begründete die Abschiebung mit Jozez´s Versuch, zeitweilig unterzutauchen, da er eben diese Abschiebung befürchtet hatte. Durch dieses Verhalten habe Jozez dem Weg freigemacht für die Abschiebung, ohne dass die Härtefall-Kommission nach ausführlicher Prüfung entscheiden müsse. Der Flüchtlingsrat und mehrere Landtagsabgeordnete plädieren hingegen für eine endgültige Entscheidung der Kommission, die man hätte abwarten müssen.

Schluss mit U-Haft in Berlin

Nach 101 Tagen Untersuchungshaft ist ein Antifaschist aus **Berlin** wieder auf freiem Fuss. Ein Richter beendete bei einer Haftprüfung die völlig überzogene Maßnahme und stellte auch das Verfahren wegen "versuchtem Totschlag" ein. Nun wird weiter wegen gefährlicher Körperverletzung gegen Matti ermittelt. Dabei geht es um einen Vorfall vom November 2006, bei dem ein stadtbekannter Neonazi in Berlin mit Knüppelschlägen verletzt wurde. Dieser Nazi beschuldigte später Matti und behauptete, ihn erkannt zu haben, obwohl der Täter vermummt war. Es wird mittlerweile spekuliert, dass der verletzte Neonazi wohl in seiner privaten Anti-Antifa-Kartei nachgesehen hat und sich jemanden

ausgesucht hat, den er dann später als Täter angab. Gegen die lange Untersuchungshaft von Matti hatte eine Soli-Gruppe gekämpft und dabei Unterstützung und Zuspruch aus dem gesamten Bundesgebiet erhalten. Mit der Beendigung der U-Haft ist ein kleiner Sieg erkämpft, wobei jetzt aber immer noch der Vorwurf der Körperverletzung gegen Matti erhoben wird. Matti wird also weiterhin von der Staatsanwaltschaft als Täter des Überfalls verdächtigt. Weitere Infos unter www.freiheitfuermatti.com

Verleger Henning Wolff gestorben

Der langjährige Chefredakteur und Herausgeber des *Fehmarnschen Tageblatts* Henning Wolff ist im Dezember 2006 verstorben. Als ehemaliger Schüler einer Eliteschule der Nazis wurde er 1990 zum stellvertretenden DVU-Bundesvorsitzenden gewählt. Er selbst war mit Artikeln im revanchistischen *Ostpreußenblatt* und in der extrem rechten Zeitschrift *Nation und Europa* vertreten. Während Wolff als Herausgeber tätig war, fanden sich zahlreiche rassistische Beiträge und Empfehlungen für Bücher aus extrem rechten Verlagen.

Arbeitskreis Lebenskunde wieder in Osselberg

Auch in diesem Jahr führt der Arbeitskreis Lebenskunde in seinem Haus in **Osselberg** bei Kiel wieder ein Ferienlager für Kinder und Jugendliche durch. Der Arbeitskreis steht der antisemitischen Ludendorffer-Bewegung nahe. Das Familienlager (Erwachsene und Kinder bis 10 Jahre) soll vom 28. Juli bis zum 4. August stattfinden; bereits eine Woche vorher beginnt das Ferienlager für Kinder im Alter von 11 bis 14 Jahre.

NPD-Mitglied Torsten de Vries (mitte) und Ladenbesitzer Volker Fuchs (rechts) bei einer Burschenschaftsveranstaltung am 07.05.2006 in Hamburg Stellingen Bildquelle: www.antifainfo.de

Volkers Erdbeerkuchen mit Hakenkreuz

Nachdem es nach der Schließung seines Klamottenladens „Odin+Freya" bzw. „Elite-Style" in der Talstraße in Hamburg kurzzeitig ruhig um Volker Fuchs geworden war, setzte er Anfang des Jahres zum großen Neuanfang an. Er mietete einen Laden nahe der Haltestelle „Berliner Tor" und richtete wieder einen Klamottenladen ein, diesmal unter dem Namen „Unbreakable Streetwear". Das Konzept blieb aber das selbe: rechte Klamottenmarken wie „Thor Steinar" gehörten zum Sortiment, der obligatorische „Hells-Angels"-Aufkleber an der Tür sollte einschüchtern.

Doch Fuchs hatte die Rechnung ohne den Wirt und engagierte Antifaschisten gemacht: Diese informierten nämlich den Vermieter, eine Baugenossenschaft, über die rechtsradikalen Aktivitäten von Volker Fuchs. Fuchs hatte im Jahr 2006 an diversen Neonaziveranstaltungen teilgenommen und war durch gewalttätige Ausraster vor seinem damaligen Laden aufgefallen. Prompt kündigte die Baugenossenschaft an, sich so schnell wie möglich von dem Mietvertrag loszusagen.

Als Antifaschisten auf das neue Projekt von Fuchs aufmerksam machten, berichteten auch mehrere Hamburger Medien, darunter auch der Fernsehsender Hamburg1. Gegenüber deren Reporter erklärte Fuchs peinlicherweise, er sei eigentlich gar kein Neonazi, sondern er möge „die Antifa eben einfach nicht"...Bleibt zu hoffen, dass der Rauswurf aus seinen neuen Geschäftsräumen nicht mehr lange aus sich warten lässt und auch Fuchs endlich klar wird, dass Naziläden in Hamburg nicht willkommen sind. Bisher ist dies jedoch noch nicht geschehen, so dass Volker Fuchs zu Führers Geburtstag am 20.April 15 Nazis in sein Geschäft einlud. Als Anwohner sich Abends über den Lärm der Feier beschwerten, rückte die Polizei an und beschlagnahmte neben diversen T-Shirts und Fahnen mit Hakenkreuzen auch einen Erdbeerkuchen mit Hakenkreuz-Zuckerguss. Eigentlich sollte Volker wissen, dass das nicht legal ist... vom Verzehr des eigenen Symbols mal ganz abgesehen. Und so sammelt Volker fleißig weiter Anzeigen und Verfahren.

Die erwähnten Übergriffe von Fuchs führten übrigens jüngst zu einer neuen Verurteilung: Fuchs erhielt wegen Körperverletzung und Beleidigung eine Geldstrafe von 3600.-Euro, da er auf offener Straße einem Passanten in der Talstraße ins Gesicht geschlagen und der Begleiterin ins Gesicht gespuckt hatte. Diese Verurteilung gesellt sich somit zu einer Strafe aus dem Jahre 2006, die das Amtsgericht Altona ebenfalls wegen Körperverletzung verhängt hatte. Weitere Gerichtsprozesse dürften noch anstehen, da Fuchs mehrfach die Beherrschung verloren hatte.

Neonazis bedrohen Journalistinnen

Bei Filmaufnahmen und Recherchen vor der ehemaligen Gaststätte Zur Börse in Neufeld ist Anfang Februar ein NDR-Fernsehteam von zwei Neonazis bedroht worden. Das Gebäude war in der Vergangenheit an Wochenenden wiederholt für Neonazi-Konzerte genutzt worden, die von der Nationalen Aktionsfront Dithmarschen organisiert worden waren.. Da der Vorfall wochentags stattfand, ist davon auszugehen, dass das Gebäude auch anderweitig genutzt wird. Die drei Journalistinnen sahen sich bei Recherchen mit zwei Männern konfrontiert, von denen einer mit einem Gegenstand auf sie zielte, den die Frauen für eine Pistole hielten. Der später von der Polizei vernommene Neonazi behauptete hingegen, es habe sich um sein Handy gehandelt, mit dem er fotografieren wollte.

Heimat Hamburg und Jörg Haider – nur ein Zwischenspiel?

Roger Kusch, früherer Justizsenator der rechten CDU-Schill-Koalition und jetziger Vorsitzender der Heimat Hamburg-Partei, hatte vor nicht allzu langer Zeit gemeinsame Wahlkampfauftritte mit dem österreichischen Rechtsaußen und langjährigen FPÖ-Chef Jörg Haider angekündigt. Anlässlich einer Reise mit Joachim Siegerist (vgl. den Bericht zur Wahl in Bremen in dieser Ausgabe) zum traditionellen Ball Haiders in Kärnten habe dieser Anfang Februar seine allgemeine Bereitschaft erklärt, im Bremer Wahlkampf aufzutreten. Kurz darauf grenzte sich Kusch von beiden ab, ohne sich inhaltlich deutlich zu distanzieren. In einem Interview der extrem rechten *Jungen Freiheit* hatte Kusch im Dezember 2006 erneut den autoritären Neoliberalismus beschworen, d.h. viel Staat im Bereich der sog. „Inneren Sicherheit“ und wenig Staat im Bereich der sozialen Absicherung gegenüber Arbeitslosigkeit oder Krankheit. Das sei, so Kusch, ‚rechte' Politik. Angesichts einer CDU, die nach Einschätzung von Kusch von der SPD „nicht mehr links überholt werden kann“, rechnet er sich gute Chancen aus, bei der Bürgerschaftswahl im Frühjahr 2008 viel Zuspruch zu erhalten. Angesichts des zweistelligen Ergebnisses für die Schill-Partei ist dies nicht auszuschließen.

Niederlage für Militaristen-Museum

Geht es nach den offiziellen Ankündigungen, dann soll das sog. Marine-Museum“ in der Hamburger Speicherstadt im Frühjahr eröffnet werden. Darin wird mit Militarist Peter Tamm – mit finanzieller Unterstützung der Stadt Hamburg in zweistelliger Millionenhöhe – seine Sammlung von Waffen, Modellen, Bildern und Uniformen präsentieren. Von zahlreichen KritikerInnen war in der Vergangenheit bereits davor gewarnt worden, dass die Person des Sammlers und der Bestand der Sammlung darauf hinwiesen, dass hier militaristische Vorstellungen und Nazi-Material unkritisch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden. Die Vertreter der Stadt und Tamm bzw. die Geschäftsführerin der Peter-Tamm-Stiftung, Russalka Nikolov, hatten immer wieder auf ein entstehendes Ausstellungskonzept verwiesen, das solche Befürchtungen entkräften werde. Dazu hatte man auch ausgewiesene Wissenschaftler gewonnen. Ende Februar nun kam es vor Gericht zu einem Vergleich: Danach muss die Peter-Tamm-Stiftung dem Professor Fiebelkorn-Drasen 125.000 Euro zahlen, da sie bis heute keine konzeptionellen Vorgaben für die Gestaltung der Ausstellung geliefert hat. Dies war in einem Ende Dezember 2005 geschlossenen Vertrag vereinbart worden, in dem Fiebelkorn-Drasen die Aufgabe „Gestalten und Überwachen der Einrichtung des Museums“ übertragen worden war. In der Jungen Freiheit trat nun erneut der Rechtsaußen Hans-Joachim von Leesen (Mönkeberg bei Kiel) mit einer Verteidigung Tamms hervor.

Rückschläge für Nazi-Anwalt Rieger

Gleich mehrere Rückschläge musste in den letzten Wochen Nazi-Anwalt Jürgen Rieger, seit kurzem auch Hamburger NPD-Vorsitzender, einstecken. Ein schwedisches Gericht verurteilte ihn wegen Tierquälerei zu 2.700 Euro Geldstrafe, weil er auf seinem Hof im schwedischen Sveneby mit seiner Schweinezucht gegen Vorschriften verstoßen hat. Rieger hatte sich 1995 außerhalb der Kleinstadt Mariestad in Mittelschweden das aus dem 18. Jahrhundert stammende Gut Sveneby gekauft und dort Zimmer an schwedische Neonazis vermietet. Offiziell wurde auf dem Hof Viehzucht betrieben; dafür hatte der Nazi EU-Fördergeld in Höhe von 200.000 Euro erhalten.

Auch die jüngste Entwicklung in England bringt Rieger Probleme. Über eine in London eingetragene Firma hatte er in

Deutschland Grundstücke gekauft. Da er den nach englischem Recht notwendigen Aufgaben nicht nachkam, ist die Firma erloschen. Damit sind auch die von ihm im thüringischen Pößneck und im niedersächsischen Dörverden erworbenen Gelände nicht mehr in seiner Verfügung.

HDJ zu Besuch in Lüneburg

Am 4. März 2007 besuchte eine Gruppe der neonazistischen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) das Salzmuseum in Lüneburg. Die 17-köpfige Gruppe bestand vor allem aus Kindern und Jugendlichen und wurde von zwei jungen Erwachsenen angeführt. Im Raum Lüneburg gehören u.a. der Leiter des NPD-Ordnerdienstes und ehemalige Aktivist der verbotenen Wiking-Jugend Manfred Börm und der für die UWL/Bündnis Rechte im Kreistag sitzende Christian Berisha der HDJ an. Die HDJ ist eine neonazistische Jugendorganisation, in der u.a. frühere AktivistInnen des Bund Heimattreuer Jugend und der Wiking-Jugend aktiv sind. Wie bei diesen beiden, so werden auch bei der HDJ bereits Kinder auf der Basis einer „heimat- und volkstreuen Weltanschauung" geistig wie militärisch (Geländespiele) beeinflusst.

Bleibt Freispruch für NPD-Funktionär bestehen?

Einen Freispruch gab es Anfang März für den NPD-Funktionär Jens Pühse vor dem Landgericht Dresden. Dort war der frühere Molkereifachmann angeklagt worden, sich durch die Verbreitung von neonazistischen CDs und Musik-Kassetten der Volksverhetzung schuldig gemacht zu haben. Das entsprechende Material war bereits im März 2003 im NPD-nahen Deutsche Stimme Verlag im sächsischen Riesa beschlagnahmt worden, darunter Musik der Bands Feuerstoß, Spreegeschwader und Störkraft. Die Staatsanwaltschaft Dresden hat bereits angekündigt, die Revision einzulegen. Der dann zuständige Bundesgerichtshof kann das Revisionsbegehren zurückweisen, dann hätte das Dresdner Urteil Bestand, oder das Urteil aufheben. Dann müsste eine andere Kammer die Sache neu verhandeln.

Zertretenes Hakenkreuz straffrei?

Die Aktivitäten verschiedener Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden, antifaschistische Aktivitäten zu kriminalisieren, die sich bei ihren gegen neonazistische Umtriebe gerichteten Aktivitäten auch Symbolen der Nazis bedienen, diese aber in eindeutig negativer Weise verwenden, haben einen deutlichen Dämpfer erlitten. Anfang März wurde in Karlsruhe der Fall des Betreibers des Punk-Versandes Nix gut, Jürgen Kamm, verhandelt, dem vorgeworfen wurde, seine durchgestrichenen oder zerschmetterten Hakenkreuze sei eine Verwendung von NS-Kennzeichen und damit verboten (wir berichteten). Das Landgericht Stuttgart hatte Kamm im September 2006 zu einer Geldstrafe von 3.600 Euro verurteilt und angeführt, dass Touristen aus dem Ausland die Antifa-Symbole falsch verstehen und glauben könnten, in Deutschland seien NS-Zeichen wieder geduldet. Bei der jetzige Verhandlung vor dem Bundesgerichtshof forderten sowohl Bundesanwalt Gerhard Altvater als auch die Verteidigung Freispruch, dem nach Redaktionsschluss dier Ausgabe vollständig stattgegeben wurde. Der Anwalt Kamms wies darauf hin, dass die Verurteilung von Nazigegnern, die ein zerstörtes Hakenkreuz verwenden, bei ausländischen Touristen den Eindruck aufkommen lassen könnten, dieses Symbol wäre in Deutschland wie ein staatliches Symbol vor Verunstaltung geschützt.

NPD-Konto bleibt gekündigt

Die Volksbank Ludwigsburg hat den juristischen Streit mit der NPD wegen der Kündigung eines Kontos gewonnen. Die neonazistische Partei hat gegen eine Vereinbarung mit der Bank verstoßen, die Kontoverbindung nicht in Flugblättern, Zeitungsanzeigen oder Spendenaufrufen öffentlichkeitswirksam bekannt zu machen. Daher hatte, so das Oberlandesgericht Stuttgart Anfang März, die Bank einen wichtigen Grund zur außerordentlichen Kündigung. Damit wurde ein Urteil des Landgerichts vom Januar 2006 aufgehoben, das geurteilt hatte, die politische Zielrichtung einer Partei dürfe kein Anlass für Kontokündigungen sein. Aufklärenswert bleibt jedoch die Meldung des Spiegel, wonach die Volksbank Ludwigsburg der NPD großzügig Kredite gegeben habe.

Bundesparteitag der DVU

In München fand am 20. Januar der Bundesparteitag der DVU statt; die anstehenden Neu'wahlen' führten zur Bestätigung des bisherigen DVU-Vorsitzenden, Gerhard Frey, mit 99,6% der Stimmen. Neben dem greisen Hajo Herrmann, ein einst von den Nazi-Schergen gefeierter Pilot, und dem bereits länger in extrem rechten Kreisen tingelnden Wjatscheslaw Daschitschew sprach auch der NPD-Vorsitzende Udo Voigt. Der beschwor die Fortsetzung des Bündnisses zwischen DVU und NPD (,Deutschlandpakt') und sah in den vielen Deutschlandfahnen der WM 2006 einen Beweis dafür, dass ,das deutsche Volk in der Substanz noch immer kerngesund' sei. Anwesend waren auch die

brandenburgischen DVU-Landtagsabgeordneten Liane Hesselbarth und Sigmar-Peter Schuldt sowie der Bremer Abgeordnete Siegfried Tittmann. In Bremen ist die DVU aufgrund einer wahlrechtlichen Besonderheit im Stadtteil Bremerhaven seit Ende der 1980er Jahre in der Bremischen Bürgerschaft vertreten und plant, den Stimmanteil bei den in Kürze anstehenden Wahlen ausbauen zu können.

»Wirrköpfe« in Großhansdorf

Besonders einladend sieht die Parteizentrale nicht aus: Ein massives Eisentor verwehrt Besucher den Zutritt, Glasscherben liegen davor. Eine Videokamera beobachtet jede Regung, ein verwittertes Schild kündigt einen Wachhund an. Ein Parteianhänger hinter dem Zaun stellt höflich aber bestimmt klar, das er nicht mit Journalisten reden möchte. So präsentiert sich der Sitz der „Interim Partei Deutschland – DAS REICHT!" (IPD) in Großhansdorf bei Ahrensburg.

Was diese Partei will ist nicht ganz klar, fest steht jedoch, dass laut IPD „das Reich fortbesteht", die Bundesrepublik Deutschland also nicht bzw. nicht rechtmäßig besteht. Damit scheint sich die IPD in eine Gruppe diverser rechtsradikaler Vereinigungen einzureihen, die allesamt Fans „des Reiches" sind und vergangenen Zeiten hinterher trauern. Angeblich ist von der IPD sogar eine Teilnahme an der Bürgerschaftswahl 2008 in Hamburg geplant. Der Verfassungsschutz Schleswig-Holstein stuft die Partei als rechtsextrem ein.

Im Oktober 2006 wurde von Anhängern der IPD eine Saalveranstaltung in Bad Zwischenahn durchgeführt, die später von der Polizei aufgelöst werden musste. Der Parteichef sprach dort zu rund 50 Zuhörern über „Die tatsächliche Rechtslage in Deutschland". Laut Zeugen wurde dort der Holocaust geleugnet, Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen § 130 StGB wurden eingeleitet.

Mittlerweile hat ein Geräteschuppen auf dem Anwesen der IPD gebrannt, anscheinend Brandstiftung. Gemeindevertreter und Parteipolitiker aus der Region sprachen sich geschlossen gegen die IPD aus. Der Bürgermeister erklärte, dass Großhansdorf keine Rechtsradikale dulden würde, konkrete Gegenstrategien wurden aber nicht genannt. Mit seiner Analyse, bei der IPD würde es sich um „Wirrköpfe" handeln, liegt der Bürgermeister vielleicht auch nicht ganz fern: Neben der Kernaussage, „das Reich" bestehe fort, trumpft die IPD auch mit ihrem schon erwähnten Parteichef auf. Dieser nennt sich doch ernsthaft „Edgar R. Ludowici Graf von Roit zu Hoya" und berühmt sich eines Doktor- sowie diverser Berufstitel. Wäre das Thema nicht so ernst, könnte man doch einfach nur lachen...

Das Anwesen mit Villa in Großhansdorf dient der „Interim Partei Deutschland" (IPD) als Parteizentrale.

Ein schönes Stück Realsatire: Das Klingelschild der IPD...

Über 4000 gegen Rechts

LübeckerInnen wehren sich gegen revisionistischen Aufmarsch

Anlässlich des Naziaufmarsches am 31. März rief ein breites gesellschaftliches Bündnis, dass von der radikalen Linken bis in das bürgerliche Spektrum reichte, zur antifaschistischen Demonstration auf dem Lübecker Markt auf. Das gemeinsame Motto *WIR KÖNNEN SIE STOPPEN* sollte wie auch im letzten Jahr Programm sein. Das Minimalziel war, den braunen Mob zumindest aus der Lübecker Innenstadt herauszuhalten. Die Polizei kündigte ein harte Linie an: Sie werde jeden Ansatz von Blockaden im Keim ersticken. Um "erfolgreich" zu sein, sperrte sie große Teile der Lübecker Innenstadt für Stunden ab und verwandelte die City in eine Geisterstadt. 1700 Beamte aus dem gesamten Bundesgebiet sollten für einen "reibungslosen Ablauf" sorgen.

Am Vormittag sammelten sich über 4000 Menschen auf dem Markt und folgten so dem Aufruf des Bündnis.

Die Ankündigung die Demonstration nicht durchzuführen, da sie sich mit jedem Schritt von der Neonazi-Route weg bewege, honorierten die TeilnehmerInnen mit Beifall. Der benachbarte Kohlmarkt, für den braunen Mob Ort ihrer Abschlusskundgebung, wurde von vielen AntifaschistInnen umzingelt. An anderen Stellen versuchten zahlreiche große Gruppen auf die Route der Neonazis zu kommen, um so den Aufmarsch doch noch zu stoppen. An einigen Stellen gab es dabei zahlreiche Verletzte durch Polizeigewalt. Mit Reizgasattacken und Knüppeleinsätzen setzte sie ihre "harte Linie" durch.

340 Nazis marschierten vom Hauptbahnhof aus auf direktem Weg zum Kohlmarkt. Doch dort kamen sie nicht an. Unter dem Schutz mehrerer Einsatzhundertschaften und von zwei Wasserwerfern mussten sie aufgrund der massenhaften Präsenz von GegendemonstrantInnen bereits kurz vor dem Platz ihrer geplanten Abschlusskundgebung haltmachen.

Die im Vorfeld getätigten Spaltungsversuche der Jungen Union und der Jungen Liberalen konnten vom breiten antifaschistischen Bündnis abgewehrt werden. Ihre Strategie der Spaltung in Bürgerliche und so genannte Linksextremisten fiel ihnen dabei auf die Füße. So sah sich die Junge Union genötigt, sich von ihrer eigenen Mutterpartei zu distanzieren, da diese in einer Bürgerschaftsresolution mit zur Demonstration aufgerufen hatte.

In den kommenden Jahren haben die Neonazis für Ende März bereits wieder Aufmärsche zum gleichen Thema (Bombardierung Lübecks während des Zweiten Weltkrieges) durch die Innenstadt angemeldet. Bereits jetzt ist davon auszugehen, dass sie mit massivem Widerstand zu rechnen haben, bei dem es dann wieder heißt:

WIR KÖNNEN SIE STOPPEN!

Internationale Umschau

Deutschland zahlt keine Entschädigung für Massaker

Deutschland ist nicht dazu verpflichtet, Entschädigungen für das Massaker von Kalavryta zu zahlen, das Truppen der Nazi-Wehrmacht am 13. Dezember 1943 in der Kleinstadt auf

Das Mahnmal zur Erinnerung an das Massaker

der Peloponnes begangen haben. Zu dieser Entscheidung kam die Zweite Kammer des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) Mitte Februar 2007. Vor Gericht gegangen waren Hinterbliebene und Angehörige von Opfern des Massakers bereits 1995, um von der Bundesrepublik Deutschland „Ersatz des materiellen Schadens" sowie „finanzielle Wiedergutmachung des immateriellen Schadens und des seelischen Leids" zu erreichen. Mit dem Urteil wurde nun die Frage des Schadensersatzes für zivile Opfer negativ beschieden. Das Urteil hat nicht nur Bedeutung für das in Kalavryta begangene Verbrechen; der Anwalt der Bundesrepublik hatte in der Verhandlung am 28. September 2006 besonders betont, dass vergleichbare Fälle auch auf andere EU-Länder zukommen könnten, gebe es doch Serben, die wegen der Bombenangriffe der NATO klagten. Mit dem Urteil haben die Richter nun deutlich gemacht, dass das Töten von Zivilisten im Krieg, selbst wenn es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt, dem individuellen Klagerecht entzogen bleibt. Operationen von Streitkräften, Massenmord eingeschlossen, sind für den EuGH ein „Typischer Ausdruck staatlicher Souveränität", ein Begehren auf Ersatz entstandenen materiellen oder immateriellen Schadens ist folglich keine Zivilsache.

Le Pen tritt an

ZZu den französischen Präsidentschaftswahlen am 22. April ist auch der Führer des Front Na-tional, Jean Marie Le Pen, angetreten. Wiederholt hatte dieser rumgejammert, dass gegen ihn eine zielgerichtete Kampagne laufe, mit der seine Teilnahme an der Wahl verhindert werden solle. Hintergrund dieser Behauptung ist eine Besonderheit des französischen Wahlrechts: Danach muss ein/e Kandidat/in die Unterschrift von 500 Wahlpaten beibringen, um antreten zu können. Dies hatte sich bei Le Pen bis kurz vor Abgabe der entsprechenden Listen Mitte März hingezogen. Auch wenn Le Pen, der sich in diesem Wahlkampf ganz brav gab und auch bei honorigen Verbänden wie dem Pariser Aéroclub sein extrem rechten Programm vorstellen konnte, letztlich ein Erfolg im Kampf um die Präsidentschaft nicht zugetraut wurde, so ist das von ihm repräsentierte WählerInnen-Spektrum insbesondere für die konservative UMP von Interesse, um in der erwarteten Stichwahl zwischen deren Spitzenkandidaten Nicolas Sarkozy und der linken Kandidatin Ségolène Royal möglichst viele Le Pen-WählerInnen auf die eige-ne Seite zu ziehen. Sarkozy, derzeit Innenminister in der französischen Regierung, hat bereits in der Vergangenheit mit scharfem Ton und harten Maßnahmen gegen Einwanderer und Flüchtlinge von sich reden gemacht. Beim Vorwahlgang für die Stichwahl zum Präsidenten-amt kam Le Pen auf rund 10%. Diese 10% dürften dann in der Stichwahl an Sarcozy gehen.

Portugal: Salazar zum ‚größten Portugiesen' gewählt

Im März 2007 fragte der öffentlich finanzierte portugiesische Fernsehsender RTP die Bevölkerung des Landes nach dem prominentesten Portugiesen. Schließlich erhielt der frühere Diktator António de Oliveira Salazar mit 41% die meisten Stimmen. Er stand von 1932 bis 1968 an der Spitze der Portugiesischen Republik, einem autoritär-rechten Regime, in dem die demokratische Opposition geknebelt, gefoltert und ermordet wurde. Erst die ‚Nelkenrevolution' von 1974 beendete diesen Terror.

CDU-Politikerin vergleicht Polens Regierungskoalition mit NPD und DVU

Erika Steinbach, CDU-Politikerin und Präsidentin des sog. Bund der Vertrie-

benen (BdV) hat Anfang März die polnischen Regierungsparteien mit der extremen Rechten in Deutschland verglichen. Gegenüber der Passauer Neu-

Erika Steinbach, Berufsvertriebene

en Presse hatte sie gesagt: „Die Parteien, die in Polen regieren, sind mit den deutschen Parteien Republikaner, DVU und NPD vergleichbar. Da kann man nicht allzu viel erwarten." Die Äußerung hatte bei SPD, FDP, Grünen und bei CDU-Politikern Empörung ausgelöst; der europapolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Markus Löning nannte Steinbach eine „echte Bedrohung der deutsch-polnischen Freundschaft". Dies ist nicht falsch – weniger aber wegen der jüngsten Äußerung Steinbachs, sondern wegen der revanchistischen Aktivitäten des BdV. Andere Politiker, wie z.B. der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel forderten eine Entschuldigung Steinbachs bei der polnischen Regierung. De facto tragen Steinbachs Äußerungen zur weiteren Verhärtung der Positionen bei.

In der Sache ist die Bewertung Steinbachs zwar berechtigt, die Unterschiede zwischen der polnischen und der deutschen Rechten dürfen jedoch nicht übersehen werden. Die Liga polnischer Familien etwa hat starke antisemitische Tendenzen, ansonsten ihre Wurzeln aber im Klerikalfaschismus. Personeller Bezugspunkt dabei ist eher Franco als Hitler. Und die Partei der Kaczynski-Brüder Recht und Gerechtigkeit ist autoritär und extrem nationalistisch, aber nicht faschistisch. Hierauf haben polnische AntifaschistInnen bereits früh aufmerksam gemacht. Steinbachs Stellungnahme gründet denn auch weniger in der generellen Sorge um die Ausgrenzung von Minderheiten in Polen, sondern ist selbst nationalistisch bestimmt. Auch von einer selbstkritischen Auseinandersetzung und Abgrenzung zu den extremen Rechten und Revanchisten der Vertriebenenverbände hat man von Frau Steinbach bisher wenig vernommen.

„Schwarze Witwe" verstorben

Am 24. März 2007 ist im belgischen Waasmunster im Alter von 92 Jahren Florentine ‚Florrie' Sophie Rost van

Der 88. Geburtstag war ein symbolischer Tag, danach war alles nur noch Warten auf Walhalla

Tonningen-Heubel verstorben. Die 1914 Geborene unterstützte bereits in den 1930er Jahren die Nazi-Bewegung in den Niederlanden. 1940 heiratete sie den holländischen Nazi-Führer Meinoud Rost van Tonningen; Heinrich Himmler war Trauzeuge. Nach der Befreiung Europas vom Faschismus brachte sich dieser um; sie selbst wurde wegen Kollaboration angeklagt und zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Seit Anfang der 1950er Jahre bemühte sich van Tonningen-Heubel um die Rehabilitation ihres Ehemannes; als Zeichen ihrer anhaltenden Trauer trat sie in schwarzer Kleidung auf, was ihr in den Niederlanden die Bezeichnung ‚Schwarze Witwe' eintrug. Ihre Nazi-Freunde aus ganz Europa, darunter in Deutschland der Holocaust-Leugner Thies Christophersen, bezeichneten sie dagegen als ‚Florrie'. Trotz ihres hohen Alters nahm sie bis zuletzt regelmäßig an Veranstaltungen der extrem rechten Szene wie dem Ulrichsberg-Treffen in Österreich und dem Europäischen Kongress der Jugend in Thessaloniki teil. Bis zu ihrem Tod hielt sie an der NS-Ideologie des Rassismus, Sozialdarwinismus, des Führerkults und des Antisemitismus fest. Sie war gleichzeitig seit den 1980er Jahren Vorsitzende des extrem rechten Vereins ‚Consortium de Levensboom' („Konsortium Der Lebensbaum"). Das von ihr gewünschte Begräbnis, bei dem alle ihre Nazi-Freunde an ihr vorbei defilieren können, wurde von den drei Söhnen nicht umgesetzt; diese haben sich von den Vorstellungen ihrer Mutter distanziert.

Deutsche wegen SS-Massaker verurteilt

Anfang Januar hat das Militärgericht in La Spezia (Italien) einen ehemaligen Offizier und neun Soldaten der 16. SS-Division für schuldig befunden, im Herbst 1944 in dem Bergdorf Marzabotto in der Emilia Romagna und den umliegenden Gemeinden Grizzana und Vado di Monzuno fast 1.000 Menschen ermordet zu haben, darunter rund 300 Frauen und 95 Kinder sowie 5 Priester. Teil des Urteils ist auch eine Schadensersatzzahlung an die zahlreichen

Zivilkläger in Höhe von 100 Millionen Euro. Die Verurteilung erfolgte in Abwesenheit, da sich Deutschland weigert, die Beschuldigten – und nun Verurteilten – an Italien auszuliefern.

Trotz des Freispruchs weiterer ehemaliger SS-Schergen wurde das Urteil von Hinterbliebenen der Opfer mit gewisser Zufriedenheit aufgenommen – schließlich waren solche Prozesse auch in Italien aus Rücksicht gegenüber dem EU- und NATO-Partner Deutschland über Jahrzehnte verschleppt worden. Zu den wenigen bereits früh verurteilten Nazis gehörte der SS-Sturmbannführer Walter Reder, der schon 1951 in Bologna zu lebenslanger Haft verurteilt worden war und 1985 entlassen wurde. Alt- und Neonazis in Deutschland hatten immer wieder seine Freilassung gefordert.

Dasselbe Gericht sprach ende Februar den heute 87-jährigen Österreicher Herbert H. frei, dem vorgeworfen worden war, als Wehrmachtsoffizier an der Folterung und Tötung von mehr als 60 Menschen beteiligt gewesen zu sein. Der zuständige Staatsanwalt Marco De Paolis beklagte, dass insbesondere Zeugen aus Deutschland und Österreich eine Mitwirkung an der Aufklärung des Verbrechens verweigert hätten. In dem Prozess war ursprünglich auch der in Schleswig-Holstein lebende frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Konrad angeklagt gewesen; er starb jedoch im August 2006.

FPÖ unter Druck

Nach der Spaltung der früheren FPÖ in das von Jörg Haider geführte Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) und die FPÖ mit Heinz-Christian Strache an der Spitze konnten die beiden extrem rechten Parteien bei den Wahlen am 11. Oktober mit 4,1% (BZÖ) bzw. 11,04% (FPÖ) in das Bundesparlament einziehen. Zwar verdeutlicht das Ergebnis, dass es noch immer ein ausgeprägtes Potenzial für rechtspopulistische Politik in Österreich gibt, noch immer aber sind die Gräben zwischen BZÖ und FPÖ so tief, dass eine Zusammenarbeit nicht absehbar ist. Nun ist die FPÖ gleich doppelt unter Druck geraten. Von ihrem Vorsitzenden Heinz-Christian Strache sind Fotos aufgetaucht, die ihn in den 1980er Jahren im Kreis von uniformierten Neonazis zeigen. Er selbst hebt die Hand zum – in der Bundesrepublik Deutschland strafbaren – Kühnen-Gruß. Nach allerlei Lügerei musste er schließlich einräumen, dabei gewesen zu sein. Allgemeine Distanzierungen von der NS-Ideologie und den Nazi-Verbrechen folgten, nicht aber eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen politischen Aktivität. Die Fotos und das Verhalten Straches wurden rasch politisch instrumentalisiert, wobei weder Haider, dessen politischer Ziehsohn Strache ist, noch die ÖVP, die mit der FPÖ eine Regierungskoalition einging, in ihren Abgrenzungen irgendwie überzeugen konnten. In Deutschland finden sich insbesondere in der Jungen Freiheit regelmäßige Kolumnen des FPÖ-Politikers Andreas Mölzer; und noch im November hatte Strache in der Jungen Freiheit für die FPÖ beansprucht, die einzige Partei im österreichischen Parlament „rechts der Mitte" zu sein.

Seit Monaten beschäftigen die österreichische Öffentlichkeit zudem Untersuchungsausschüsse, die sich mit der Beschaffung von Eurofighter-Kampfflugzeugen und dem Skandal um die Bank für Arbeit und Wirtschaft befassen. Der damalige FPÖ-Finanzminister Grasser hatte sich zwar öffentlich für die Anschaffung von US-Flugzeugen ausgesprochen; da diese aber den formulierten Anforderungen bei weitem nicht entsprachen, wertete der Ermittlungsausschuss dies als Ablenkungsmanöver, um die Beschaffung der Eurofighter durchziehen zu können. Dabei waren vom Eurofighter-Produzenten EADS mehr als sechs Millionen Euro an eine FPÖ-nahe PR-Firma geflossen, von denen aber nur zwei Millionen tatsächlich für Werbung verwandt wurden. Österreichs Medien sehen darin illegale Parteienfinanzierung zugunsten der FPÖ. Ebenfalls unter Druck geraten ist der frühere FPÖ-Politiker Peter Westenthaler (jetzt BZÖ), der sich beim Justizministerium zugunsten eines Spekulanten eingeschaltet hat, der bei der Bank für Arbeit und Wirtschaft Milliarden verpulvert haben soll und der derzeit deshalb auf seinen Prozess wartet. Die österreichischen Grünen haben Anzeige erstattet.

Spanische Rechte sucht Konfrontation

Mit einer Großdemonstration, an der Anfang März mehrere Hunderttausend Personen teilgenommen haben, sucht die konservative Opposition in Spanien das Kräftemessen mit der sozialdemokratischen Regierung. Während es bei der Demonstration offiziell um Kritik an den Hafterleichterungen für wegen Mordes verurteilte ETA-Mitglieder ging, zeugt die Art der Durchführung vom Versuch, die politische Auseinandersetzung zu verschärfen. So hatte der Vorsitzende der Volkspartei PP „alle guten Spanier" zur Teilnahme aufgerufen – mit eben dieser Formulierung wurden während der faschistischen Diktatur Francos dessen Anhänger bezeichnet. Und an vorhergehenden Demonstrationen hatten bereits Anhänger der extremen Rechten mit ihren Symbolen teilgenommen. Angesichts dieser Entwicklung beklagte der Vorstandsvorsitzende der Verlagsgruppe Prisa, bei der auch die liberale Zeitung El Pais erscheint, dass die spanische Rechte ihre früheren Schuldkom-

plexe verloren habe und manche sich einen Bürgerkrieg zurückwünschten. Die PP reagierte darauf mit einem Aufruf zum Boykott der Verlagsgruppe.

Extrem rechter Sturmtrupp in Bulgarien

Mit einem Rollkommando haben am 23. Februar Mitglieder der ultra-nationalistischen bulgarischen Ataka-Partei die Redaktionsräume der Tageszeitung 24 âasa (24 Stunden) und des Wochenblattes 168 âasa (168 Stunden) gestürmt und den Chefredakteur letzterer beschimpft und bedroht. Unter den bis zu vierzig Angreifern war auch der EU-Parlamentsabgeordnete Dimitar Stojanow. Ein von der Ataka-Gruppe beim Überfall gedrehtes Video wurde später über den von Siderow in der Hafenstadt Burgas aufgebauten Sender Skat-TV ausgestrahlt. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft.

Rechte Randale in Ungarn

Mit brennenden Barrikaden und Straßenschlachten endete Mitte März der ungarische Nationalfeiertag. Vor 159 Jahren hatten sich die Ungarn gegen die Habsburger Herrschaft erhoben. Während an einer Kundgebung der Konservativen etwa 200.000 Menschen teilnahmen, kam es im Anschluss an eine nicht angemeldete Demo von Skinheads und extremer Rechter zu Randale mit der Polizei. Auch eine Rede des britischen Holocaust-Leugners David Irving und die Festnahme des extremen Rechten György Budahazy, der wegen der Verwüstung eines Rundfunkgebäudes vor sechs Monaten gesucht wurde, waren Teil der Auseinandersetzungen. Ganz offen agitiert der Anführer der extrem rechten Partei Jobbik, Gabor Vona, für den Sturz der jetzigen Regierung.

Der ungarische Nationalfeiertag wird gebührend gefeiert...

Extreme Rechte bildet eigene Fraktion im Europa-Parlament

Unter dem Namen Identität – Souveränität – Transparenz (IST) hat sich Anfang Januar eine neue Fraktion im Europäischen Parlament gebildet. Sie setzt sich aus 20 Abgeordneten aus sieben Mitgliedsstaaten der EU zusammen. Unter der Führung von Bruno Gollnisch (Front National/ Frankreich) gehören ihr auch Alexandra Mussolini, die Enkelin des italienischen Faschistenführers, sowie drei Abgeordnete des belgischen rassistischen Vlaams Belang an. Aus Großbritannien kommt Ashley Mote, der über die EU-feindliche UK Independence Party ins EU-Parlament kam, dieser aber nicht mehr angehört. Die Gründung war möglich geworden, nachdem durch die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die EU zum 1. Januar 2007 auch fünf Abgeordnete der Groß-Rumänien-Partei und Dimitar Stojanow für die bulgarische Ataka-Partei ins Parlament einzogen. Stojanow hatte erst kürzlich eine ungarische Abgeordnete rassistisch beleidigt. Als Journalisten bei der ersten Pressekonferenz der neuen Fraktion dazu eine Stellungnahme haben wollten, ließ Gollnisch diese Frage nicht zu. Gollnisch selbst wurde am 18. Januar 2007 in erster Instanz wegen Holocaustleugnung zu drei Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Der Österreicher Andreas Mölzer (FP) nannte als Minimalprogramm der neuen Fraktion die Ablehnung einer zentralistischen EU, des Beitritts der Türkei zur EU und das Ziel des Stops der Einwanderung. Mit der Bildung einer Fraktion stehen den Neofaschisten nun mehr Geld und Mitarbeiter, bessere Infrastruktur, Dienstwagen mit Chauffeur und weitere Verbesserungen zu. Während die extrem rechte *Junge Freiheit* darauf spekuliert, dass bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament eine europaweite Liste der IST auch Vertretern aus Deutschland einen Sitz bescheren könnten, beklagt die *Nationalzeitung*, dass die FPÖ im Rahmen der IST mit den italienischen Parteien Alternativa Sociale und Movimento Sociale Fiamma tricolore zusammenarbeite und daher weniger deutlich als Interessenvertretung der Südtiroler auftreten könne. Bereits in der Technischen Fraktion der europäischen Rechten (1989-1994), an der auch die REP beteiligt waren, hatte diese Frage zu Streit geführt.

Rechte Denkmalfreunde in Schwierigkeiten?

SPENDENAUFRUF ZUR DENKMALERHALTUNG

Die beiden eng verwobenen, rechtslastigen Vereine „Bund für Denkmalerhaltung e.V." und „Verein zur Erhaltung des 76er Denkmals" sind anscheinend in finanziellen Schwierigkeiten. Im Ende 2006 verstarb der langjährige Vorsitzende beider Vereine Hans-Joachim Prahl, der die treibende Kraft war und auf den viele Spender persönlich fixiert waren. Prahl ehemaliges Mitglied einer „Kampfgruppe Wolz" des Afrikakorps im Zweiten Weltkrieg, war in der Nachkriegszeit Abgeordneter der CDU gewesen und hatte durch seine guten Kontakte für ein hohes Spendenaufkommen gesorgt. So war der verstorbene Mäzen Alfred Töpfer Ehrenmitglied des 76er Vereins und der Immobilienmogul Willi Bartels spendete großzügig für die unter öffentlichen Protesten 2003 begonnene Illumination des Bismarckdenkmals in St. Pauli.

Über die Feierlichkeit schrieb Hans-Joachim Prahl damals auch stolz an die neofaschistische *Nationalzeitung*: „Wir haben die Beleuchtung mit 12 Scheinwerfern durchgeführt und dafür 35.000 Euro ausgegeben." Die Vereine kümmern sich zwar auch um einige wenige antifaschistische Mahnmale und ein paar politisch unverfängliche Monumente, in der Mehrheit stammen die Denkmäler jedoch aus vordemokratischen Zeiten (Bismarck-Denkmäler, Kaiser-Wilhelm-Denkmal) aus dem Faschismus (76er Denkmal am Dammtor, Askari-Relief der Lettow-Vorbeck-Kaserne) oder es sind umstrittene Krieger-Ehrenmähler in verschiedenen Stadtteilen. Auch finanziell liegt der Schwerpunkt deutlich bei der Unterhaltung von Monarchie, Nationalismus, Krieg und Kolonialismus verherrlichenden Monumenten.

Statt 400.00 Euro welche die Vereine von 1993-2003 für ihre Arbeit ausgegeben hatten, befanden sich 2006 nur noch zusammen 4.600 Euro in den Kassen. Die Lage wurde so prekär, dass die Kameraden, welche sich früher gerne in der Standortkommandantur der Bundeswehr trafen, ihr Büro jetzt bei der „Landsmannschaft der Oberschlesier" im Haus der Heimat einrichteten. Auch über Vergreisung und Mitgliederschwund gibt es Klagen, politisch blieb man sich jedoch bei der Wahl der neuen Vorstände treu:

1. Vorsitzender ist jetzt der Polizeibeamte Herbert Schlupp. Stellvertretende Vorsitzende wurde die Rechtsanwältin Ulrike Kosin, welche in den 80er Jahren zu einer Versammlung der verbotenen Wiking-Jugend in Hamburg einlud, Anfang der 90er die NSDAP-verherrlichende Publikation *Die Neue Front* bezog und später noch für die *Junge Freiheit* schrieb. Als Beisitzer fingieren u.a. Christian Brandes und Martin Rosenau von der berüchtigten „Burschenschaft Germania Hamburg", die 2003 auch für Catering und Schutz bei der Illumination des Eisernen Kanzlers sorgte.

Sollte sich der Abwärtstrend der Vereine fortsetzen, werden kritische Kommentierungen und fantasievolle Verzierungen an Hamburgs umstrittensten Denkmälern zukünftig wohl länger erhalten bleiben.

erk

NPD-Verbot jetzt!

Auftaktveranstaltung in Kiel, 25.1.07/Dokumentation der Kampagne

nonpd nonpd nonpd nonpd nonpd nonpd non
PD-Verbot jetzt! NPD-Verbot jetzt! NPD-Verbot jetzt! NPD-Verbot jetzt! NPD-Verbot jetzt! NPD-Verbot jetzt! NPD-Verbot

Am 25. Januar fand im Lichtsaal des Kieler Gewerkschaftshauses eine Auftaktveranstaltung zur Kampagne der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen für ein neues Verbotsverfahren gegen die faschistische NPD statt.

Die Kampagne wird vom Runden Tisch gegen Rassismus und Faschismus in Kiel mitgetragen, unterstützt wird sie auch von ver.di und IG Metall.

Nach einer Begrüßung durch einen Vertreter des Runden Tisches sprachen für die VVN/BdA Marianne Wilke vom Landesvorstand der Organisation, Susanne Schöttke für die Kieler ver.di-Jugend und Heinrich Wadle, Betriebsrat bei Heidelberger Druck. Die Referentinnen stellten sich ebenso wie Dietrich Lohse für den Runden Tisch unter der Moderation von Bettina Jürgensen, ver.di-Delegierte am Runden Tisch und eine der Sprecherinnen des Bündnisses, den Fragen der Gäste und der Diskussion.

Umfassend wurde die Notwendigkeit und die verfassungsrechtliche Gebotenheit des Verbots der NPD und aller faschistischen Organisationen begründet, so dass auch Menschen, die zunächst den Sinn einer solchen Maßnahme bezweifelten, überzeugt werden konnten. Es konnten neue Kontakte zu Lehrern und SchülerInnen entwickelt werden, die auch Projekten wie den "Stolpersteinen" zugute kommen werden. In der Diskussion wurde betont, dass niemand das Parteiverbot als "Allheilmittel" oder auch nur einzige Maßnahme im Kampf gegen faschistische Umtriebe ansieht, aber wohl als unverzichtbaren Bestandteil des Kampfes. Die Rolle des Verfassungsschutzes bei Aufbau und Schutz faschistischer Vereinigungen wurde beleuchtet. Als wesentlich wurde das Bemühen um eine Änderung des politischen Klimas bezeichnet; es gelte, ein Klima zu schaffen, in dem faschistischen Bestrebungen keinen Raum mehr gegeben wird.

Vor den AntifaschistInnen in Schleswig-Holstein steht ebenso wie vor denen in allen anderen Bundesländern, in denen inzwischen Veranstaltungen desselben Charakters stattgefunden haben, nun die Aufgabe, konkrete Aktionen für die Erreichung des gesetzten Zieles zu planen und durchzuführen. Eine bundesweite Unterschriftensammlung (Text siehe unten) gehört dazu.

Begrüßung durch einen Vertreter des Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus in Kiel

Hallo und herzlich Willkommen!

Mein Name ist Dietrich Lohse. Ich habe vor etwa sechs Jahren – damals als Delegierter der Industriegewerkschaft Medien – den Runden Tisch gegen Rassismus und Faschismus in Kiel mitgegründet. Die politische Grundlage unserer Bündnis-Arbeit ist in der „Kieler Erklärung gegen Rassismus und Faschismus" formuliert, die auf den Tischen ausliegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe antifaschistischen Freundinnen und Freunde,

ich freue mich, Euch heute hier in unserem Gewerkschaftshaus zu einer Veranstaltung begrüßen zu können, die einem neuen Vorstoß für die Eliminierung faschistischer Organisationen aus dem politischen Leben unseres Landes dienen soll. Ein Verbot der NPD, die eine zentrale Rolle im Netzwerk dieser Organisationen spielt – ein Verbot, das nicht einfach taktischen Erwägungen von PolitikerInnen folgen würde, die mit ihrer Politik selbst die Entfaltungsmöglichkeiten faschistischer Umtriebe begünstigt haben und weiter begünstigen, sondern das durch Mobilisierung der demokratischen Kräfte in Betrieben und Dienststellen, Schulen und Universitäten und nicht zuletzt in den politischen Parteien, durch das Engagement demokratischer Organisationen erzwungen wird – ein solches Verbot würde dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Aus gutem Grund treffen wir uns im Kieler Gewerkschaftshaus. Wir ehren mit einem solchen Treffen alle Kolleginnen und Kollegen, die in der Zeit des Faschismus Widerstand geleistet haben, die in der Nachkriegszeit gegen die Übernahme leitender Stellen in Staat und Wirtschaft durch alte Nazis gekämpft und für ein demokratisches Gemeinwesen gestritten haben in klarem Bewusstsein, dass der Faschismus nicht vom Himmel gefallen ist, sondern ausdrücklich formulierte (und heute für jede und jeden nachlesbare) Kapitalinteressen bedient hat. Wir erfüllen das Vermächtnis all derer, die am 2. Mai 1933 die Besetzung ihres Hauses durch die Faschisten erleben und später mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben den Preis für die auch in den deutschen Gewerkschaften verbreitete Illusion bezahlen mussten, man könne durch vorsichtiges Entgegenkommen die Nazis dazu bewegen, wenigstens die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterbewegung bestehen zu lassen. Anpassung führt zum Untergang – diese Lehre steht uns als Mahnung immer vor Augen.

Dieses Haus, das am 26. Juli 100 Jahre alt wird, in dem 1918/19 der Arbeiter- und Soldatenrat tagte, musste nach der Befreiung vom Faschismus 1947 durch die Gewerkschaften von der Stadt Kiel, die es 1936 erworben hatte, für 303.000 Mark zurückgekauft werden. Es hat seitdem viele gewerkschaftliche und politische Versammlungen gesehen, viel ist hier organisiert und auf den Weg gebracht worden, viel wurde hier auch um den richtigen Weg der Gewerkschaftspolitik gestritten. Aber ein solcher Streit war immer ein Streit genau darum: um den richtigen Weg unserer Interessenvertretung. Darum geht es auch heute. Dass sich niemand vertut: Wir diskutieren heute sowenig wie früher oder zukünftig darum, ob wir den Nazis nicht wie anderen politischen Parteien einen gleichberechtigten Platz im politischen Spektrum der Republik einräumen sollten. Am Ende unserer heutigen Versammlung wollen wir besser gerüstet sein zu ihrer Bekämpfung, nur das ist demokratisches Handeln. Und in dieses Haus, unser Haus, setzt nie wieder ein Faschist ungestraft seinen Fuß.

Erfolgreich werden wir nur sein, wenn wir den Nazis ungeachtet möglicher Unterschiede in Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung gemeinsam entgegentreten. Jeder Beweggrund, sich den Faschisten in den Weg zu stellen in einer Zeit, da das gar nicht mehr so ungefährlich ist – das Jahr 2006 muss als ein Rekordjahr faschistischer Gewalttaten bezeichnet werden – zählt erstmal so gut wie ein anderer, und im gemeinsamen Handeln finden wir die Voraussetzung, auch die Diskussion darüber zu führen, wie gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen werden können, in denen der Faschismus keine Existenzgrundlage mehr findet. So, wie dies in der auch von ver.di und der IG Metall getragenen Kieler Erklärung des Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus angeregt wird.

In diesem Sinne wünsche ich unserer Veranstaltung einen guten Verlauf und viel Erfolg.

Rede von Marianne Wilke (Landesvorstand VVN/BdA)

Liebe Freundinnen und Freunde, Kameradinnen und Kameraden, liebe Gäste,

mit dem heutigen Tag eröffnet die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten zeitgleich eine bundesweite Kampagne für ein NPD-Verbot. Zu den Erstunterzeichnern eines Aufrufes gehören auch Persönlichkeiten aus Schleswig-Holstein. Sie repräsentieren ein breites demokratisches Spektrum. Es sind ehemalige Widerstandskämpfer und Überlebende des Holocaust, Funktionäre aus Betrieben und Gewerkschaften sowie Persönlichkeiten aus dem christlichen Raum.

Die VVN-BdA, gegründet 1947, ist die älteste Organisation der Verfolgten und Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg in Deutschland. Es war für unsere Gründer selbstverständlich, dass sie sich gegen ein Wiederaufleben des Faschismus gewendet hat, wo er auch immer wieder sein Haupt erhob. Dabei berief sie sich auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das in Artikel 139 ausdrücklich für das Fortwirken der alliierten Verbote für faschistische Organisationen und der nazistischen Nachfolgeparteien eingesetzt hat. Diesen Standpunkt nahmen auch spätere Bundesregierungen ein, wenn sie sich auf internationaler Ebene zu neofaschistischen Tendenzen in der Bundesrepublik äußern mussten.

(...)

Dabei standen die Versicherungen im krassen Widerspruch zur gesellschaftlichen Wirklichkeit in unserem Lande. Zu dieser Zeit schon konnten sich die verschiedenen neonazistischen Gruppen und Parteien in unserem Lande entwickeln und bewegen. Mitte der 60er Jahre schon wurde die NPD gegründet. Ihre Führungsorgane auf Bundes- und Landesebene waren fest in den Händen ehemaliger NS-Funktionäre: Von den 18 Mitgliedern des Parteivorstandes waren 12 der NSDAP bereits zwischen 1929 und 33 beigetreten. Ihre Ideologie blieb die gleiche, wenn sie sich auch in ihrem Parteiprogramm noch vorsichtig ausdrückten, um das kritische Ausland zu täuschen. Im Inland gab es zahlreiche Proteste und Demonstrationen vor allem gegen die NPD, die schon in den 60er Jahren in sieben Landesparlamenten vertreten war. Einer breiten antifaschistischen Bewegung gelang es damals noch, die NPD wieder

zurück zu drängen. Damals haben wir mit den Worten von Bert Brecht gewarnt: Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.

Und leider hatten wir Recht, wir kennen die historische Entwicklung. Mittlerweile haben die Nazis ihre Tarnkappen längst abgelegt. Wir Schleswig-Holsteiner erinnern uns an die Landtagswahlen von 1992, als der DVU der Einzug ins Landesparlament gelang. Ingo Stawitz, damals Fraktionsvorsitzender der DVU , der über die Zwischenstation Deutsche Liga für Volk und Heimat zur NPD übertrat und für diese Partei zur letzten Landtagswahl kandidierte, nutzte die Tribüne des Landtages, um für seine rassistischen und antisemitischen Parolen zu werben. Es war der selbe Ingo Stawitz, der sich am Rande eines NPD-Landesparteitages in Steinburg als Steinewerfer und Schläger betätigte und dafür verurteilt wurde . In seinem Gefolge befanden sich weitere wegen Körperverletzung und Volksverhetzung vorbestrafte Gesinnungsgenossen.

In der faschistischen Szene haben wir es heute mit einer neuen Qualität zu tun, die nicht nur uns Angst macht. Sie nennen es Deutschlandpakt, was sie da zusammen zimmern .NPD, DVU und die üblen so genannten Freien Kameradschaften, die Stiefel-Nazis also. Sie eroberten in Sachsen und Mecklenburg/Vorpommern parlamentarische Sitze in Fraktionsstärke und halten mit ihrer nazistischen Gesinnung nicht hinter den Berg. Schon in der ersten Sitzung des sächsischen Landtages verließen sie den Saal, als der Opfer des Holocaust gedacht werden sollte. Außerdem erregten die Nazis Aufsehen dadurch, dass sie in zahlreichen Kommunen sogar zweistellige Wahlergebnisse erreichten. Dort hatten sie mit Terror bereits Vorarbeit geleistet. Stolz wiesen sie darauf hin, dass es bei ihnen „national befreite Zonen" gebe. Udo Voigt, der NPD-Vorsitzende, nennt seine Partei die führende Kraft des volkstreuen Widerstands. Tatsächlich gibt es in verschiedenen Städten und auf dem Lande Gegenden, wo sich kein Mensch mit fremdländischen Aussehen frei bewegen kann.

Über 100 Tote gehen auf das Konto dieser Nazi-Terroristen. Jürgen Rieger, neofaschistischer Multifunktionär und Anwalt, der in der ganzen Bundesrepublik versucht, Häuser zu kaufen, um dort Schulungszentren einzurichten, drohte in einem Panorama-Interview mit einer „rechten RAF" , er sagte „Wenn der erste Reporter umgelegt ist, der erste Richter umgelegt ist, dann wissen sie, es geht los."

Die menschenverachtende Ideologie der NPD äußert sich offen in ihrer Parteizeitung „Deutsche Stimme". Dort wird die nazistische Volksgemeinschaft beschworen. Wörtlich heißt es: „ die Kardinalfrage wer gehört dazu und wer nicht kann nur national beantwortet werden. Für wen das alles nur unterschiedslos „Menschen" sind, der vermag das schreiende Unrecht der Bunten Republik Deutschland nicht zu erkennen." Sie nennen uns, die wir an die Nazivergangenheit erinnern, „Erinnerungsmumien, die im Netz der Vergangenheitsbewältigung gefangen" seien.

Mit den Erfolgen bei den Landtagswahlen wächst zwangsläufig auch die materielle Basis der NPD. Millionen von Euro wandern in die Parteikassen, mit denen sie weitere Kampagnen finanzieren und weitere hauptamtliche Kräfte rekrutieren. Die NPD setzt in diesem Zusammenhang auf neue Themenfelder, wie beispielsweise auf soziale Demagogie. Mit der bekannten Parole „Deutsche Arbeitsplätze nur für Deutsche" sprechen sie Hartz lV-Empfänger an. Es sei notwendig, die soziale Frage mit nationalen Inhalten aufzuladen, heißt es in der „Deutschen Stimme". Und weiter: In diesem Sinne laute das Gegensatzpaar : „Sozialstaat oder Einwanderungsstaat". Mit der so gestellten sozialen Frage würden die politischen Schlachten der Zukunft geschlagen. All diese Sätze stammen aus der „Deutschen Stimme".

Wir stellen fest: Nationaler Sozialismus unterscheidet sich vom Nationalsozialismus wie der Sperling vom Spatzen: in nichts.

National demagogisch tritt die NPD auch in der Antikriegsbewegung auf ....

Sie schreiben: „Deutschland hat Anspruch auf Wiederherstellung seiner völkerrechtlichen Grenzen" und stellen damit die polnische Grenze in Frage. Die NPD erklärt in ihrem Programm 1996: "Deutschland ist größer als die Bundesrepublik, die Preisgabe deutscher Gebiete ist nicht hinzunehmen."

Liebe Teilnehmer, wenn faschistische Ideologie eine Verletzung des Grundgesetzes darstellt, dann muss die NPD verboten werden, das bedarf kaum einer Diskussion. Es mag allerdings auch unter Antifaschisten in Frage gestellt werden, ob ein NPD-Verbot sinnvoll ist. Aber auch wir sehen ein NPD-Verbot nur als Teil einer dringend notwendigen Kampagne gegen faschistische Ideologie und Politik. Das NPD-Verbot darf keine Alibi-Veranstaltung sein wie einst das Verbot der Deutschen Reichspartei.

Es ist nicht nur um die juristische Seite, auf die es uns in der Kampagne ankommt, vielmehr müssen die inhaltlichen Fragen in die gesellschaftliche Diskussion gerückt werden. Wir wollen verhindern, dass das innenpolitische Klima durch Neonazis vergiftet wird, dass die Achse der Politik weiter nach rechts verlagert wird, dass Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus zur Nor-

malität wird, und dass das Ansehen des deutschen Widerstands verunglimpft werden kann, wie es in den Parlamenten geschieht, in denen die NPD vertreten ist.

Unser Grundgesetz ist ein Gegenentwurf zum Terrorregime der Hitlerzeit und spricht sich eindeutig für die Auflösung aller neofaschistischen Parteien und Gruppierungen aus.

Um diese Forderung zu verwirklichen, brauchen wir ein breites Bündnis, das alle demokratischen Kräfte umfasst. Wir wollen eine Diskussion und eine Kampagne, die den Namen „Aufstand der Anständigen" verdient, die aufzeigt, dass neof. Parteien nicht zur demokratischen Vielfalt gehören, sondern eine Gefahr für die Demokratie sind.

Es kommt darauf an, ein antifaschistisches Klima in unserem Land zu schaffen und darauf, Lehren aus Verfolgung und Widerstand zu ziehen, um den Schwur von Buchenwald zu verwirklichen, in dem es heißt:" Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel"

Dafür wollen wir eintreten.

Faschistische Bedrohung ernst nehmen

Unsere Veranstaltung am 25. Januar wurde auch von „Beobachtern" (bzw. Beobachterinnen) der Faschisten besucht, die sich verständlicherweise an der Diskussion nicht beteiligten. Bei einer öffentlichen Veranstaltung ist das nicht zu verhindern, sofern die Nazis für diese Rolle Personen finden, die den AntifaschistInnen bis dahin noch nicht bekannt sind.

Interessant ist die Tatsache, dass die genannten Beobachterinnen das zustimmende Publikum für eine Nazi-Truppe bilden sollten, die sich nach Beginn der Veranstaltung in den Saal begeben und eine Auseinandersetzung provozieren wollte. Als Ermutigung dazu werden die Faschisten Erfahrungen bewertet haben, die sie mit ähnlichen Versuchen bereits gemacht hatten, zuletzt bei einer DGB-Veranstaltung in Hamburg – dort hatten sie die Unterstützung der örtlichen Polizei bekommen. In einer Erklärung der DGB-Jugend Hamburg, die aufgrund des Polizeiverhaltens inzwischen Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht hat, heißt es dazu:

„Eine Veranstaltung der DGB-Jugend Hamburg zu Strukturen der rechten Szene in Wandsbek in Kooperation mit dem Bezirksamt wurde am 16. November 06 von rund 20 Neonazis angegriffen. Die herbeigerufene Polizei war nicht willens, einen vorher von ihr als rechtlich eindeutig deklarierten und zugesagten Ausschluss der Neonazis zu dieser Veranstaltung durchzusetzen und weigerte sich, dem ausgeschlossenen Personenkreis einen Platzverweis zu erteilen. Die DGB-Jugend brach daraufhin die Veranstaltung ab, um weitere Eskalationen zu vermeiden."

Die Faschisten haben sich erklärtermaßen vorgenommen, im Jahr 2007 verstärkt antifaschistische Veranstaltungen gleich welcher Art massiv zu „besuchen" und zu stören. Sie heizen die Gewaltbereitschaft ihrer AnhängerInnen an; dazu gehört auch, bestimmte Personen des linken, antifaschistischen, gewerkschaftlichen und demokratischen Spektrums in ihren Berichten hervorzuheben. Ohne auch nur einen Augenblick in unserem offensiven Auftreten gegen die Faschisten nachzulassen, das es im Gegenteil zu

verstärken gilt, sollten wir die Bedrohung ernst nehmen: Die Gewalt- und Mordtaten von Menschen aus der Nazi-Szene, die wir in den vergangenen Jahren erleben mussten, sind Warnung genug.

Als Beispiel dafür, wie die Faschisten ihre Pläne verkaufen (auch wenn sie damit gescheitert sind), hier ein Zitat aus dem NPD-Bericht über unsere Veranstaltung am 25.1.:

„Zu erwähnen bleibt, noch daß einige weitere Aktivisten des NPD Kreisverbandes Kiel-Plön dieser Versammlung ebenfalls beiwohnen wollten, um zu zeigen, daß die Veranstalter ein Verbot einer volksnahen und demokratische Partei ohne jede erkennbare Gesetzesgrundlage fordern.

Aber solche ketzerischen Meinungen waren natürlich nicht erwünscht. Bereits in der Einladung las man: `Nazis und mit denen Sympathisierende haben zu unserer Veranstaltung keinen Zutritt. Die Aktivisten gingen also davon aus, daß man ihnen keinen Zutritt gewähren und sie auffordern würde, den Veranstaltungsort zu verlassen. Aber selbst damit hatten sie

das Demokratieverständnis der Veranstalter und ihrer Fußtruppen überschätzt: Bereits vor Erreichen des Lokals sichtete man ein gutes Dutzend vermummter und bewaffneter Autonomer, die nach späteren Berichten direkt aus der Versammlung kamen, um „Nazis zu jagen". Eine sinnlose Auseinandersetzung mit linken Schlägern stand jedoch nicht auf dem Programm der Nationalisten (...)."

Die Beschreibung der Menschen, die für einen ungestörten Ablauf unserer Veranstaltung gesorgt haben, ist Nazitypisch und entspricht – wie alle BesucherInnen gut wissen – nicht der Realität. Sorgen wir dafür, dass die faschistischen Provokateure auch bei keiner anderen antifaschistischen Veranstaltung in unserer Stadt eine Chance bekommen. Sorgen wir nicht zuletzt dafür, dass unser Gewerkschaftshaus eine „No-go-area" für bekennende Faschisten bleibt. Mit unseren eigenen Kräften.

D.L.

Auf der Bezirks-Delegierten-Konferenz von ver.di Kiel Plön im November 2006 wurde der folgende Antrag angenommen:

Die Landesbezirkskonferenz / der Gewerkschaftstag möge beschließen:

- Wir betrachten die legale Existenz faschistischer Parteien und Organisationen als unvereinbar mit demokratischen Grundsätzen und als Verstoß gegen den Artikel 139 des Grundgesetzes. Wir fordern das Verbot und die vollständige Auflösung dieser Organisationen. Besonders dringend ist das Verbot der NPD.

- Der Widerstand gegen das Erstarken des organisierten Faschismus in Deutschland ist eine wesentliche Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung. Dieser Aufgabe fühlt sich ver.di verpflichtet. Sie ist dauernder Bestandteil der Arbeit aller Fachbereiche und nicht auf die KollegInnen in bestimmten antifaschistischen und antirassistischen Arbeitsgruppen – deren Einrichtung es nach Bedarf zu fördern gilt – beschränkt.

- Ver.di setzt sich für die Zusammen-Arbeit aller DGB-Gewerkschaften in diesem Sinne ein.

- Ver.di wird sich in betrieblichen und örtlichen, regionalen und bundesweiten Bündnissen entsprechend betätigen.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Termine und Adressen

Der Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus in Kiel trifft sich an jedem 4. Dienstag im Monat um 19 Uhr im „Legienhof" des Kieler Gewerkschaftshauses (Legienstr. 22).

Die VVN/BdA Schleswig-Holstein ist zu erreichen unter http://schleswig-holstein.vvn-bda.de/index2.htm

NPD-Verbot jetzt!

nonpd NPD-Verbot jetzt!

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages! Wir fordern Sie auf, ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD nach Artikel 21, Absatz 2 Grundgesetz auf den Weg zu bringen. Die seinerzeit von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat geltend gemachten Verbotsgründe bestehen nach wie vor.

Seit über 40 Jahren ist in der Bundesrepublik mit der NPD eine Partei wirksam, die in der Tradition der NSDAP steht. Ihre Aussagen sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich. Sie tritt für ein neues "Deutsches Reich" ein und lehnt die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ab. Sie propagiert zur Durchsetzung ihrer politischen Ideologie nicht nur Gewalt, sondern bietet auch Gewalttätern eine politische Heimat und unterstützt sie. Sie ist in einem hohen Maße für ein geistiges Klima verantwortlich, in dem vielfältige strafbare Handlungen gedeihen. Sie nutzt den Parteienstatus aus, um Gelder von einem demokratischen Staat zu beziehen, den sie abschaffen will.

Das Grundgesetz ist der Gegenentwurf zur Terrorherrschaft des Nazi-Regimes. Nur vor diesem Hintergrund des Faschismus sind seine Bestimmungen, insbesondere in Artikel 1, zu den Grundrechten und über den Schutz der Demokratie zu verstehen. Bezug nehmend auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, der Alliierten Kontrollratsgesetze und deutsche Rechtsvorschriften heißt es in Artikel 139 des Grundgesetzes: "Die zur 'Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus' erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen des Grundgesetzes nicht berührt."

Die NPD muss mitsamt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen verboten und konsequent aufgelöst werden!

Wir fordern Sie deshalb auf: Leiten Sie ein neues Verfahren ein!

Erstunterzeichner:

Ludwig Baumann, Wehrmachts-Deserteur • Karl-Willi Beck, 1. Bürgermeister Wunsiedel • Jürgen Becker, Kabarettist • Rolf Becker, Schauspieler • Dr. Gerd Belkius, Musikwissenschaftler • Esther Bejarano, Auschwitz-Überlebende • Rainer Bliesener, DGB-Vorsitzender Baden-Württemberg • Artur Brauner, Filmproduzent und Unternehmer • Fritz Bringmann, Neuengamme-Überlebender • Dr. Hans Coppi, VVN-BdA • Prof. Dr. Frank Deppe, Politikwissenschaftler • Prof. Dr. Stefan Doernberg, Angehöriger Rote Armee • Hannelore Elsner, Schauspielerin • Prof. Wolfram Elsner, Wirtschaftswissenschaftler • Wolfgang Erdmann, Konzernbetriebsratsvorsitzender Jungheinrich • Prof. Dr. Heinrich Fink, Vorsitzender VVN-BdA • Prof. Dr. Peter Florin, Angehöriger Rote Armee • Detlef Garbe, Direktor KZ-Gedenkstätte Neuengamme • Udo Gebhardt, DGB-Vorsitzender Sachsen-Anhalt • Jupp Gerats, NS-Verfolgter • Kurt Goldstein, KZ-Überlebender • Ernst Grube, Theresienstadt-Überlebender • Prof. Dr. Sigward-Horst Günther, Mediziner • Jürgen Harrer, Verlag PapyRossa • Klaus Hartmann, Vorsitzender Deutscher Freidenkerverband • Ingrid Häußler, Oberbürgermeisterin Halle • Prof. Dr. Klaus Hübotter, Unternehmer • Initiative Laut gegen Nazis • Prof. Dr. Karl Heinz Jahnke, Historiker • Gisela Karau, Publizistin • Dietrich Kittner, Kabarettist • Stefan Körzell, DGB-Vorsitzender Hessen-Thüringen • Dietmar Koschmieder, Verlag 8. Mai, Tageszeitung junge Welt • Lore Krüger, Résistance • Dr. Gerlinde Kuppe, Ministerin Sachsen-Anhalt • Aurora Lacasa, Sängerin • Prof. Dr. Hans Lauter, KZ-Überlebender • Steffen Lemme, DGB-Vorsitzender Thüringen • Klaus Looft, Superintendent i. R. • Martin Löwenberg, KZ-Überlebender • Dr. h. c. Max Mannheimer, KZ-Überlebender • Gisela May, Schauspielerin • Prof. Dr. Moritz Mebel, Angehöriger Rote Armee • Ernst Melis, Résistance • Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten • Dr. Edgar Most, ehem. Vorstandsmitglied Deutsche Bank • Prof. Dr. Gerhard Ludwig Müller, Kath. Bischof Regensburg • Andreas Nachama, Direktor Stiftung Topographie des Terrors • Erik Neutsch, Schriftsteller • Günter Pappenheim, Buchenwald-Überlebender • Werner Pfennig, Vorsitzender VVN-BdA • Gina Pietsch, Sängerin • Präsidium des 1. FC Nürnberg • Prof. Dr. Paul Raabe, Direktor a. D. Franckesche Stiftungen • Käthe Reichel, Schauspielerin • Romani Rose, Vorsitzender Zentralrat Deutscher Sinti und Roma • Walter Sack, NS-Verfolgter • Ingo Schlüter, stellv. Vorsitzender DGB-Bezirk Nord • Dr. Ulrich Schneider, Internationale Föderation der Widerstandskämpfer • Erasmus Schöfer, Schriftsteller • Rudenz Schramm, Steintor Varieté Halle • Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Soziologin • Gustav Adolf Schur, Sportler • Günther Schwarberg, Schriftsteller • Prof. Willi Sitte, Maler • Peter Sodann, Schauspieler • Sybille Stamm, Landesbezirksleiterin ver.di Baden-Württemberg • Hans-Jürgen Steinmann, Schriftsteller • Karl Stenzel, Sachsenhausen-Überlebender • Dagmar Szabados, Bürgermeisterin Halle • Barbara Thalheim, Sängerin • Dr. Franz v. Hammerstein, Widerstand 20. Juli • Hannes Wader, Musiker • Prof. Dr. Manfred Weißbecker, Historiker • Paul Wengert, Oberbürgermeister Augsburg • Frank Werneke, stellv. Vorsitzender ver.di • Karsten Wessels, Vorsitzender DGB-Region Unterelbe • Marianne Wilke, NS-Verfolgte • Stefan Wolf, Oberbürgermeister Weimar • Stefan Jerzy Zweig, Buchenwald-Überlebender •

Warum ein Verbot der NPD nötig und möglich ist

Die NPD ist gefährlich.

Die NPD hat sich in den letzten Jahren zum gefährlichen Kristallisationskern des gesamten Neofaschismus entwickelt. Die NPD-Führung hat ein funktionsfähiges Bündnis mit gewaltbereiten Gruppen geschlossen und eine eindeutige und zunehmende Dominanz im Spektrum neofaschistischer Wahlparteien errungen. Eine solche Situation gab es in der Bundesrepublik noch nie. Im Rahmen der sozialen und politischen Krisen wirkt sich die NPD stark negativ aus. Sie ist ein aktiver und demagogischer Gegner jeder progressiven Politik. Nichts deutet darauf hin, dass sich dieses Problem von selbst erledigen würde.

Verbrechen sind nicht erlaubt, auch keine politisch motivierten

Faschistische Politik läuft auf politisch motivierte Gewaltverbrechen hinaus. Wer eine solche anstrebt, fordert oder fördert, plant mithin Schwerstkriminalität. Es gibt keinen Grund, dies zu tolerieren, eben so wenig wie im Falle anderer Totschläger, Mörder und ihrer Helfer. Das Grundgesetz kennt deshalb auch keine Toleranz gegenüber Diskriminierung aus rassischen, religiösen und anderen Gründen, der Aufstachelung zum Rassenhass und der Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen. Das Strafgesetzbuch kriminalisiert ebenfalls und zu Recht faschistische Ideologie.

Der Parteienstatus ist für NPD entscheidend

Die Funktionen einer Partei können nur durch eine Partei ausgeübt werden. Deshalb führt es in die Irre, davon zu sprechen, die NPD könne leicht durch "nicht greifbare Gruppen" ersetzt werden. Das Gegenteil ist der Fall: Die über lange Zeit aufgebauten Strukturen, die eingespielte Führung, der eingeführte Name, ihre Öffentlichkeitsarbeit, der Schutz ihrer Veranstaltungen und vor allem ihre Finanzen (Parteivermögen, Immobilienbesitz, Parteiverlag, Fraktionen und Mitarbeiter, Wahlkampfkostenerstattung, steuerliche Vorteile) basieren auf dem Status einer legalen Partei.

Ein Verbot der NPD fördert den Ausbau der Demokratie

Die NPD ist kein schützenswerter Bestandteil der Demokratie Deutschlands, sondern eine latente und zunehmende Gefährdung derselben. Die Grund- und Bürgerrechte von Migranten, Linken und anderen von den Neofaschisten als Feinde auserkorener Gruppen werden massiv beeinträchtigt. Die Legalität der NPD führt außerdem fortlaufend zur Kriminalisierung antifaschistischer Gruppen und ihrer Aktionen. Ein Verbot der NPD bedeutet also ein Mehr an Freiheit. Die Förderung der Zivilgesellschaft und Repression gegen Noefaschisten gegeneinander auszuspielen wie es z.Zt.. häufig geschieht, geht ebenfalls in die Irre. Man muss beides tun.

Ein zweiter Anlauf für ein Verbotsverfahren ist juristisch möglich.

Die Bundesverfassungsrichter Papier, Hassemer und vorher bereits Jentsch, haben am 29.01.05 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein neues Verbotsverfahren juristisch möglich ist. Ob die NPD verfassungswidrig ist, wurde 2001-2003 überhaupt nicht behandelt, vielmehr eine Prozessentscheidung getroffen, die sich gegen das Verhalten der Antragsteller richtete. Der entscheidende Satz im Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 18.03.03 benennt die Bedingung:

"Die Beobachtung einer politischen Partei durch V-Leute staatlicher Behörden, die als Mitglieder des Bundesvorstands oder eines Landesvorstands fungieren, unmittelbar vor oder während der Durchführung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Partei ist in der Regel unvereinbar mit an Anforderungen, an ein rechtsstaatliches Verfahren, die sich aus Art. 21 Abs. 1 und Abs. 2 GG i.V.m. dem Rechtsstaatsprinzip, Art. 20 Abs. 3GG, ergeben.

Dieser Beschluss besagt nicht, wie z.B. Schäuble suggeriert, dass die VS-Behörden dann ja die Beobachtung der NPD mit "nachrichtendienstlichen Mitteln" einstellen müssten. Nach eigenen Angaben beschafft sich z.B. der niedersächsische VS seine Informationen ohnehin nur zu 20% über "nachrichtendienstliche Mittel", von denen wiederum nur ein Teil von V-Leuten stammt. Observationen, Fotos und vor allem die Auswertung offener Quellen bleiben unberührt und sind für den Nachweis der Verfassungswidrigkeit völlig ausreichend. Ein Abzug oder zumindest Abschalten der (bezahlten) V-Leute aus den Führungsgremien der NPD ist ohnehin wünschenswert.

Eine gesellschaftliche Mehrheit für ein Verbot der NPD ist möglich.

Die Ablehnung des Neofaschismus und speziell der NPD geht weit über den Kreis der politischen Linken hinaus. Es gibt eine große spontane Zustimmung zum Verbotsgedanken z.B. bei religiös Gebundenen, Gewerkschaftern und vielen Jugendlichen. Selbst die Gegner eines Verbotsverfahrens wie z.B. Innenminister Schäuble gestehen zu, dass "die materiellen Voraussetzungen für ein Parteiverbot bestehen"

Koalition der Lügner

Holocaustleugner-Prozess

In den letzten Monaten standen in Mannheim gleich zwei der wichtigsten Holocaust-Leugner mit deutscher Staatsbürgerschaft vor Gericht. Mitte Februar wurde der seit November 2005 laufende Prozess gegen Ernst Zündel mit einer Verurteilung zu fünf Jahren Haft beendet. In den Monaten zuvor hatte die Stars der braunen Anwaltschaft – Jürgen Rieger, Helmut Schaller, Ludwig Bock und Sylvia Stolz – mit allen möglichen Mitteln versucht, den Prozess in die Länge zu ziehen und zu einer Propagandaplattform für die Leugnung des Holocaust zu machen. In diesem Sinne forderten die Rechts-Anwälte u.a. den Prozess bis zum Ende der so genannten Holocaust-Konferenz in Teheran aufzuschieben und den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad zu laden.

Podium der wirren Verschwörungstheoretiker in Teheran

Die Richter sahen es schließlich als erwiesen an, dass Zündel jahrelang in Wort und Tat den Massenmord der Nazis an den Juden geleugnet und die Opfer des Holocaust und deren Angehörige verunglimpft hat. Auch wenn Zündel nun einige weitere Jahre im Knast sitzt, so ist die auf einem US-amerikanischen Server betriebene Internet-Seite weiterhin zugänglich. Dort wurde berichtet, dass es im Zusammenhang mit der Verurteilung Zündels in Mannheim zu einer umfangreichen Plakatieraktion der ‚Deutschen Liste' des ehemaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert (Weinheim) kam, an der sich auch Nazis aus Berlin und vom Collegium Humanum (Vlotho) beteiligten.

Anfang März wurde – ebenfalls in Mannheim – auch Germar Rudolf verurteilt. Dieser war 1996 zunächst nach Spanien, dann in die USA gegangen, um einer Verurteilung wegen Holocaustleugnung zu entgehen. In dem seit Mitte November 2006 laufenden Prozess hatte sich Rudolf u.a. wegen eines von ihm verfassten ‚wissenschaftlichen' Gutachtens für den Altnazi Otto Ernst Remer und aufgrund der Verbreitung der Zeitschrift Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung strafrechtlich zu verantworten. Rechts-anwaltlich wurde das frühere Mitglied der Schlesischen Jugend und der REPUBIKANER von Sylvia Stolz und Ludwig Bock vertreten. Aus unbekannten Gründen entzog Rudolf der Anwältin kurz vor Prozessende das Mandat.

Unterstützung durch die iranische Regierung

Als beträchtlichen Schritt nach vorne sieht die in langjähriger Zusammenarbeit verbundene internationale Szene der Holocaust-Leugner die politische Unterstützung, die sie bei der Leugnung des Holocaust von maßgeblichen Kreisen des Iran, allen voran seitens des Staatspräsidenten Ahmadinedschad erhalten. In Teheran hatte am 11./12. Dezember 2006 eine international besuchte Konferenz stattgefunden, die der weiteren Verbreitung der Holocaust-Leugnung diente. An ihr nahmen

auch 67 ausländische Gäste aus 30 Ländern teil. Aus Deutschland reisten Peter Töpfer (Berlin) und Benedikt Frings (Köln) an. Letzterer zeigte sich in einem Interview mit der Parteizeitung der NPD begeistert von der Konferenz und teilte mit, er sei der begehrteste Interviewpartner der gesamten Konferenz gewesen. Aber aufgrund seiner „jahrelangen Forschungen und auch Vortragstätigkeiten, gerade auch im Rahmen von NPD-Veranstaltungen", sei er „gut vorbereitet" gewesen. Bereits in der Vergangenheit hatte das islamistische Regime Nazis wie Jürgen Graf und Gert Ittner als Zufluchtsort gedient.

Auf einer Pressekonferenz hatte der stellvertretende Außenminister Irans Manuscher Mohammadi betont, dass an der Konferenz keine Vertreter der NPD teilnehmen würden. Der ehemalige NPD-Vorsitzende Günther Deckert war in Frankfurt an der Ausreise gehindert worden. Der deutsche Holocaustleugner Horst Mahler hatte in einem Brief vom 14. November 2006 den iranischen Präsidenten für die Einberufung der Konferenz „über den nie bewiesenen Genozid" gelobt, dies sei eine „historische Tat".

Neben zahlreichen ausgewiesenen Holocaust-Leugnern nahmen auch Rabbiner aus verschiedenen Ländern teil, die zum Holocaust unterschiedliche Auffassungen vertraten, sich aber darin (auch mit den Gastgebern) einig waren, dass Israel heute ein bekämpfenswerter zionistischer Staat sei. Sie gehören alle der Organisation Neturei Karta International (Juden vereint gegen Zionismus) an. Während der Konferenz trugen sie Anstecker mit einer mit einem breiten roten Balken durchgestrichenen israelischen Flagge.

Während mehr als vierzig Forschungsinstitute in Europa und den USA als Reaktion auf die Konferenz ihre Beziehungen zum federführenden iranischen Institut für Politische und Internationale Studien einfroren und die UNO Ende Januar eine auf Initiative der USA eingebrachte Resolution gegen die Leugnung des Holocaust verabschiedete, wurde in jüngster Zeit in den Zeitungen der bundesdeutschen extremen Rechten mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen, dass in mehreren europäischen Ländern Initiativen für die Straffreiheit der Leugnung des Holocaust gestartet wurden. In Italien und Frankreich haben zahlreiche Historiker und Intellektuelle davor gewarnt, durch die Bestrafung der Holocaust-Leugnung Nazis zu Märtyrern zu machen. Der britische Historiker Timothy Garton Ash sprach sich gegen die Pläne der deutschen Justizministerin Zypries aus, die Holocaust-Leugnung europaweit unter Strafe zu stellen: Nötig seien keine weiteren repressiven Gesetze, sondern mehr Meinungsfreiheit und kulturelle Debatten. Die Leugnung des Holocaust sei wirkungsvoll nicht in den Gerichten, sondern in den Schulen zu bekämpfen. Für die Neonazis und Antisemiten in Deutschland wäre eine Aufhebung der Strafbarkeit der Holocaustleugnung ein grandioser Erfolg und würde zu einer massenhaften Verbreitung entsprechender Hetzschriften führen.

Karl W. Gebauer

Teilnehmer der Konferenz der Holocaust-Leugner in Teheran

Alexander Baron (Großbritannien) • Jan Bernhoff (Schweden) • Matthias Chang (Malaysia) • David Duke (USA, früher Funktionär des Ku-Klux-Klan, heute prominenter Vertreter der weißen Rassisten) • Robert Faurisson (Frankreich. Er nannte den Holocaust auf der Konferenz einen „Mythos" und erntete dafür Beifall.) • Benedikt Frings (Deutschland) • Wolfgang Fröhlich (Österreich) • Hans Gramlich (Österreich) • Mohammed Hegazi (Australien) • Richard Krege (Australien) • Georege Kadar (Ungarn) • Christian Lindner (Deutscher, lebt in Dänemark.) • Prof. Dr. Patrick McNalley (Japan) • Michael Collins Piper (USA) • Michele Renouf (Großbritannien) • Dr. Herbert Schaller (Österreich, Rechtsanwalt, Verteidiger des in Österreich verurteilten und eingesperrten Holocaust-Leugners David Irving aus Großbritannien) • Bernhard Schaub (Erster Vorsitzender des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen des Bestreitens des Holocaust Verfolgten", Schweiz) • Bradley R. Smith (Mexiko) • George Thiel (Frankreich, Holocaustleugner, bezeichnete in Teheran die Existenz von Gaskammern „als Lüge") • Serge Thion (Frankreich) • Frederick Toeben (Australien, in Oldenburg geboren; Toeben reist zur Erläuterung seiner „Thesen" mit einem Model des KZ Treblinka von Vortrag zu Vortrag.) • Peter Töpfer (Deutschland) • Rabbiner Yisroel David Weiss (USA) • Rabbiner Moishe Ayre Friedmann (Österreich) • Rabbiner Ahron Cohen (Großbritannien; Er widersprach als einziger Konferenzteilnehmer den Holocaustleugnern. Der Holocaust sei „umfassend dokumentiert". Gleichzeitig sprach er sich für die Auflösung des Staates Israel und die Rückgabe des Landes an die Palästinenser. Nach Ansicht dieses orthodoxen Rabbiners sei das Exil des jüdischen Volkes gottbefohlen. Er klagte die Zionisten an, beim Holocaust mit den Nationalsozialisten gemeinsame Sache gemacht zu haben, um die Gründung eines säkularen, nationalistischen Staates Israel zu erleichtern.) • Rabbiner David Feldmann (USA: „Wir bestreiten nicht den Holocaust. Meine Großeltern sind Opfer des Holocaust geworden. Aber wir sind energisch dagegen, dass die Palästinenser unter dem Holocaust zu leiden haben. Wir sind gegen diesen zionistischen Staat." Feldmanns Visitenkarte trägt die Aufschrift: „Bete für die schnelle, friedliche Auflösung des Staates Israel.")

Nazis raus!

Über den rechtlichen Umgang mit Neonazis auf antifaschistischen Info-Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen

Dass Neonazis linke Veranstaltungen stören oder verhindern wollen, ist in der Vergangenheit häufiger vorgekommen. In letzter Zeit versuchen sie aber zunehmend, als „normale" TeilnehmerInnen an Demos oder Veranstaltungen teilzunehmen, indem sie sich auf das Versammlungsrecht berufen. Nicht selten versuchen sie dabei, sich Zutritt auch mit Hilfe der anwesenden Polizei zu verschaffen, wie am 16. November 2006 bei einer Veranstaltung der DGB-Jugend zu Neonazi-Strukturen in Hamburg. Häufig kommt dann die Frage auf, welche rechtlichen Möglichkeiten es zum Ausschluss von Nazis gibt. Wir wollen das in diesem Beitrag ein wenig beleuchten

Nazis als „kritische Teilnehmer" an linken Veranstaltungen?

Ein wesentliches Problem im Umgang mit Neonazis, die an linken Demonstrationen teilnehmen wollen, ist die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz der „kritischen Teilnahme" an Versammlungen: Danach schütze die Versammlungsfreiheit nach Art. 8 Grundgesetz auch diejenigen, die „den in der Versammlung verkündeten Meinungen kritisch oder ablehnend gegenüberstehen und dies in der Versammlung mit kommunikativen Mitteln zum Ausdruck bringen wollen."[1] Wer einmal versucht hat, etwa an Wahlkampfveranstaltungen bürgerlicher Parteien „kritisch teilzunehmen", weiß, dass es mit diesem Recht in dem Zusammenhang nicht weit her ist – trotzdem müssen wir natürlich damit rechnen, dass es gerade bei unseren Veranstaltungen zur Anwendung kommt.

Bis vor einigen Jahren mag diese Rechtsprechung für VeranstalterInnen linker Demos keine besonderen Probleme bereitet haben – wenn auf linken Demos Nazis auftauchten, war in aller Regel klar, dass es denen nicht um „kritische Teilnahme" mittels „kommunikativer Mittel" ging. In letzter Zeit, wo Nazis vermehrt versuchen, linke Themen wie Sozialabbau oder Krieg von rechts zu besetzen, stellt sich das Problem aber in seiner ganzen Schärfe: Wenn etwa auf einer Demo gegen Sozialabbau eine Gruppe Nazis mit einem Transparent auftaucht, das „Volksgemeinschaft statt Turbokapitalismus" fordert, und sich brav und „gewaltfrei" in die Demo einreiht, dann ist zwar jeder und jedem Linken immer noch klar, dass es sich um unsere politischen Feinde handelt – aber aus Sicht der Staatsorgane mögen die Nazis durchaus als „kritische Teilnehmer" an der Demo durchgehen.

Demonstrationen und Kundgebungen

Dieses Problem stellt sich besonders scharf bei Versammlungen „unter offenem Himmel", also Demos und Kundgebungen. Von solchen Veranstaltungen kann im Grundsatz nur ausgeschlossen werden, wer „die Ordnung gröblich stört."[2] Die „Störung" muss sich dabei auf den Ablauf der Versammlung beziehen – es muss also darum gehen, die Durchführung der Versammlung zu verhindern oder zu behindern. Zwischenrufe, ablehnende Transparente oder Missfallensäußerungen sind keine „gröbliche Störung". In der juristischen Literatur werden als Beispiele für „gröbliche Störungen" etwa genannt: Ständige Sprechchöre, Rauch- oder Stinkbomben, Zeigen von Transparenten mit verfassungswidrigen Inhalten, Lärmerzeugung mit Trillerpfeifen.[3] Entscheidend ist, wie schon gesagt, dass der Verlauf der Versammlung schwer beeinträchtigt wird.

Für den Fall, dass Neonazis auf linken Demos auftauchen, ist daher die Begründung der Demoleitung gegenüber der Polizei wichtig, warum schon die Anwesenheit der Nazis den Ablauf der Demo gefährdet. Bei Demonstrationen, die sich explizit (auch) gegen Nazis richten, mag dies ohnehin nahe liegen. Ein Argumentationsmuster könnte auch sein, dass die Nazis schon durch ihre Anwesenheit andere einschüchtern und womöglich sogar von der Teilnahme an der Demo abhalten – wenn daher „Versammlungsrecht gegen Versammlungsrecht" steht,

spricht einiges dafür, das Recht der TeilnehmerInnen, die sich unter dem Motto der Demo versammeln, als höher einzustufen als das der Nazis.[4]

Eine solche Begründung wird natürlich umso leichter fallen, je weniger die Nazis sich darauf berufen können, schon die Inhalte der Versammlung zu teilen: Ist im Aufruf etwa ausschließlich vom Kampf gegen den Sozialabbau die Rede, können sie darauf verweisen, dass sie auch gegen Sozialabbau seien; wenn dagegen im Aufruf klar gemacht wird, dass sich linke Demos immer auch gegen rechte Scheinlösungen gesellschaftlicher Probleme richten, sind die Inhalte der Demo nicht ohne weiteres anschlussfähig für Nazis und die Begründung für deren Ausschluss fällt zumindest leichter.

Das Ausschlussrecht hat nicht die Versammlungsleitung, sondern die Polizei – was natürlich weder die Versammlungsleitung noch andere TeilnehmerInnen davon abhalten sollte, die Polizei auf Nazis hinzuweisen und aufzufordern, diese auszuschließen. Beim Vorgehen gegen Nazis auf „unseren" Demos ist aber Augenmaß gefordert: Umringen und verbale Aufforderungen, die Demo zu verlassen, sind in der Regel in Ordnung, gewaltsames Vorgehen ist vom Versammlungsrecht nicht gedeckt. Wer gegen Nazis zu „forsch" vorgeht, riskiert sogar, selbst von der Polizei als „Störer" bezeichnet und von der Demo ausgeschlossen zu werden.

Infoveranstaltungen

Bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen (Infoveranstaltungen etc.) gestaltet sich der Ausschluss von Neonazis einfacher: Zum einen liegt hier das Recht zum Ausschluss von Leuten, die „die Ordnung gröblich stören", bei der Versammlungsleitung.[5] (Das heißt übrigens auch, dass die Versammlungsleitung sich für einen Rauswurf nicht auf das „allgemeine Hausrecht" berufen kann – soweit es sich um TeilnehmerInnen an der Versammlung handelt, kann eben nur ausgeschlossen werden, wer „die Ordnung gröblich stört". Etwas anderes gilt nur gegenüber Personen, die nicht an der Versammlung teilnehmen (wollen) und natürlich bei nichtöffentlichen Versammlungen (Gruppentreffen usw.)).

Und auch wenn für die Definition von „gröblichen Störungen" die oben beschriebenen Grundsätze gelten: Bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen fällt doch die Begründung leichter, dass organisierte Nazis schon durch ihre Anwesenheit eine Einschüchterung der VersammlungsteilnehmerInnen bezwecken und von ihnen immer auch eine zumindest latente Gefahr körperlicher Gewalt ausgeht. Besonders deutlich ist dies bei Antifa-Veranstaltungen, wo ja gerade über die von Nazis ausgehenden Gefahren aufgeklärt werden soll.

Andererseits ist auch hier nicht gesagt, dass die Polizei sich solchen Einschätzungen anschließt – auch eine noch so überzeugende Begründung für einen Ausschluss nach § 11 VersG hilft natürlich im Ergebnis nicht viel, wenn sich die Polizei weigert, diesen Ausschluss umzusetzen oder gar der Meinung ist, die Teilnahme der Nazis an der Veranstaltung durchsetzen zu müssen.

Um solche Schwierigkeiten zu vermeiden, empfiehlt es sich immer, bereits in den Einladungen zu der Veranstaltung auf § 6 Abs. 1 VersG zu verweisen: Der erlaubt es den VeranstalterInnen, „bestimmte Personen oder Personenkreise" von vornherein von der Teilnahme an einer Veranstaltung auszuschließen. Dieser Ausschluss muss grundsätzlich schon in der Einladung zur Veranstaltung enthalten sein; eine nachträgliche Ergänzung ist zwar möglich, muss dann aber in gleicher Weise veröffentlicht werden wie die ursprüngliche Einladung. Der Ausschluss sollte außerdem so präzise und umfassend wie möglich formuliert werden, also etwa „Nach § 6 Abs. 1 des Versammlungsgesetzes sind Mitglieder und Anhänger von Republikanern, DVU, NPD, ‚Freien Kameradschaften' und anderen extrem rechten bzw. faschistischen Vereinigungen von der Teilnahme an der Versammlung ausgeschlossen." Tauchen nun Personen aus dem genannten Kreis auf Eurer Veranstaltung auf, darf die Versammlungsleitung sie am Betreten des Raumes hindern[6] – versuchen sie trotzdem reinzukommen, stellt dies einen Hausfriedenbruch[7] dar, gegen den die Versammlungsleitung als Inhaberin des Hausrechts ein Notwehrrecht hat.

Fazit

Wie sich zeigt, sollte an sich bei Infoveranstaltungen der Ausschluss von Nazis bei entsprechender Vorbereitung kein Problem darstellen. Bei Demonstrationen und Kundgebungen hingegen bietet das staatliche Recht – wenig überraschend – nicht immer eine adäquate Lösung gegen deren Teilnahme.

Dabei gilt natürlich, wie bei anderen rechtlichen Fragen, dass die Auslegung des Versammlungsrechts immer auch von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängig ist. Das hat sich negativ bei der erwähnten Veranstaltung in Hamburg gezeigt, wo die Polizei den Neonazis trotz eines deutlichen Ausschlusses nach § 6 VersG Zutritt verschaffen wollte, das gilt aber auch positiv: Die Polizei wird eher bereit sein, Neonazis von Demos auszuschließen, wenn dies alle TeilnehmerInnen geschlossen und lautstark fordern, als wenn ein Großteil der Demonstrierenden das Problem ignoriert. Die Teilnahme von Neonazis muss – während und nach der Demo – offensiv angesprochen und eine klare Ablehnung formuliert werden; Polizeivorgehen, das die Teilnahme der Neonazis ermöglicht, muss skandalisiert werden, usw.

Schließlich zeigt auch der Blick auf die rechtliche Situation, dass die Linke immer gut daran tut, ihre Aktionen so zu begründen, dass sie nicht von rechts „anschlussfähig" sind.

Anmerkungen

1 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 92. Band, S. 191, 203.
2 § 18 Abs. 3 Versammlungsgesetz.
3 Wer's genau wissen will: Gintzel/Kniesel, Demonstrations und Versammlungsfreiheit, § 18, Rdnr. 32; Köhler/Düring-Friedl, Demonstrations- und Versammlungsrecht, § 18, Rdnr. 4.
4 Hierzu näher http://www.steffen-dittes.de/Material/VersG_TeilnehmerInnen.pdf.
5 § 11 Abs. 1 Versammlungsgesetz.
6 § 6 Abs. 1 VersG erlaubt allerdings nicht den Ausschluss von Presseleuten, die sich mit einem gültigen Presseausweis bei der Versammlungsleitung ausgewiesen haben (s. § 6 Abs. 2 VersG).
7 § 123 StGB

Hans W. Hansen und Tim Schröder

Streiten mit Neonazis?

Infos

In der letzten Zeit hat es immer wieder antifaschistische Veranstaltungen gegeben, bei den Neonazis Einlass begehrten oder die Diskussionen zu bestimmen versuchten. Im Wahlkampf – aber nicht nur dann – treten NPD und andere Faschisten mit Infoständen und Kundgebungen an die Öffentlichkeit; gezielt werden auch Jugendliche angesprochen, etwa mit CDs, die neben rechter Musik auch andere Hetzparolen beinhalten.
Verschiedene Organisationen und Initiativen bieten inzwischen Broschüren an, in denen Hinweise über ein angemessenes Verhalten von demokratischer/antifaschistischer Seite gegeben werden. Diese sind meist auch über das Internet als pdf-Datei herunterladbar. Wir stellen einige dieser Empfehlungen vor.

Wir haben die Wahl!

Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Organisationen im Wahlkampf
Hrsg: MBR - Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin; [moskito] Netzwerkstelle gegen Fremdenfeindlichkeit; apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.; Licht-Blicke – Netzwerk für Demokratie und Toleranz
http://www.mbr-berlin.de/Materialien/Mobile_Beratung/94.html

Ideologievergleich NPD-NSDAP

Argumentationshilfe gegenüber Parolen der NPD
Hrsg: Kulturbüro Sachsen
http://www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/1Argumente.pdf

Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei öffentlichen und nicht-öffentlichen Veranstaltungen

Hrsg: Kulturbüro Sachsen; MBR - Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin; Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen
http://mbr-berlin.de/Materialien/77.html

Umgang mit rechtsextremer Wahlpropaganda: Tipps für Schüler/innen

Hrsg: [moskito] Netzwerkstelle gegen Fremdenfeindlichkeit
http://www.pfefferwerk.net/stadtkultur/stadtteilarbeit/moskito.html

Argumentationshilfe gegen die ‚Schulhof-CD' der NPD

Hrsg: Arbeitsstelle Neonazismus
http://www.arbeitsstelle-neonazismus.de/news/36_Argumente-gegen-dieNPD-CD2.pdf

Kein Bock auf Nazis

Tipps für Schüler/innen, die aktiv gegen rechts werden wollen.
http://www.apabiz.de/publikationen/kban.pdf

Ach- und Krachgeschichten mit der Maus - heute:

G8 und Folter

"Was du nicht willst, dass man dir tu'..."

Wenn ein Staat oder eine Gruppe von Menschen andere Menschen quält, um sie zu erniedrigen, innerlich zu zerstören oder Informationen aus ihnen herauszupressen, dann heißt das Folter. Folter ist offiziell bei uns verboten, weil die Würde eines Menschen immer respektiert werden muss.

Folter wird aber unter anderem von den G8-Staaten heutzutage wieder mehr eingesetzt oder unterstützt. Folter hat viele Gesichter - es gibt sie in den US-Gefängnissen im Irak und in Guantánamo durch US-Soldaten oder durch russische Soldaten in Tschetschenien.

Folter wird von allen G8-Staaten gedeckt oder gar gefördert: durch das Zulassen von Flügen mit Gefangenen in Foltergefängnisse, das Liefern von Folterwerkzeugen oder das Ausbilden der Folternden. Dabei dient Folter weniger der Bekämpfung von Terror als der Verbreitung von Angst – also Terror. Durch Folter sollen Menschen eingeschüchtert werden, damit sie die Zustände hinnehmen, die ihnen im Interesse der reichen Staaten aufgezwungen werden.